



AIB

ZV 7426 E

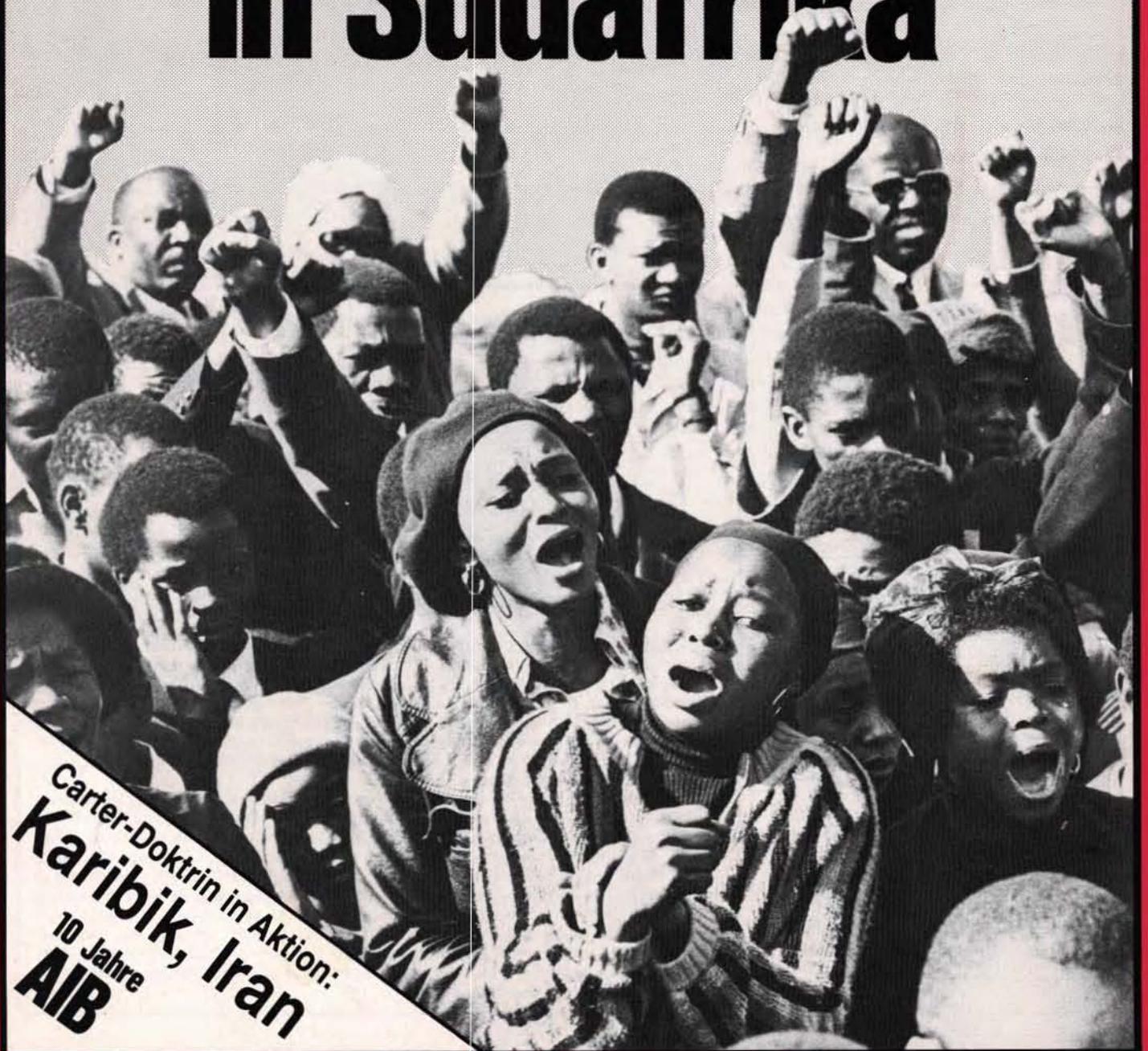
2,- DM

Juni
Nr. 6 / 1980

11. Jahrgang

Antimperialistisches Informationsbulletin

Befreiungskampf in Südafrika



Carter-Doktrin in Aktion:
Karibik, Iran
10 Jahre
AIB

Inhalt:

AIB-Aktuell: Fanal Soweto	3
Südafrika	
Jürgen Ostrowski: Die Mobilisierung der Massen	4-7
Alfred Nzo: Lang lebe die Freiheitscharta!	5
Mziwandile Piliso: Streiks und Aktionen des Umkhonto we Sizwe	6
Politische Gefangene in Südafrika	8
Interview mit Thabo Mbeki: Strategie und Taktik des ANC	9-10
Afrikanischer Nationalkongreß Südafrikas: Antwort an die Regierung in Bonn	11
Namibia	
Hans Mayer: Nach Zimbabwe—interne Lösung für Namibia?	12-14
Neue Stufe des Guerillakampfes der SWAPO	13
Ägypten	
Grundsatzklärung der Ägyptischen Nationalen Front: Patrioten Ägyptens und der arabischen Nation vereinigt Euch!	16-18
Türkei	
Offener Brief türkischer Jugendlicher an den Bundeskanzler Helmut Schmidt	19
Afghanistan	
Interview mit Norman Paech: Afghanistans problemreiche Lage	20-25
Iran	
Wolfgang Ritter: Die Pleite der US-Luftlandeinvasion	26-27
Karibik - USA	
Horst-Eckart Gross: Was soll die Karibikkrise?	28-29
Fidel Castro: Erklärung zur Karibikkrise	29
El Salvador	
Offizielles Programm der Revolutionären Koordination der Massen: Plattform für eine demokratisch-revolutionäre Regierung	30-32
Nikaragua	
Interview mit Humberto Ortega: Die Strategie des Sieges (2. Teil)	34-35
Entwicklungsländer - UNO	
Positionspapier der AAPSO: Kollektive Eigenständigkeit gegen die Multis	36-39
Rückblick: Vor 30 Jahren Ausbruch des Koreakrieges	40
Rezensionen/Filme: Hintergründe der Ölkrise	41
Kurzinformationen: Stoppt Strauß!, Chile, Bolivien, Nicaragua, Honduras, Brasilien, Tunesien, Palästina-Israel, Zimbabwe	42-43
Kommentar: 10 Jahre AIB: Ja zum Internationalismus	44



Antiimperialistisches Informationsbulletin

Das AIB erscheint monatlich. Jahresabonnement 20,- DM; Doppelheft 3,50 DM; bei Abnahme von 10 und mehr Exemplaren 33% Ermäßigung.

Anschrift von Redaktion und Vertrieb: AIB, Liebigstr. 46, 3550 Marburg, Tel. (06421) 24672

Konto: Weltkreis Verlags GmbH, Postscheckkonto 312093-607, Postscheckamt Frankfurt/M. oder Marburger Volksbank, Rudolphsplatz, BLZ 53390000, Konto Nr. 966

Herausgeber: Prof. Dieter Boris, Dr. Wilhelm Breuer, Wolfram Bröner, Dr. Jutta von Freyberg, Mechtild Jansen, Uwe Knickrehm, Georg Kwiatowski, Herbert Lederer, Erich Rudolf, Werner Stürmann, Peter Tanzmeister, Dr. Frank Werkmeister, Prof. Erich Wulff

Redaktionskollektiv: Wolfram Bröner (verantwortw.), Rainer Falk, Paul Maaskola, Jürgen Ostrowsky
Verlag: Weltkreis Verlag, Dortmund
Druck: Plambeck & Co, Neuss

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Titel und Zwischenüberschriften stammen in der Regel von der Redaktion. Nachdruck von Beiträgen bei Quellenangabe und Zusendung von zwei Belegexemplaren gestattet.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion in Marburg und bei der Post bekanntgeben.

Redaktionsschluß: 15.5.1980

Es arbeiteten weiter mit: F. Baumgärtner, I. Biehlitz-Wollenberg, N. Biver, A.I. Bresche, H. Denk, H.E. Gross, M. Habaschi, M. Hellmann, W. Kindermann, Ch. Knauf, M. Kolter, H. Mayer, M. Meyer-Renschhausen, R. Campos Quijado, W. Ritter, U. Rupp, G. Schmidt, L. Schmitz, H. Vortisch, J. Weber, B. Weng

Anzeigen: Das Argument, Antiimperialistisches Solidaritätskomitee, Frontal, rote blätter, Unsere Zeit, Verlag Marxistische Blätter, Deutsche Volkszeitung

Trauer um Josip Broz Tito



Am 4.5.1980 verstarb Jugoslawiens Staatspräsident Josip Broz Tito im Alter von 87 Jahren nach langer und schwerer Krankheit. J.B. Titos Name ist untrennbar mit dem modernen Jugoslawien und der Geschichte der Nichtpaktgebundenen-Bewegung verbunden. Als Partisanenführer war er leitend am Kampf der Völker Jugoslawiens gegen die faschistische Okkupation im 2. Weltkrieg beteiligt. Sein Einsatz trug maßgeblich dazu bei, daß sich die Kommunistische Partei im Befreiungskampf zur stärksten politischen Kraft entwickelte. Am 29.11.1945 proklamierte J.B. Tito die Föderative Republik Jugoslawien; 1974 wurde er zu deren Präsident auf Lebenszeit gewählt.

Mit Tito starb der letzte lebende Gründungsvater der Bewegung nichtpaktgebundener Länder. Zusammen mit dem ägyptischen Präsidenten G.A. Nasser und dem Inder Nehru hatte Tito 1961 die Bewegung ins Leben gerufen und war Gastgeber ihrer 1. Gipfelkonferenz in Belgrad. Tito vertrat bis zuletzt das traditionelle Konzept positiver Neutralität gegenüber den „Machtblöcken“ und verfocht in der Außenpolitik einen Kurs strikter Unabhängigkeit sowohl gegenüber dem sozialistischen als auch gegenüber dem kapitalistischen Lager. Wenngleich es in jüngster Zeit, insbesondere auf dem VI. Gipfel in Havanna vom September 1979 (siehe AIB, Nr. 11-12/1979) zu Kontroversen zwischen ihm und jenen revolutionären Staatsmännern, die ein strategisches Bündnis der Nichtpaktgebundenen mit dem sozialistischen Lager verfochten, gekommen war, galten seine Verdienste um die Bewegung als allorts unumstritten.

AIB-Aktuell: Fanal Soweto

„Mehr als 100.000 Schüler im Streik!“ Und: „Dreißig junge Afrikaner und zwei schwarze Journalisten verhaftet.“ Diese beiden Meldungen der französischen Nachrichtenagentur AFP stammen von Ende April 1980. Vier Jahre nach dem Aufstand, der am 16. Juni 1976 im Vorstadtgetto von Johannesburg, Soweto, seinen Ausgang nahm und schnell auf andere Stadtzentren des Landes übergriff, spielt sich in Südafrika Ähnliches wie damals ab. Und wie damals ist der massenhafte Widerstand gegen das System des Rassismus und der Apartheid nicht auf Schüler und Studenten beschränkt.

Neue Dimensionen des Befreiungskampfes

Anders als nach dem Sharpeville-Massaker zu Beginn der 60er Jahre, als das Regime der Befreiungsbewegung einen ersten Rückschlag zuzufügen vermochte, hält die Welle des Widerstandes seit 1976 an. Zwar hat das Rassistenregime nicht nachgelassen, mit äußerster Brutalität gegen den Massenprotest, wo immer er aufkeimt, vorzugehen. Zwar sind willkürliche Verhaftungen, Folter, geheime oder offene Morde nach wie vor an der Tagesordnung, wie das jüngst gegen den Befreiungskämpfer James Mange verhängte Todesurteil noch einmal demonstriert hat. Aber dieser Terror des rassistischen Staatsapparats vermag es heute nicht mehr, den Widerstandswillen der Mehrheit zu brechen. Vieles, wovon die nachfolgenden Beiträge zeugen, deutet darauf hin, daß der Befreiungskampf in der stärksten Bastion des Rassismus und des Kolonialismus im Südlichen Afrika vier Jahre nach Soweto eine neue Dimension angenommen hat.

Verantwortlich dafür sind in erster Linie zwei Faktoren. Sicher hat der überwältigende Wahlsieg der Patriotischen Front in Zimbabwe den Befreiungskämpfern in Südafrika neuen Mut gegeben. Mit der Unabhängigkeit Zimbabwes ist ein weiteres entscheidendes Element aus der weißen Pufferzone herausgebrochen, die das Überleben des Regimes garantieren sollte. Nur noch Namibia ist jetzt der südafrikanischen Nordwestgrenze noch vorgelagert. Aber auch hier hat der bewaffnete Befreiungskampf der Südwestafrikanischen Volksorganisation SWAPO ein neues Stadium erreicht (vgl. unseren Beitrag von H. Mayer).

Entscheidend aber ist, daß die südafrikanische Befreiungsbewegung selbst, der Afrikanische Nationalkongreß (ANC), seit 1976 bedeutende Erfolge bei der Reorganisation und Stärkung seines illegalen Widerstandsnetzes im Inneren Südafrikas erzielt hat (vgl. unseren Beitrag von J. Ostrowsky). Am sichtbarsten demonstriert dies die gewachsene Aktivität des bewaffneten Flügels der Bewegung, des Umkhonto We Sizwe (Speer der Nation). Spektakuläre Aktionen der ANC-Guerilleros wie sich häufende Kommandoaktionen gegen Polizeistationen, die vom Regime nicht mehr verschwiegen werden können, zeigen weithin sichtbar die prinzipielle Verwundbarkeit des weißen Herrschaftssystems.

In dieser Situation wird auch die Solidarität, die das südafrikanische Volk von außen erhält, wichtiger. Allemal gilt dies für die Bundesrepublik, die aufgrund ihrer engen Verflechtung mit dem Regime auf wirtschaftlichem, politischem und militärisch-atomarem Gebiet zu den Hauptstützen des Apartheidssystems gehört.

Zu einem Höhepunkt in der Geschichte der hiesigen Solidaritätsbewegung mit der südafrikanischen Befreiungsbewegung

wird das am 13. Juni in Düsseldorf stattfindende Solidaritätskonzert, das das Antiimperialistische Solidaritätskomitee für Afrika, Asien und Lateinamerika und die Konzertagentur Pläne veranstalten. Angesagt haben sich dort nicht nur populäre Künstler, die einen lebendigen Einblick in die fortschrittlichen kulturellen Traditionen des südafrikanischen Volkes geben werden. Zum ersten Mal kommt aus diesem Anlaß auch ANC-Generalsekretär Alfred Nzo in die Bundesrepublik.

Das zentrale Solidaritätskonzert in Düsseldorf ist Auftakt einer Solidaritätswoche, in der bis zum 20. Juni 1980 in verschiedenen westdeutschen Städten Veranstaltungen und Aktionen stattfinden werden. Im Mittelpunkt dieser Aktivitäten stehen die Forderungen nach:

- Freilassung aller politischen Gefangenen in Südafrika, Freiheit für den Präsidenten des ANC, Nelson Mandela, und Aufhebung des Todesurteils für den jungen Freiheitskämpfer James Mange;
- Beendigung jeglicher Zusammenarbeit der Bundesrepublik und der Bundesregierung mit dem Rassistenregime, vor allem Unterbindung der militärisch-atomaren Kollaboration und Beteiligung der Bundesrepublik an bindenden Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika;
- schließlich braucht die südafrikanische Befreiungsbewegung materielle Solidarität und Unterstützung. Zu diesem Zweck führt das Antiimperialistische Solidaritätskomitee Sammlungen zur Unterstützung einer Schule des ANC in Morogoro/Tansania durch, an der junge Flüchtlinge aus Südafrika ausgebildet werden.

Konzert für Soweto
FREIHEIT FÜR AFRIKA

Bongi Makeba
Dollar Brand
Jabula
Renate Fresow
Chor Die Zeitgenossen
James Madhlope Phillips

Veranstaltet von:
Antiimperialistisches
Solidaritätskomitee für
Afrika, Asien und Latein-
amerika, Frankfurt, in
Zusammenarbeit mit dem
Konzertbüro „pläne“

13.6.20h
Freitag

Düsseldorf/
Philipshalle

Eintrittspreise ab 10,-
Karten im Vorverkauf
10,-
15,-
20,-
25,-
30,-
35,-
40,-
45,-
50,-

Am 26. Juni 1955 verabschiedeten in der südafrikanischen Kleinstadt Kliptown 5.000 Delegierte eines Volkskongresses, einberufen von einer Allianz verschiedener antirassistischer und demokratischer Organisationen unter Führung des Afrikanischen Nationalkongresses Südafrikas (ANC), die Freiheitscharta, bis heute das Grundsatzdokument des ANC (Wortlaut in: AIB-Sonderdruck, Nr. 1/1977). Diese „Kongreß-Allianz“, bestehend aus dem ANC, dem nicht-rassistischen Südafrikanischen Gewerkschaftskongreß (SACTU), dem Indischen Nationalkongreß Südafrikas (SAINC), dem Kongreß der Farbigen (CPC, Organisation der „Farbige“ genannten Mischlinge) sowie dem Kongreß von Demokraten, einer Organisation demokratischer Weißer, war die breiteste Massenbewegung, zu welcher sich der Widerstand gegen das Rassistenregime und das Apartheidsystem bislang hatte formieren können. Die Jahre vor und nach dem Volkskongreß waren dementsprechend gekennzeichnet von druckvollen Massenkampagnen des ANC und seiner Verbündeten, die auch durch einen Hochverratsprozeß gegen 156 ANC-Führungsmitglieder von 1956 bis 1961, in welchem die Charta als Prozeßgegenstand fungierte, nicht gebrochen werden konnten. Erst das Verbot des ANC 1960, die Verhaftung seiner Führung, lähmten die Aktionen des Widerstandes zeitweilig. Heute jedoch zeichnet sich eine neue Entwicklungsstufe im Kampf der unterdrückten Massen der Afrikaner, „Farbigen“ und Inder ab. Die Inhalte der Charta finden weite Verbreitung und Resonanz (siehe den nachstehenden Textauszug von Alfred Nzo, Generalsekretär des ANC, und den Beitrag von J. Ostrowsky).

Streikaktionen und militärische Unternehmen des bewaffneten Arms des ANC, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), prägen die Auseinandersetzung in Südafrika (siehe hierzu die Aussagen des Führungsmitglieds des ANC, Mziwandile Piliso). Strategie und Taktik des ANC, wie sie in einem umfangreichen Grundsatzdokument des ANC 1969 in Morogoro, Tansania, niedergelegt worden waren, finden hiermit in der Praxis ihre Bestätigung. Zum Charakter und einigen Grundzügen dieses Dokuments führte das AIB in London ein Interview mit Thabo Mbeki, Mitglied des Nationalen Exekutivkomitees des ANC und Politischer Sekretär beim Präsidenten des ANC.

Jürgen Ostrowsky

Die Mobilisierung der Massen



Knapp vier Jahre nach dem Aufstand der schwarzen Schüler und Studenten, der den Namen des Afrikaner-Gettos Soweto weltweit zu einem Begriff machte, befanden sich im April und Mai 1980 erneut über 100.000 schwarze und „farbige“ Schüler in den vier Provinzen Südafrikas in einem Schulboykott.

Kern der Protestbewegung sind etwa 100.000 „farbige“ Schüler vor allem in der Kapprovinz; Hunderte Lehrer, selbst weiße Studenten und Schüler solidarisierten sich mit den gegen die diskriminierenden Ausbildungsbedingungen Kämpfenden; in Soweto und anderen Orten traten Tausende afrikanische Jugendliche ebenfalls in Schulstreiks. Die Polizei trieb Versammlungen mit dem Knüttel auseinander, Hunderte Jugendliche wurden verhaftet.

Soweto – mehr als eine spontane Jugendbewegung

Vor dem Hintergrund einer gleichzeitigen, seit vielen Monaten anhaltenden Streikwelle in zahlreichen Betrieben sowie bewaffneter Aktionen der Befreiungsbewegung kennzeichnen die Schüleraktionen das Ausmaß der Krise, in der sich das Rassistenregime zu Beginn des neuen Jahrzehnts befindet.

Erinnerungen an die Situation im Juni 1976, die Aufstandsbewegung von Soweto, wurden zitiert, jedoch mit einem Unterschied: 1976 gehörte es für Kommentatoren unterschiedlichster Richtung zum guten Ton, die Befreiungsbewegung, den Afrikanischen Nationalkongreß (ANC), totzusagen und den Aufstand allein zum Werk einer spontanen Jugendbewegung zu erklären. Das war damals bereits falsch. Tsietsi Mashinini, einer der Repräsentanten der Schülerbewegung von Soweto, damals: „Jedoch hat die Aktivität des ANC seit den 60er Jahren ein günstiges Klima geschaffen, das die Ereignisse dieses Sommers ermöglichte. Sonst wür-

den wir noch in den Anfängen des politischen Kampfes stecken."¹

Zweifellos war der ANC nach den machtvollen Massenkampagnen der 50er Jahre durch das Verbot 1960, die Verhaftung fast seiner gesamten Führung, durch verschärfte Repression trotz der Eröffnung bewaffneter Aktionen 1961 in den 60er Jahren in eine Krise geraten. Der Neuaufbau einer illegalen Organisation erforderte Zeit, Massenaktionen waren ausgeschlossen. Aber bereits in der zweiten Hälfte der 60er Jahre begann der ANC mit illegaler Flugblattpropaganda im Lande, vermochte er seine Untergrundorganisation allmählich zu etablieren, in legalen Organisationen Fuß zu fassen.

Die Verschlechterung der sozialen Lage der afrikanischen Bevölkerung und der anderen nichtweißen Bevölkerungsgruppen, der Inder und „Farbigen“, eine zunehmende Repression des Regimes einerseits, die Erfolge der Befreiungsbewegung in Afrika (Angola und Mocambique zumal) andererseits trugen dazu bei, daß das vergangene Jahrzehnt einen neuen Aufschwung des Widerstandes und des Protestes brachte, der zugleich mit der Stärkung des ANC verbunden war.

Seit dem Frühjahr 1973, als in Durban Zehntausende afrikanische „farbige“ und indische Arbeiter einen wochenlangen Streik führten, ist die Serie von Arbeitskämpfen in Südafrika nicht abgerissen. Allein die Arbeiter in den Goldgruben des Vaal-Reef-Gebietes standen von 1973 bis 1975 im Streik. Auf das Massaker der Rassisten in Soweto antworteten die schwarzen Arbeiter Südafrikas mit einem landesweiten Ausstand.

1979 legten afrikanische, „farbige“ und indische Arbeiterinnen und Arbeiter in Betrieben aller Größenordnungen und Branchen immer wieder die Arbeit nieder. Berühmt wurde der Streik in der Teigwarenfabrik Fattis & Monis, der sich über mehrere Monate hinzog und internationale Unterstützung fand.

Nicht abreißende Arbeiterstreiks

Trotz offiziellem Streikverbot, trotz Entlassungs- und Haftandrohungen ist die Streikwelle in Südafrika nicht zu brechen. Das Jahr 1980 begann ebenfalls mit zahlreichen Kampfkaktionen der schwarzen Arbeiterklasse. In einer Fischverarbeitungsfabrik in Saldanha Bay traten im vergangenen Dezember 700 Beschäftigte, überwiegend Frauen, in einen Streik für höhere Löhne; im Februar 1980 verweigerten 700 Arbeiter der Ceres Fruit Growers Co-op zwei Wochen die Arbeit, um die Wiedereinstellung eines entlassenen Kollegen zu erzwingen.

Gemeinsam ist diesen wie den zahlreichen anderen Aktionen, daß die Streikenden sich immer weniger von Strafanrohungen und anderen Repressalien einschüchtern lassen. Bestandteil vieler Forderungen ist zudem jene nach dem Recht auf Bildung von vollwertigen Gewerkschaften, nach autonomen Betriebsvertretungen der Arbeiterinnen und Arbeiter. Ein weiteres bedeutsames Merkmal der Streikbewegung ist, daß in ihr vielfach der Einfluß des quasi-illegalen Südafrikanischen Gewerkschaftskongresses (SACTU) zum Tragen kommt, der mit dem ANC in der Kongreßallianz von 1955 verbunden ist; 1980 wurde vom SACTU zum „Jahr der Mobilisierung der Arbeiter“ proklamiert.²

Sowenig der Terror des Rassistenregimes die Arbeiterbewegung in Südafrika zum Verstummen zu bringen vermochte, sowenig gelang es, den ANC zu vernichten, obwohl Prozeßwellen gegen ANC-Mitglieder an der Tagesordnung sind und die Todesurteile gegen Solomon Mahlangu im Frühjahr 1979 sowie gegen James Mange Ende 1979 abschrecken sollen (siehe Kasten zu politischen Gefangenen). Seit Soweto vor

Alfred Nzo

Lang lebe die Freiheitscharta!



(...) Daß die Ideen der Freiheitscharta heute in Südafrika rasch an Boden gewinnen, macht selbst ein oberflächlicher Blick auf die Politik und die Programme verschiedener Gruppen klar. In bewußter oder unbewußter Aufnahme der Charta (und in wachsendem Maße ist es eine bewußte), klingen die Forderungen der verschiedenen Gruppen der Unterdrückten in einem ansteigenden und harmonischen Chorgesang. Gestärkt durch die Unterstützung der sozialistischen Länder und der anderen antiimperialistischen und progressiven Kräfte, ist sich der ANC nüchtern seiner Fähigkeit bewußt, die politische Mobilisierung der unterdrückten Massen und demokratischen Kräfte bis zu dem Punkt zu verbreitern und zu vertiefen, an welchem es möglich wird, die Ideen der Freiheitscharta in eine unwiderstehliche physische Kraft zu verwandeln. Dies ist die Herausforderung der 80er Jahre.

Zu einer Zeit, da der Feind versucht, Stammeskongflikte in unsere nationale Einheit zu treiben und andere Gruppen der Unterdrückten mit Separatlösungen zu umwerben, indem er alle Individuen oder Grüppchen herausucht, die geneigt sind, persönliches Vorankommen über die Interessen des gesamten Volkes zu stellen, zeigt die Freiheitscharta, wie Gruppen- und Teilinteressen innerhalb einer gemeinsamen Bewegung ausgeglichen und in Wahrheit nur als integrale Bestandteile eines gemeinsamen Programms verteidigt werden können. Heute findet in Südafrika in einem Ausmaß ohne Beispiel – und dies nicht nur auf Seiten der Unterdrückten, sondern selbst unter denen, die kurzfristig materiell von dem Privileg profitieren, weiß zu sein – eine besorgte Suche statt nach Wegen aus der gefährlichen Krise, in die die Nationalisten-Partei unser Land geführt hat. 1980 wird es unsere Aufgabe sein, all diesen Leuten die Charta nahezubringen, damit sie selbst sehen können, daß es einen Weg heraus gibt, einen Weg, der Opfer verlangt, aber nicht Selbstaufgabe, und der eine gerechte und friedliche Zukunft garantiert. (...)

In seinem unermüdlichen Bemühen, die Einheit der patriotischen Kräfte beständig zu erweitern und zu stärken, läßt sich der Afrikanische Nationalkongreß vom Geist der Freiheitscharta leiten, weil diese, als Charta des Volkes, ein Prüfstein des Patriotismus in unserer Situation ist.

Während der ANC auf äußerste Flexibilität abzielt, um alle Kampfmethoden und -methoden zu verbinden, erkennt er auch an, daß die Geschichte seit dem Volkskongreß vorangeschritten ist und uns den friedlichen Weg verschlossen hat, der damals noch offen schien, und uns gezwungen hat, die Waffen gegen den Unterdrücker zu erheben.

Heute – vor dem Hintergrund der Lehren des Volkskrieges und der Siege, die er in Angola, Mocambique und Zimbabwe herbeigeführt hat und die uns vermehrten Kampfgeist bringen, erfordert eine patriotische Haltung eine wirklich positive Antwort auf die Herausforderung in unserem eigenen Land einen Volkskrieg zu beginnen. Alle Zeichen deuten darauf hin, daß diese Antwort erfolgen wird und daß das Jahr der Freiheitscharta uns den geheiligten Zielen des Volkes ein großes Stück näher bringen wird.

Lang lebe die Freiheitscharta!

Der Kampf geht weiter!

Der Sieg ist sicher!

Alle Macht dem Volke!

(Quelle: The African Communist, London, Nr. 81, II/1980, S. 37-39)

Mziwandile Piliso

Streiks und Aktionen des Umkhonto we Sizwe



Typisches Wohnquartier schwarzer Arbeiter in Südafrika: an die 25 Personen hausen in einem Raum; bei dem ANC-Angriff auf die Volksbank in Pretoria (r.) getöteter Guerillero

FRAGE: Welches sind die Ziele des ANC für 1980?

M. PILISO: Wir sind Realisten; wir wissen, daß wir die Unabhängigkeit nicht in diesem Jahr erringen werden. Gleichzeitig wissen wir aber, daß das afrikanische Volk den ANC mehr und mehr als seine Organisation akzeptiert. Der Feind weiß dies ebenfalls.

Es gab eine Zeit, in der wir aufgrund objektiver Umstände im Lande relativ schwach waren. Heute jedoch kann ich zuversichtlich sagen, daß der ANC die Organisation des afrikanischen Volkes und der Völker Südafrikas ist – keine unserer Bevölkerungsgruppen hat mehr Furcht oder schämt sich, unserer Organisation anzugehören. Junge wie ältere Menschen, Inder, Farbige und Leute aus der weißen Bevölkerung sind nicht nur Mitglieder des ANC als einer politischen Organisation, sondern überdies des Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation; d. Red.) unseres militärischen Flügels.

Ich glaube, daß sich diese Entwicklung verstärken wird. 1979 war wahrscheinlich das beste Jahr des Umkhonto. Das Jahr 1980 hat sehr gut begonnen. Ein oder zwei der Operationen verliefen nicht so wie geplant. (...)

Mobilisierung im 25. Jahr der Freiheitscharta

1980 wird ein noch besseres Jahr werden, sowohl organisatorisch als auch unter militärischen Aspekten. In diesem Jahr haben bereits drei bewaffnete Aktionen des Umkhonto stattgefunden. Beides ergänzt einander. Das Jahr 1980, als das 25. Jahr der Freiheitscharta, sieht das Volk hinter der Charta mobilisiert, selbst die weiße Jugend, insbesondere an den Universitäten.

Sie akzeptieren die Charta als künftiges politisches Programm. Das wird Botha und den Western nicht davon abhalten zu sagen, die Charta sei ein kommunistisches Dokument, obwohl die Menschen in Südafrika sehr wohl wissen, daß es vom Volke selber von dessen Kongreß in Kliptown 1955 kommt. (...)

FRAGE: In den letzten Monaten hat es einen wachsenden Widerstand der Arbeiter und eine Welle von Streikaktionen gegeben.

M. PILISO: Das ist eine natürliche Entwicklung, die sich seit einiger Zeit abspielt. Die Streikaktionen haben seit 1973 zugenommen.

Das sollte nicht überraschen.

Der Lebensstandard unseres Volkes sinkt von Tag zu Tag. Für die Mehrheit ist es schwierig, die Mieten zu zahlen – lediglich die Miete, ganz zu schweigen von Essen, Kleidung, Arztkosten. Was anderes kann unser Volk tun außer, so gut es kann, ganz normale Forderungen zu stellen? Deshalb nehmen die Streiks gegenwärtig zu.

Man kann jedoch beobachten, daß sie nicht allein auf ökonomische Verbesserungen gerichtet sind. Die Losungen, die benutzt werden, sind auch politische, sind Forderungen nach Mehrheitsherrschaft in Südafrika.

FRAGE: Was ist das herausragende Ereignis innerhalb der Streikwelle?

M. PILISO: In den Streiks in Port Elizabeth Ende letzten Jahres waren die Unternehmer gezwungen, den Forderungen der Arbeiter nachzugeben, und auch hier handelte es sich nicht bloß um ökonomische, sondern um politische Forderungen. Ich glaube, der Erfolg dieses Streiks zeigt dem Volk, über welche Macht, welche mögliche Macht, es verfügt.

Der andere bezeichnende Umstand ist, daß dieser Streik alle schwarzen Arbeiter vereinte – Afrikaner, Farbige und Inder, auch wenn es in der Region nur wenige Inder gibt.

Es wird zunehmend schwierig, daheim und nicht nur hier im Ausland, zu differenzieren oder über drei Gruppen zu sprechen, weil das Volk sich mehr und mehr als schwarz empfindet. 1976, nach den Ereignissen von Soweto, waren es die farbigen Arbeiter in Kapstadt, die als erste die Unterstützungsbewegung begannen. Es war in den Farbigen-Gettos, in denen der Widerstand am längsten anhält. Die Zusammenarbeit wird sich verstärken.

Heute gibt es zum Beispiel mehr und mehr junge Weiße, die sich dem Wehrdienst entziehen. Allein in Großbritannien fanden sich in letzter Zeit 100 von ihnen ein. Dies mögen kleine Zahlen sein, aber sie verlangen mehr und mehr danach, die Erlaubnis zu erhalten sich dem ANC und dem Umkhonto we Sizwe, seinem militärischen Flügel, anzuschließen.

(Quelle: Guardian, USA, 20.2.1980; in: Facts and Reports, Amsterdam, 4.4.1980)

allem erhält der ANC Zulauf von zahlreichen Jugendlichen, die ins Ausland flüchteten, um sich der Guerillabewegung, dem bewaffneten Arm des ANC, Umkhonto we Sizwe (Speer der Nation), anzuschließen. Das Verbot der Organisation des Black Consciousness (Schwarzes Selbstbewußtsein) im Herbst 1977 erwies sich als Bumerang für das Regime. Es zerstörte bei vielen Afrikanern die Illusionen über noch vorhandene Möglichkeiten legalen Handelns und bewies die Richtigkeit der Strategie des ANC, auf den bewaffneten Kampf zu setzen (vgl. dazu das AIB-Interview mit Thabo Mbeki in diesem Heft).³

1979 – das „Jahr des Speeres“

1979, das Gedenkjahr an die 1879 von den Zulu-Kriegern bei Isandhlwana über die Briten gewonnene Schlacht, wurde vom ANC zum „Jahr des Speeres“ proklamiert.

Bewaffnete Aktionen der Umkhonto-Guerilleros wurden der sichtbare Ausdruck dafür, daß es sich hierbei um eine symbolische Benennung handelte, die ernst gemeint war: Die erste spektakuläre ANC-Aktion galt der Polizeistation von Moroka in Soweto; sie fand im Mai 1979 statt. Weitere militärische Angriffe gegen Institutionen des Apartheid-Regimes folgten. Im Dezember 1979 gelang es dem ANC sogar, drei seiner Mitglieder aus dem schwer bewachten Gefängnis von Pretoria zu befreien und außer Landes zu bringen.

Das Jahr 1980 brachte dem Regime keine Ruhe – der ANC eskalierte seine bewaffneten Aktionen, verbunden mit Aufklärungsarbeit und Massenmobilisierungsaufrufen. Ende Januar scheiterte ein Überfall mit Geiselnahme auf die Bank („Volkskas“) in Silverton; im April d.J. beschossen ANC-Kämpfer erneut eine Polizeistation bei Johannesburg mit Gewehren und Raketen. Das Regime zeigt sich diesen Angriffen gegenüber zunehmend hilflos – ihr Erfolg basiert indessen vor allem auf der Unterstützung durch die afrikanischen, „farbigen“ und indischen Massen.

Dies ist ein weiteres Kennzeichen der Situation: Seit den 50er Jahren war die Breite des Widerstandes, des öffentlich bekundeten Protestes gegen das System nicht mehr so groß. Legale Organisationen und Gremien nahmen viele Forderungen und Losungen der Befreiungsbewegung auf.

Schwarze Politiker vertreten teilweise Positionen des ANC – so die Mitglieder des Komitees der Zehn von Soweto. Ungeachtet der Apartheid-Gesetze und anderer politischer Strafbestimmungen trat z.B. Nelson Mandelas Tochter vor 4.500 Studenten der Universität von Johannesburg auf und forderte die Freilassung ihres im KZ Robben Island inhaftierten Vaters. Die Freilassung des ANC-Präsidenten Mandela wird von inzwischen (Stand Ende März 1980) 22.000 Unterzeichnern einer Petition gefordert.

Sich mit dem ANC, seinen Mitgliedern offen zu identifizieren, ist in Südafrika heute wieder an der Tagesordnung. An die 1.000 Menschen nahmen an der nächtlichen Enthüllung eines Gedenksteins für den 1979 ermordeten Solomon Mahlangu teil. An der Beisetzung der Teilnehmer der gescheiterten Aktion gegen die „Volkskas“ in Silverton nahmen bis zu 10.000 Menschen teil; 2.000 Trauernde fanden sich zur Beisetzung der verstorbenen ANC-Kämpferin Lillian Ngoyi, Mitorganisatorin der ANC-Frauendemonstrationen von 1956, im März dieses Jahres ein – sie legten Kränze mit den Farben des ANC nieder, schwarz, grün und gold, und hielten ANC-Fahnen in den Händen.

Der Aufschwung in den Widerstandsaktionen und Kampfhandlungen gegen das Apartheidsystem ist unübersehbar. Die Ereignisse in Zimbabwe haben dem Kampfwillen der unterdrückten Massen Südafrikas zusätzlichen Auftrieb gegeben. Die Intensivierung des bewaffneten Kampfes, der Streikbewegung, der propagandistischen Arbeit, verbunden mit der internationalistischen Solidarität, wird – auch wenn der Weg dorthin noch lang ist – Südafrika in den 80er Jahren die Freiheit bringen, wie Dr. Yusuf Dadoo, Vorsitzender der KP Südafrikas und Führungsmitglied des ANC, Ende des vergangenen Jahres prophezeite. Der ANC hat mit der Intensivierung seiner Aktivitäten eine neue Etappe des Befreiungskampfes eingeleitet.

Anmerkungen:

- 1) AIB, Nr. 1/1977, S. 25-27, hier S. 27
- 2) Siehe AIB-Gespräch mit dem SACTU-Generalsekretär J. Gaetsewe, 25 Jahre Südafrikanischer Gewerkschaftskongreß, in: AIB, Nr. 3/1980, S. 28-29
- 3) Eine Bilanzierung des bewaffneten Widerstandes in Südafrika vor 1979 siehe in: AIB, Nr. 3/1978, S. 4 ff.
- 4) Sunday Post, 30.3.1980, zit. nach: Weekly News Briefing, London, Nr. 14/3.4.1980, S. 3



Aus Reden und Interviews
1971 bis Februar 1980
197 Seiten, 1. Auflage mit Schutzumschlag
14,50 DM (ISBN 3-60012-606-2)

Entspannung oder Konfrontation?

Aus dem Geleitwort an die Leser
in der Bundesrepublik Deutschland

Werte Leser!

In den Reden und Artikeln, die der Verlag „Marxistische Blätter“ in einem Sammelband zusammengestellt hat, berühre ich einen breiten Kreis internationaler Probleme ...

Gegenwärtig besteht vielleicht dringender als je zuvor die Notwendigkeit, die politische Entspannung zu konsolidieren und sie durch die militärische zu ergänzen. Gerade in praktischen Maßnahmen zur Abwägung liegt der Schlüssel dafür, daß die achtziger Jahre glücklich und zufrieden verlaufen ...

Und natürlich dürfen die Horizonte einer fruchtbarsten, friedlichen Zusammenarbeit zwischen Staaten, die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen angehören, nicht eingeengt, sondern sie müssen erweitert werden. Eine zuverlässige langfristige Grundlage dafür bieten die Vereinbarungen der 35 Staaten, die auf der Konferenz in Helsinki erzielt wurden.

Diese Ideen werden meiner Auffassung nach von allen geteilt, die sich von Vernunft und gutem Willen leiten lassen.

Eine bessere Zukunft, frei von der Gefahr einer militärischen Katastrophe, kommt nicht von selbst. Aber im vereinten Bemühen, wenn die Völker zueinander und beharrlich handeln, können die Kräfte des Krieges und des Hasses überwunden werden, kann sich ein dauerhafter Frieden auf unserem Planeten durchsetzen.

26. März 1980

L. Breshnew
L. Breshnew

Verlag Marxistische Blätter GmbH, Hedderheimer Landstraße 78a, 6000 Frankfurt/Main 50, Telefon (0611) 571051

Verlag Marxistische Blätter

Politische Gefangene in Südafrika

Knapp ein Jahr, nachdem der angeblich „flexible“ Pieter Botha an die Spitze des südafrikanischen Rassistenregimes trat, ist in der bundesdeutschen Presse kaum noch etwas von „neuen Tönen aus Pretoria“ (Frankfurter Rundschau, 3.9.1979) zu vermelden. Die Zündung der ersten südafrikanischen Atom- oder Neutronenbombe am 22.9.1979 und das Todesurteil gegen James Mange vom 15.11.1979 (vgl. AIB, Nr. 1/1980) demonstrieren die unverändert aggressive Politik Südafrikas nach außen und innen.

Im Februar d.J. gab Polizeiminister Le Grange bekannt, 1979 seien 163 Menschen, die meisten „auf der Flucht“, von der Polizei erschossen worden (1978 waren es 204 Personen) und 133 Todesurteile seien vollstreckt worden (Die Neue, 23.2.1980). Im März wurden bei einer Großrazzia in Johannesburg 1.500 Personen verhaftet (International Herald Tribune, Zürich, 25.2.1980). Dies zeigt den Willen der Rassisten, den seit Soweto schnell angewachsenen inneren Widerstand durch ständig brutalere Reaktionen zu brechen.

Todesurteile gegen S. Mahlangu und J. Mange

Die erste Konsequenz zur Bewältigung der Verhaftungswelle nach Soweto war eine enorme Verschärfung der rassistischen Gesetzgebung (z.B. Criminal Procedure Act von 1977), was vor allem darauf abzielte, Festnahmen und Verhöre zu erleichtern, Folterungen zu kaschieren und die Gerichtsverfahren zu beschleunigen. In diesen Verfahren demonstrierte man Härte, um vom aktiven Befreiungskampf abzuschrecken – ein Versuch, insbesondere den Zulauf der Jugend zum Afrikanischen Nationalkongress (ANC) durch massive Drohungen einzudämmen. In dem gegen 12 ANC-Mitglieder inszenierten Prozeß der „Pretoria 12“ wurde 1977 erstmals für „Terrorismus“ die Todesstrafe beantragt (vgl. AIB, Nr. 9/1977 und 6/1978). Trotz heftigster internationaler Proteste wurde am 6.4.1979 das erste Todesurteil, an Solomon Mahlangu, wegen angeblicher Beteiligung an einer bewaffneten Aktion vollstreckt. Im November vergangenen Jahres endete der Prozeß der „Pietermaritzburg 12“ mit dem Todesurteil gegen James Mange. Dieses ist das erste Todesurteil wegen Hochverrats.

Kaum verhüllt wurde damit die Mitgliedschaft im ANC verurteilt, was eine enorme Verschärfung politischer und rassistischer Verfolgung darstellt. In ihm zeigt sich die zunehmend lebensbedrohliche Situation politischer Gefangener in der RSA.

Ab Juli 1976 waren innerhalb von 12 Monaten 21.282 Personen verhaftet und von ihnen 13.366 verurteilt worden! Seit Soweto wurden ca. 9.000 Jugendliche unter 18 Jahren wegen „Sabotage“ oder „öffentlicher Gewalt“ verurteilt. 1978 erhielten 252 Jugendliche Gefängnisstrafen (vgl. Notes and Documents, New York, Nr.

23/79, Okt. 1979 sowie Sechaba, London, Okt. 1979). Zur Zeit befinden sich mindestens 550 politische Gefangene, davon mehr als 50 Personen aus Namibia, in südafrikanischen Gefängnissen. In lebenslänglicher Haft befinden sich 21 Führer der Befreiungsbewegung; 103 sind zu 15 und mehr Jahren Verurteilte. Unter den Lebenslänglichen sind die 1964 im historischen Rivonia-Hochverratsprozeß verurteilten ANC-Führer N. Mandela, W. Sisulu, G. Mbeki u.a. Sie befinden sich, wie alle männlichen nichtweißen Gefangenen auf der nordwestlich von Kapstadt gelegenen KZ-Insel Robben Island. Dort sind derzeit 489 politische Gefangene interniert, darunter mindestens 9 Jugendliche unter 18 Jahren (Focus, London, Nr. 27/März-April 1980, S. 9). Weibliche nichtweiße Gefangene werden im Kronstad-Gefängnis festgehalten, während für weiße Männer eine besondere Sektion des Pretoria-Zentralgefängnis vorbehalten ist.

Politische Gefangene kommen automatisch in die 4. Haftkategorie D, die den Kontakt mit der Außenwelt fast völlig unterbindet. Desweiteren werden sie nach rassistischen und ethnischen Gruppen getrennt. Einer besonderen Behandlung unterliegen Führer des ANC, die man von anderen Kämpfern zu isolieren versucht.

Trotzdem ist es den Inhaftierten gelungen, gewisse Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Einen wichtigen Aspekt, denn z.B. sind 240 Gefangene auf Robben Island Schüler der Soweto-Generation, stellt die Durchführung von Bildungsprogrammen dar, in denen verschiedene Schulabschlüsse bis zu Universitätsdiplomen erreicht werden konnten. So wurden 1977 62 Examen abgelegt, in denen verschiedene Kurse gab es 211 Teilnehmer. Im November 1977 unternahm das faschistische Regime einen ersten Angriff auf die Rechte der Gefangenen, indem es ihnen das Studium über Oberschul-Niveau verbot. Damit hat sich die durch Isolierhaft, Schwerstarbeit und Folter – seit 1963 starben an ihr mindestens 50 politische Gefangene – gekennzeichnete Situation der Internierten weiter verschlechtert.

Dieses hat auch innerhalb Südafrikas die Solidaritätsbewegung mit den politischen Gefangenen wesentlich verstärkt. Die Kampagne des ANC für freie Weiterbildung aller Gefangener fand große Unterstützung. Nach einer Kundgebung mit Zinzi Mandela, der Tochter Nelson Mandelas, in der Witwatersrand-Universität begann im März 1980 die Sunday Post eine Kampagne für die Freilassung N. Mandelas. Die Aktion, bei der innerhalb eines Monats 22.000 Unterschriften gesammelt wurden, wurde ein derartiger Öffentlichkeits-erfolg, daß Pieter Botha sich genötigt sah, bei öffentlichen Auftritten auf die Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen einzugehen und den unveränderten Herr-im-Hause-Standpunkt des Rassistenregimes klarzustellen.



Stundenlanges Steinklopfen zählt auf Robben Island zu den Pflichtübungen der politischen Gefangenen; lebenslänglich eingekerkert ist hier auch Nelson Mandela (r.), Vorsitzender der ANC

Interview mit Thabo Mbeki

Strategie und Taktik des ANC

AIB: 1969 verabschiedete der ANC ein Dokument mit dem Titel „Strategie und Taktik der südafrikanischen Revolution“. Worin bestehen die Hauptaussagen dieses Dokuments?

T. MBEKI: Man muß zunächst darauf hinweisen, daß der ANC selbst sagt, daß sein strategisches Hauptziel die Macht ergreifung durch das Volk ist. Dies ist eine grundlegende Voraussetzung, denn sie bedeutet, daß wir nicht auf eine Verhandlungslösung aus sind. Sie bedeutet, daß alles, was wir tun, auf die Volksmassen abzielen muß, darauf, daß sie organisiert, bewußt, in Kenntnis dessen, wofür sie kämpfen, in diesem Kampf einbezogen sind, um die Macht zu erringen. Dies ist eine grundlegende Position für die Strategie und Taktik des ANC.

Hauptkraft ist die schwarze Arbeiterklasse

Hieran schließt sich die Frage an, welches die Kraft ist, die eine solche Strategie ausführt, und selbstverständlich ist diese Kraft das Volk selbst. Das Dokument von 1969 sagt aus, daß die Hauptkraft im Volke natürlich die schwarze Arbeiterklasse ist, denn sie ist es, die sich in täglicher Konfrontation mit dem Gesamtsystem befindet – sei es in den Fabriken oder in den Wohngebieten, sei es, daß es um Lohnfragen, Paßgesetze, steigende Preise geht –, ganz gleich, um welche Probleme es geht, die schwarze Arbeiterklasse ist es, die am direktesten und beständigsten mit den Brutalitäten des Systems konfrontiert ist. Das heißt nicht, daß die anderen Schichten der Bevölkerung dies nicht wären.

Das andere wichtige Element ist natürlich, daß unsere Geschichte, insbesondere die der letzten etwa 30 Jahre, zwingend gezeigt hat, daß dies die Schicht innerhalb der schwarzen Gemeinschaft ist, die am besten organisiert, politisch am bewußtesten, am aktivsten ist.

Dies soll nicht heißen, daß das Dokument den Eindruck erwecken soll, daß die Landbevölkerung keine Rolle spiele. Es geht darum, daß die schwarze Arbeiterklasse das Herz, das Zentrum, die Avantgarde innerhalb der Gesamtheit der Kräfte darstellt, welche die Befreiung erringen sollen.

Nun gibt es eine große Anzahl von taktischen Fragen, die erörtert werden müssen, und die in dem Dokument von 1969 vom ANC behandelt werden.

Bei unserer Arbeit müssen wir, wie ich ausführte, das Volk im Kampf einbeziehen als eine bewußte und aktive Kraft. Das heißt: Wir, das Volk, müssen in der Lage sein auf alle Formen der Unterdrückung zu antworten. Deshalb ist es notwendig, daß sich die Arbeiter organisieren, um für höhere Löhne zu kämpfen, daß das Volk organisiert ist, um gegen steigende Mieten und Transportkosten zu kämpfen, daß das Volk organisiert ist, um Massenumsiedlungen widerstehen zu können usw.

Vom taktischen Gesichtspunkt aus heißt dies, daß der ANC sicherstellen muß, daß jedermann in den Kampf einbezogen ist. Das heißt, daß Aktivitäten auf lokaler Ebene sehr wichtig werden, denn man begegnet Unterdrückung, ist mit ihr konfrontiert zunächst auf örtlicher Ebene, dort wo man



lebt, wo man arbeitet.

Nun sind der Kampf, die Konfrontation für sich selbst natürlich Erziehungsprozesse. Jeder, der aufsteht und sagt: „Wir fordern höhere Löhne“, wird unter den südafrikanischen Bedingungen fast unausweichlich zugleich mit der Polizei zusammenstoßen, was also heißt, daß der Kampf nicht lediglich einer zwischen Unternehmer und Beschäftigten ist, sondern sofort auch einer zwischen den Arbeitern und dem Staat. Und so wird es den Leuten, die sich im Kampf befinden, klar, daß für diese Probleme keine grundlegenden Lösungen möglich sind ohne eine Veränderung der Gesamtsituation.

Dies ist ein Bereich. Ein anderer, der natürlich von sehr großer strategischer Bedeutung ist, ist der des bewaffneten Kampfes. Auch hier ist es die Auffassung des ANC, daß der Erfolg des bewaffneten Kampfes abhängt vom Niveau der politischen Mobilisierung der Volksmassen.

Das heißt, daß der politische Massenkampf auf örtlicher, regionaler und nationaler Ebene, über den ich gesprochen habe, nicht allein für sich bedeutend ist, für die Führung des politischen Kampfes – er ist zugleich die Basis für den Erfolg des bewaffneten Kampfes. Deshalb gehen wir nach wie vor davon aus, daß es für das Volk unabdingbar notwendig ist, die Waffen zum Kampf zu erheben.

Hier ist es wichtig darauf hinzuweisen, daß das, was wir anstreben, ein Volkskrieg ist. Ein Volkskrieg nicht allein in der Hinsicht, daß es volkstümliche Forderungen sind, für welche die militärischen Kader kämpfen – das ist selbstverständlich ein Element der Definition des Volkskrieges –, sondern in der Hinsicht, daß die Massen des Volkes wirklich einbezogen sind, daß die Volksmassen tatsächlich Gewehre tragen, daß sie in anderer Weise an der Führung des bewaffneten Kampfes beteiligt sind. Und das erfordert natürlich, daß ein hohes Bewußtsein vorhanden sein muß, damit das Volk den Willen besitzt, die damit verbundenen Opfer auf sich zu nehmen.

Die Volksmassen müssen die Gewehre tragen

Wir sagen also, politischer Massenkampf wie militärischer Massenkampf, die Verbindung beider miteinander, sind von großer Bedeutung.

Unter organisatorischen Aspekten sagt der ANC – und dies ist wohl eine Erfahrung aller Revolutionen –, daß politische Massenaktivität soweit wie möglich legale Organisationsformen erfordert. Denn eine legale Organisation ist besser in der Lage, mehr Menschen und sie schneller zu erreichen, eine legale Organisation hat z.B. die Möglichkeit, eine Massenversammlung einzuberufen, um politische Fragen zu diskutieren; zum Beispiel: das Komitee, welches die Leute in Crossroads organisiert hat, sich den Massenumsiedlungen zu widersetzen, ist ein legales Komitee – es arbeitet offen, es kann Aufrufe veröffentlichen, Flugblätter verteilen usw.

Wir sagen auch jetzt: Was immer das Regime tun mag oder sagt, unser Volk hat immer diese Formen des legalen Kampfes finden müssen, weil dies der beste Weg ist, die Massen des Volkes zu mobilisieren. Dies war auch der Grund, weshalb der ANC verboten wurde.

AIB: Wie ist die Losung zu verstehen, daß der Hauptinhalt des südafrikanischen Befreiungskampfes die Befreiung der schwarzen Massen sein müsse?

T. MBEKI: Das afrikanische Volk ist das am meisten unterdrückte, es stellt die Mehrheit der Bevölkerung Südafrikas. Vor allem: kein anderes politisches Problem in Südafrika kann gelöst werden, ohne daß dieses Problem gelöst wird.

Dies heißt jedoch nicht, daß die sog. Inder und Farbigen nicht unterdrückt seien. Sie sind es in vielerlei Hinsicht. Sie leiden unter denselben Einschränkungen wie die Afrikaner, ihre Lebensbedingungen sind nicht so verschieden von denen der Afrikaner. Diese objektive Situation zwingt zu einer Allianz zwischen den Afrikanern, den Indern und den Farbigen.

Unabhängig davon ist es die Position der südafrikanischen Befreiungsbewegung seit langem, seit Jahrzehnten, gewesen, bewußt die Vereinigung aller unterdrückten Völker anzustreben. Es ist dies also keineswegs eine spontane Reaktion. Es ist eine politische Orientierung, denn wir führen einen antirassistischen Kampf, und infolgedessen muß das antirassistische Element als bewußte politische Position hervortreten, die wir verteidigen müssen. Deshalb können wir z.B. nicht sagen: „Die Afrikaner müssen den Weg allein gehen.“



Es ist die Aufgabe der Befreiungsbewegung, jedermann zu befreien – den Unterdrücker selbst eingeschlossen.

AIB: Zahlreiche Dokumente des ANC, die Resolution von Morogoro vom März 1975 (Wortlaut in: AIB-Sonderdruck, Nr. 1/1977, S. 6-7) eingeschlossen, verbinden die Frage der nationalen Befreiung im politischen Sinne mit der Frage der sozialen Revolution. Wie stellt sich dieser Zusammenhang für den ANC dar?

T. MBEKI: Wiederum gehen wir von der objektiven Lage in Südafrika aus. Es ist klar, daß der Rassismus in Südafrika das Element des Rassenvorurteils enthält, also in gewissem Sinne der Ideologie; deshalb findet man unter den Weißen Rassisten, die dies aus solchen Gründen sind.

Im Grunde jedoch ist Rassismus ein Instrument, das in Südafrika durch die Jahrhunderte gebraucht wurde als ein Mittel, um ein Ausbeutungssystem aufrecht zu erhalten. Es wurde eingesetzt, um die schwarzen Arbeiter auszubeuten; es wurde eingesetzt, um Reichtum fast ausschließlich in den Händen der weißen Minderheit zu konzentrieren, und selbst unter der weißen Minderheit dient es dazu, den Reichtum in den Händen der Kapitalistenklasse zu sammeln, die Rassismus benutzen, um das Denken der Menschen, der weißen Arbeiter, der Mittelschichten und anderen Schichten zu benebeln, um sie zur Verteidigung des Systems zu gewinnen. Dies ist die objektive Realität Südafrikas in seiner Geschichte und seiner Gegenwart. Wenn man also davon spricht, daß man einen Kampf führt, um nationale Unterdrückung zu beseitigen, um rassische Unterdrückung und Diskriminierung zu beseitigen, muß man zu den Wurzeln dieser Verhältnisse zurückgehen, muß man sagen, was die Basis dafür ist, welche Folgen sie hatten.

Daher ist es für den ANC nur natürlich, die Position einzunehmen, daß, solange man ein System verewigt, das Rassismus hervorgebracht hat, ein System, in welchem die schwarze Mehrheit nichts, die weiße Minderheit jedoch alles besitzt, man rassistische Unterdrückung nicht beseitigt, solange man dies nicht ändert. Man mag die politische Unterdrückung beseitigen, in dem Sinne, daß jeder das Stimmrecht besitzt, aber selbst diese politische Befreiung wird eingeschränkt und reduziert und ihrer Bedeutung beraubt dadurch, daß die ökonomische Macht in den Händen einer weißen Minderheit verbleibt. Dies ergibt sich objektiv aus der Situation. Deshalb sagt der ANC in der Freiheitscharta, daß die Banken, die Bergwerke, die Monopole nationalisiert und in die Hände des Volkes übergeben werden müssen, weil in etwa höchstens 1% der südafrikanischen Bevölkerung über 90% des gesamten Reichtums des Landes verfügen. Das ist eine offenkundig undemokratische Situation und eine Situation, die den Rassismus hervorbringt.

Eine neokoloniale Lösung wäre keine echte Befreiung!

Deshalb sagt der ANC, das Land müsse unter die verteilt werden, die es bearbeiten. Jedes andere System des Landbesitzes oder der Landverteilung würde wiederum dazu dienen, den Rassismus zu verewigen und damit den Gehalt, die Bedeutung der politischen Befreiung einschränken.

Insofern ist dies eine Voraussicht, die aus der Realität der südafrikanischen Situation hervorgeht, eine Anschauung, die die These enthält, daß es einen Unterschied gibt zwischen wirklicher und nichtechter Befreiung, zwischen echter Befreiung und einer neokolonialen Lösung. Und wir sagen, daß wir gegen eine neokoloniale Lösung sind.

Wir treten für eine Lösung ein, in welcher das Volk die Macht ausüben wird – die gesamte Macht, nicht bloß die politische, sondern auch die ökonomische, die staatliche. Nur so wird die Befreiung Südafrikas Sinn haben.

Afrikanischer Nationalkongreß Südafrikas

Antwort an die Regierung in Bonn



Auf einer Pressekonferenz der westdeutschen Anti-Apartheidbewegung gab die Befreiungsbewegung Südafrikas, der Afrikanische Nationalkongreß, die folgende Erklärung zu den fortgesetzten Bonner Dementis über die atomare Kollaboration zwischen der BRD und Südafrika ab.

Diese Pressekonferenz findet zu einem entscheidenden, wichtigen Zeitpunkt in der Geschichte der Völker des Südlichen Afrika statt. Der Zusammenbruch der portugiesischen Herrschaft in Afrika und der bewundernswerte und historische Sieg der Patriotischen Front in Zimbabwe sind eine gewaltige Ermunterung für die unterdrückten Massen in Namibia und Südafrika.

Botha und sein Regime werden von dem Trauma verfolgt, daß der Zusammenbruch der Verteidigungslinie des Apartheidstaates am Sambesifluß die strategische Situation des rassistischen Südafrika noch weiter verschlechtert und sich noch gefährlicher zugunsten der südafrikanischen Befreiungskräfte unter Führung des Afrikanischen Nationalkongresses und seiner Verbündeten verschoben hat.

Das Kräfteverhältnis im Südlichen Afrika hat sich seit 1974 tatsächlich deutlich zuungunsten des rassistischen Südafrika verschoben; dieses mußte sich einer neuen strategischen Situation anpassen. Es hat dafür hauptsächlich die Unterdrückung nach innen verstärkt, sein militärisches Potential vergrößert und benachbarte afrikanische Staaten überfallen. Es hat auch sein Kernwaffenarsenal vergrößert.

Obwohl seit langem festgestellt wurde, daß Südafrika eine

Gefahr für den Weltfrieden und die internationale Sicherheit ist und obwohl sich Südafrika in der Region so aggressiv verhält, setzen die größeren westlichen Staaten, besonders die USA, Frankreich, Großbritannien, Israel und die Bundesrepublik Deutschland ihre nukleare Zusammenarbeit mit dem Regime in Pretoria fort. Diese Länder behaupten, daß ihre nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika nicht dazu beiträgt, daß das Pretoria-Regime sein eigenes Atomwaffenarsenal aufbaut. Das ist Lug und Trug.

Es steht fest, daß man unmöglich nukleare Technologie und Anlagen für „friedliche Zwecke“ liefern und gleichzeitig sicherstellen kann, daß sie nicht zu militärischen Zwecken benutzt werden. Vielmehr hat das Apartheid-Südafrika durch den Zufluß von nuklearer Technologie, Ausbildung, Ausrüstung und anderen Formen der Unterstützung seine Kernwaffenkapazität erworben. Die Westmächte wissen das. Wüßten sie das nicht, so hätten sie wohl nicht 1977 das Vorster-Regime davor gewarnt, den geplanten Test in der Kalahari-Wüste durchzuführen. Und es gibt große Besorgnis bei den Vereinten Nationen, ob eine Kernexplosion im September 1979 in der Nähe Südafrikas stattgefunden hat.

In Anbetracht dieser Tatbestände und von Vorsters Prahlerei im September 1977, daß Südafrika Atomwaffen bauen kann, wird die volle Bedeutung einer Apartheid-Atomombe offenkundig. Deutlich wird auch die Ungeheuerlichkeit des Verbrechens von all diesen Mächten, einschließlich der Bundesrepublik Deutschland, die geholfen haben, das zu erzeugen, was jemand einen „atomaren Frankenstein“ genannt hat.

Die Westmächte haben dies getan trotz aller wiederholter Warnungen des Afrikanischen Nationalkongresses, von Afrika und von der internationalen Anti-Apartheid-Gemeinschaft. Die Westmächte haben es vorgezogen, die Beweise und Warnungen zu übergehen – die nukleare Zusammenarbeit mit Südafrika geht weiter trotz der erklärten Fähigkeit und der Absichten des Apartheid-Regimes. (...)

Im Namen des Volkes von Südafrika appelliert der Afrikanische Nationalkongreß an die Bundesregierung und an die Bevölkerung der Bundesrepublik, damit aufzuhören, das rassistische weiße System in Südafrika zu schützen und auf keinem Gebiet mehr mit ihm zusammenzuarbeiten. Wir appellieren an Sie und warnen Sie vor den Gefahren. Südafrikas nukleare Kapazität ist weit entwickelt, aber noch immer in einem Anfangsstadium seines Nuklearprogramms begriffen. Es sucht zunehmend die nukleare Zusammenarbeit von außen, um sein Programm weiterzuentwickeln.

Bevölkerung und Regierung der Bundesrepublik Deutschland und die internationale Gemeinschaft müssen wirkungsvolle Maßnahmen ergreifen und fordern, um den Abbruch des südafrikanischen Kernwaffenprogramms zu erreichen. Sie müssen eine Demontage aller Nuklearanlagen in Südafrika fordern.

Fordern und unterstützen Sie ein Nuklearembargo vor den Vereinten Nationen!

Die nukleare Zusammenarbeit der Bundesrepublik mit Südafrika ist eine Bedrohung des Weltfriedens und wird, wenn sie nicht gestoppt wird, zu einem Holocaust führen, das über menschliche Vorstellungskräfte hinausgeht.

(Quelle: Presseerklärung des Afrikanischen Nationalkongresses, Bonn, 21.3.1980)

Hans Mayer

Nach Zimbabwe – interne Lösung für Namibia?



Der Wahlsieg Robert Mugabes und Joshua Nkomos in Zimbabwe hat den Bestrebungen Südafrikas, unter seiner Ägide eine ökonomische und militärische Integration im Südlichen Afrika durchzusetzen, einen entscheidenden Rückschlag versetzt. Mehr noch: Nachdem Zimbabwe Anfang April d.J. die Unabhängigkeit erreicht hat, verfügt die Republik Südafrika nunmehr an ihrer Nordwestgrenze über eine Pufferzone gegenüber den fortschrittlichen Frontstaaten Afrikas.

20 Jahre SWAPO

In Namibia aber tritt der Befreiungskampf der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) seit Mitte Februar 1980 in eine Phase ein, in der es den südafrikanischen Besatzungstruppen trotz der Mobilisierung von Reserveeinheiten offensichtlich nicht mehr gelingt, das Vordringen der Volksbefreiungsarmee von Namibia (PLAN), des bewaffneten Flügels der SWAPO nach Süden zu verhindern¹ (siehe Kästen). Obwohl die militärische Potenz des südafrikanischen Regimes einen Sieg der SWAPO-Kämpfer noch längere Zeit hinauszuzögern vermag, kann doch kein Zweifel darüber bestehen, daß die SWAPO in nicht allzuferner Zukunft vor dem größten Triumph ihrer Geschichte stehen wird.

Die Gründung der SWAPO vor 20 Jahren beinhaltete nicht nur die Überwindung tribalistischer und partikularistischer

Interessen im antikolonialen Kampf des namibischen Volkes. In ihr schlossen sich auch die konsequentesten Kräfte der antikolonialen Bewegung zusammen.

Während die übrigen antikolonialen Bewegungen in Namibia an einer gewaltfreien Konzeption des Befreiungskampfes festhielten oder in der Hoffnung auf eine internationale friedliche Lösung verharrten, nahm die SWAPO 1966 den bewaffneten Kampf auf und konnte angesichts der Kompromißlosigkeit des südafrikanischen Regimes ihre Verankerung in der namibischen Bevölkerung verbreitern und zugleich vertiefen. Der landesweite Generalstreik der Kontraktarbeiter 1971/72 und der erfolgreiche Boykott der Wahlen zur Ovambo-Legislative 1973 waren dafür beispielhaft. Zwar gab es Rückschläge, ausgelöst vor allem durch die zahlreichen Verhaftungswellen und andere Repressionsmaßnahmen der südafrikanischen Besatzungsmacht gegen SWAPO-Mitglieder, und zeitweise orientierte die SWAPO fälschlicherweise ausschließlich auf den bewaffneten Kampf, aber eine Lösung des Namibia-Problems ist heute ohne die SWAPO nicht mehr denkbar.

Nachdem die SWAPO von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) und der UNO bereits seit Jahren als die einzig legitime Vertretung des namibischen Volkes anerkannt worden war, mußte schließlich 1977 auch von den fünf westlichen Mitgliedern im UN-Sicherheitsrat zur Kenntnis genommen werden, daß die von der Republik Südafrika (RSA) geplante Interimsregierung für Namibia unter Aus-

schluß der SWAPO keine dauerhafte Lösung bringen konnte.

Insoweit sind die strategischen Überlegungen der westlichen Kontaktgruppe (USA, Frankreich, Großbritannien, Kanada und BRD) in Namibia mit denen in Zimbabwe vergleichbar. Zur Wahrung ihrer ökonomischen Interessen, insbesondere der Förderung von Uranerzen und Diamanten, mußte versucht werden, die SWAPO in eine neokoloniale Lösung einzubinden. Allerdings sind auch gewichtige Unterschiede vorhanden. Zunächst hat die UNO als Nachfolgerin des Völkerbundes die Verantwortung für Namibia übernommen, d.h. eine Bilateralisierung des Konflikts, wie in Zimbabwe, scheidet aus. Zum zweiten ist das rassistische Regime in Südafrika direkt involviert und drittens haben sich die strategischen Differenzen zwischen dem südlichen Eckpfeiler des Imperialismus und den führenden kapitalistischen Ländern seit der Irankrise und dem Sieg der Patriotischen Front in Zimbabwe spürbar verringert.

Seit drei Jahren ziehen sich die Verhandlungen über die Unabhängigkeit Namibias zwischen der westlichen Kontaktgruppe unter Leitung des UN-Botschafters der USA, McHenry, und der südafrikanischen Regierung hin, ohne daß entscheidende Fortschritte erzielt wurden. Im vergangenen Oktober waren die Gespräche nach sechsmonatiger Pause wieder aufgenommen worden.

Die Hinhaltetaktik Südafrikas

Die Grundlage für erneute Verhandlungen stellte der vom angolanischen Präsidenten A. Neto noch vor seinem Tod unterbreitete Vorschlag einer Entmilitarisierten Zone (DMZ) dar (siehe AIB, Nr. 3/1980). Bei der letztendlichen Ausformulierung des DMZ-Plans durch die westliche Kontaktgruppe wurden die Sammellager für die SWAPO jedoch auf Gebiete der entmilitarisierten Zone in Angola und Sambia beschränkt, während südafrikanische Truppen von dieser Regelung ausgenommen sein sollten. Die SWAPO, obwohl auf der Commonwealth-Konferenz in Lusaka im Sommer 1979 starkem Druck einiger gemäßigter Frontstaaten ausgesetzt, lehnte diese Modifikation des DMZ-Plans mit dem Hinweis auf die UNO-Resolution vom September 1978 ab,² da die Durchführung von fairen und freien Wahlen unter diesen Umständen nicht mehr gewährleistet sei.

Im Januar d.J. erklärte sich dann zwar auch das Regime in Pretoria mit dem DMZ-Plan im Prinzip einverstanden, beharrte allerdings auf weiteren Zugeständnissen.³ So wurde eine stärkere Überwachung der SWAPO-Streitkräfte in Angola und Sambia verlangt. Andere politische Gruppierungen sollen ebenfalls in die Verhandlungen einbezogen werden. Für Südafrika heißt das, daß die UNO direkt mit der in Angola auf der Seite der Südafrikaner kämpfenden UNITA Kontakt aufnimmt und die Demokratische Turnhallenallianz (DTA) sowie andere mit Südafrika kollaborierende Bewegungen Namibias an der Lösung beteiligt werden. Savimbi, der Präsident der UNITA, der auf seinen Reisen in die BRD, nach Frankreich und in die USA regen Kontakt mit der westlichen Kontaktgruppe pflegte, hat in Übereinstimmung mit Südafrika bereits versucht, deutlich zu machen, daß die Realisierung des DMZ-Plans nur mit seiner Zustimmung möglich ist.⁴

Mit der darin angelegten Verzögerungstaktik des südafrikanischen Regimes, wie sie eigentlich für alle Verhandlungen typisch war, wird zweierlei bezweckt. Einmal kann relativ ungehindert mit einer internen Lösung weitergearbeitet werden, und zum andern können die internen Gegner der SWAPO für den Fall einer internationalen Lösung des Namibia-Problems gestärkt werden. Die westliche Kontaktgruppe hatte sich dieser Strategie im wesentlichen gebeugt, wenn-

Neue Stufe des Guerillakampfes der SWAPO



Nach Berichten operiert seit Mitte Februar (1980, d. Red.) eine größere Gruppe sehr gut ausgebildeter Guerilleros der Südwestafrikanischen Volksorganisation (SWAPO) in den Farmgebieten der Weißen um die Minenstadt Tsumeb. Der Einfall hat trotz der Behauptungen der südafrikanischen Verteidigungschefs, die SWAPO habe in den letzten 6 Monaten etwa 2.000 ihrer auf 6.000 Mann geschätzten Guerillaarmee durch Tod und Desertion verloren, stattgefunden.

Die Fähigkeit der SWAPO-Streitkräfte, trotz der Anwesenheit von ungefähr 20.000 südafrikanischen Soldaten im Operationsgebiet an der Grenze zu Angola, 350 km nach Süden vorzudringen, zeigt ein neues Stadium in dem 14 Jahre währenden Guerillakrieg an.

Es gab mehrere Anzeichen für eine Eskalation des Kampfes seit Beginn des Jahres; eines Kampfes, der im allgemeinen als ein mit geringer Intensität geführter Buschkrieg angesehen wird. Anfang Januar (1980; d. Red.) gab es Berichte über Angriffe der SWAPO-Guerilleros im bergigen Kaokoland in der weit abgelegenen Nordwestecke Namibias. Eine Landmine sprengte einen Siebentonner in der Nähe von Opuwa. Die für das Legen der Mine verantwortliche Guerillaeinheit entkam ostwärts nach Ovamboland, dem Hauptzentrum des Konflikts. Dies war die erste bekannte Operation der Guerilleros in diesem Gebiet und, obwohl eine begrenzte Operation, war dies ein Hinweis auf die Taktik der SWAPO die Kriegszone auszuweiten.

Ein weiterer Hinweis waren die offiziellen südafrikanischen Zahlen, nach denen zwischen April und Dezember 1979 695 SWAPO-Guerilleros getötet wurden, mehr als jemals zuvor angegeben wurden. (...)

Der Guerilla-Vorstoß soll die südafrikanischen Behauptungen widerlegen, wonach die SWAPO-Streitkräfte innerhalb des Landes nicht wirklich präsent seien, und folgt einer ähnlichen Operation im letzten Jahr. (...)

(Quelle: New African, London, April 1980)

gleich ihr an einer Lösung gelegen sein mußte, um eine weitere Zuspitzung des Konflikts zu vermeiden.

Reflektierte die Akzeptierung des DMZ-Plans durch Südafrika noch die wachsende Zuversicht, die SWAPO im Laufe der Zeit politisch isolieren zu können, so wurde dieser Glaube angesichts der Wahlergebnisse in Zimbabwe grundsätzlich erschüttert. Unmittelbar danach erbat sich der südafrikanische Premierminister Pik Botha denn auch eine Verschiebung weiterer substantieller Gespräche über Namibia um 6 Monate.⁵ Scheinbar wird dieser Wunsch von der westlichen Kontaktgruppe uneingeschränkt unterstützt. Offenbar möchten beide Seiten jetzt Zeit gewinnen.

Die südafrikanische Regierung wird unbedingt versuchen durch die Forcierung der internen Lösung Fakten zu schaffen, die – falls sich eine internationale Lösung nicht vermeiden läßt – auch dort in Kompromißformeln Eingang finden. Eine ganz andere Frage ist allerdings, ob die schwarzafrikanischen Staaten in der UNO eine nochmalige Verzögerung in Kauf nehmen werden.

Interne Lösung a la Muzorewa?

Daß das südafrikanische Regime mittlerweile ganz offen die interne Lösung verfolgt, ist nicht erst an ihren letzten Schritten in dieser Richtung ablesbar. Nachdem der ehemalige Premier Vorster auf Intervention der Westmächte diese Versuche 1977 vorübergehend gestoppt hatte, war schon 1978 wieder zügig damit begonnen worden, den gesetzlichen und institutionellen Rahmen für derartige Bestrebungen zu schaffen.

Der aus den Scheinwahlen vom Dezember 1978 hervorgegangenen „Nationalversammlung“, die von der aus Pretoria finanzierten DTA beherrscht wird, wurden jetzt Exekutivgewalten übertragen. Justiz, Postwesen und andere interne Angelegenheiten werden von nun an direkt in Namibia verwaltet und kontrolliert. In seinen Grundzügen kopiert der neue Staatsaufbau das für Südafrika typische Bantustan-Konzept mit ethnischen Legislativen, für die in der zweiten Jahreshälfte Wahlen abgehalten werden sollen.⁶

Namibia wird dadurch zunehmend den Status eines südafrikanischen Dominions erhalten. Die Beseitigung von Gesetzen der sog. kleinen Apartheid soll der DTA-Regierung innenpolitisch unter der schwarzen Bevölkerung Kredit verschaffen. Jedoch stieß die oberflächliche Kosmetik an der Rassenpolitik auf äußerst harten Widerstand unter den reaktionärsten Kräften der Weißen Namibia. Auch die Aus-

wirkungen der kürzlich erfolgten Verschärfung und Ausweitung der Kriegsrechtbestimmungen⁷ lassen über den wahren Charakter des Besatzungsregimes und seiner Lakaien unter der schwarzen Bevölkerung keine Zweifel aufkommen.

So lassen sich in vieler Hinsicht bereits Parallelen zu der kurzen Koalition zwischen Muzorewa und Smith in Zimbabwe ausmachen. Das südafrikanische Regime ist sich der daraus resultierenden Gefahren durchaus bewußt.

Auf ihre Initiative wurde deshalb im Januar der Zusammenschluß der Nationalen Front Namibias (NFN) mit der SWAPO-D vollzogen.⁸ Beide Parteien hatten bisher eine Beteiligung an der „Nationalversammlung“ abgelehnt. Nur mit ihrer Hilfe kann aber international zumindest der Anschein erweckt werden, es handle sich bei der internen Regelung um eine auch nur halbwegs seriöse Angelegenheit. Insbesondere die von Shipanga geführte SWAPO-D, die seit neuestem auch von Holland finanzielle Unterstützung erfährt, hatte sich jedoch noch 1979 eindeutig gegen eine einseitige Unabhängigkeitserklärung ausgesprochen. Der neuen Partei dürfte daher vor allem in der Verhinderung eines SWAPO-Triumphes eine strategische Bedeutung zukommen.

Es erscheint unter den gegebenen Umständen wenig wahrscheinlich, daß die illegale Okkupation Namibias zu dem von UN-Generalsekretär K. Waldheim vorgeschlagenen Termin Mitte Juni d.J. beendet wird. Südafrika ist heute weniger denn je bereit, sich auf eine international beaufsichtigte Wahl, die der Ankunft der UNO-Truppen im Juni folgen würde, einzulassen. Die jüngste Drohung, im Fall eines Fehlschlags der internationalen Verhandlungen mit den von Südafrika fortgesetzt überfallenen Frontstaaten Angola und Sambia oder gar mit der SWAPO in Gespräche einzutreten, kann selbst nach Einschätzungen der FAZ nur als „Anlauf zu einem neuen Manöver angesehen werden“,⁹ um Waldheim auszuweichen. Der Flankenschutz, der den Südafrikanern dabei von den Westmächten gewährt wird, wird sie darin bestärken.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. New African, London, April 1980
- 2) Vgl. Facts and Reports, Amsterdam, 11.1.1980
- 3) Vgl. Facts and Reports, 21.3.1980
- 4) Vgl. Guardian, London, 13.3.1980
- 5) Vgl. Guardian, 28.3.1980
- 6) Vgl. New African, Februar 1980 und ISSA, März 1980
- 7) Vgl. Focus, London, März/April 1980
- 8) Vgl. Africa Confidential, London, 12.12.1979
- 9) Zit. nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 2.4.1980



frontal

Das sozialistische Studentenmagazin · Verbandsorgan des SHB

Ob man die auch abonnieren kann?

Nichts leichter als das! Ein frontal-Abo kostet 12 Mark im Jahr – für 6 Hefte einschließlich Versandkosten. Bestellschein ausfüllen, ausschneiden und einsenden an frontal, Postfach 17 02 03, 5300 Bonn 1.

Ja – ich möchte frontal zu den angegebenen Bedingungen abonnieren.

Ich bin an frontal interessiert, bitte aber zunächst um ein kostenloses Probeheft

Name: _____ Vorname: _____

Straße: _____

PLZ, Wohnort: _____

Datum, Unterschrift: _____

DAS ARGUMENT

Argument-Vertrieb
Tegeler Str. 6
1000 Berlin 65

DAS
ARGUMENT
121

Westeuropäische Linke und
»dritter Weg«. Albers, Ingrao, Motchane.
Faschismus und Ideologie (II).
Neofaschismus. Haug, Opitz, u.a.
9,80; 8,50 f. Stud. (Abo: 8,50/7,-).



ALTERNATIVE
WIRTSCHAFTS-
POLITIK 2
AS 52

Adressat, politische Grundlagen der
Memoranden. »Alternative Utopie« oder
»Systemüberwindung«; Konzeption der
CDU/CSU. Nachfrageorientierte Be-
schäftigungspolitik. Finanzierung expan-
siver Staatshaushalte.

15,50; 12,80 f. Stud. (Abo: 12,80/11,-).

ARGUMENT
STUDIENHEFTE
SH 37

PROJEKTGRUPPE
AUTOMATION U.
QUALIFIKATION

BILDUNGS-
ÖKONOMIE
U. BILDUNGS-
REFORM



Automation führt zur Höherqualifikation.
Bildungsbegriff. Freiheit und Planung.
Kann der Kapitalismus die Produktiv-
kräfte noch entwickeln?

SH 37

118 S. 8,00 DM.

In einer Situation des wachsenden Widerstandes im Innern und der äußeren Isolierung des Sadat-Regimes im arabischen Raum muß der Anfang April d.J. in Beirut bekanntgegebenen Bildung einer Ägyptischen Nationalen Front, deren Plattform wir in vollem Wortlaut wiedergeben, ein hoher politischer Stellenwert beigemessen werden. Der Generalsekretär der Front, Saadeddin Shazly – bis zum Oktoberkrieg 1973 Generalstabschef der ägyptischen Armee und „Held der Überquerung“ des Suezkanals, dann nach und nach von Sadat kaltgestellt und seit 1978 in offener Opposition zur Politik der „Öffnung“ –, erklärte kürzlich in einem Interview mit der französischen Afrique Asie, die Front sei „das Resultat von eineinhalb Jahren ununterbrochener Anstrengungen der in Ägypten selbst existierenden Kräfte. Sie ist nichts anderes als der verlängerte Arm dieser Kräfte und Anstrengungen, die im Lande für die Bildung einer Einheitsorganisation der Opposition arbeiten, die die breitestmöglichen politischen Strömungen und dem Regime feindlich gesinnten Gefühle zusammenfaßt! Die Ägyptische Nationale Front reflektiert im Ausland die Mehrheit dieser Kräfte, deren Mehrzahl im Geheimen wirken“.

Eben das Projekt einer Nationalen Front war auch Haupttagesordnungspunkt des 1. Kongresses der Partei der Nationalprogressiven Unionistischen Sammlung, der am 10. April 1980 in Kairo stattfand. Die Partei der Nationalprogressiven hat sich inzwischen zu einer effektiv arbeitenden oppositionellen Bündnisfront mit halblegalem Status entwickelt, deren Mitgliederzahl auf 160.000 bis 200.000 geschätzt wird. In dem Abschlußkommunique ihres 1. Kongresses heißt es, ähnlich wie in der Plattform der Nationalen Front: „Die Zukunft Ägyptens hängt von der Fähigkeit der Oppositionsbewegung ab, die fehlerhafte Politik des Regimes zu beheben, um die nationale Unabhängigkeit des Landes, die Wiedergewinnung seines Platzes in der arabischen Welt und seiner wirtschaftlichen Ressourcen zu erreichen.“

Über programmatische, an die antiimperialistischen Errungenschaften der Nasser-Ära anknüpfende Gemeinsamkeiten hinaus verbindet die Nationalprogressiven und die Nationale Front eine ähnliche politische Zusammensetzung. In beiden Organisationen wirken vier Hauptrichtungen, nämlich Nasseristen, Marxisten, Nationalisten und progressive Moslems. Gerade letztere haben, inspiriert durch die iranische Revolution, in jüngster Zeit politischen Auftrieb erhalten.

Die Bildung der Nationalen Front gibt – ebenso wie die Orientierung des Kongresses der Nationalprogressiven – der breitgefächerten ägyptischen Opposition eine breite politische Plattform und zusätzlichen organisatorischen Rückhalt.

Gründungserklärung der Ägyptischen Nationalen Front

Patrioten Ägyptens und der arabischen Nation vereinigt Euch!

Das ägyptische Volk, das arabische und kulturschaffende Volk mit der großen antikolonialen Geschichte, gibt – angesichts des nationalen Rückschlags, dessen Höhepunkt unter dem Sadat-Regime mit der Normalisierung der Beziehungen mit dem zionistischen Feind erreicht wurde – durch die Vertreter seiner Organisationen, seiner politischen Strömungen und durch seine patriotischen Persönlichkeiten, die sich im Rahmen der Ägyptischen Nationalfront zusammengefunden haben, folgende Erklärung ab:

Wir, die Unterzeichner, Vertreter der politischen Strömungen, Parteien sowie der unabhängigen Patrioten im Ausland, sind über folgende Prinzipien für den Aufbau der Nationalen Front übereingekommen, ungeachtet der Tatsache, daß alle Beteiligten ihre politische, ideologische und organisatorische Eigenständigkeit außerhalb des Arbeitsbereiches der Nationalen Front behalten und ihre politische Tätigkeit in- und außerhalb Ägyptens fortsetzen.

Erstens: Alle Anstrengungen zu unternehmen, um das gegenwärtige Regime in Ägypten zu stürzen.

Gerechtfertigt ist dieses Ziel aus folgenden Gründen:

1. Das Regime hat seine Legitimität durch seine offizielle Verbundenheit und Kollaboration mit dem zionistischen und imperialistischen Feind verloren. Das steht im Widerspruch zu dem Willen, den Interessen, den Ambitionen und dem Stolz des ägyptischen Volkes. Diese Politik stellt einen Akt des Verrats gegenüber den Tausenden gefallenen



S. Shazly (l.) bei der Proklamation der Front in Beirut, deren Unterstützung durch die PLO A. Iyad (r.) demonstriert

Ägyptern und gegenüber dem Schweiß von Millionen seiner kämpfenden Söhne und ihren Opfern dar. Mit dieser Politik hat das Sadat-Regime Ägypten aus seiner natürlichen Verbundenheit mit der arabischen Nation herausgerissen.

Zwei entscheidende Schritte seitens des derzeitigen Präsidenten des Regimes markieren diese Politik:

a) Der Besuch des besetzten Jerusalem am 19. November 1977, wodurch die Legitimität des zionistischen Staates auf höchster Ebene anerkannt wurde und folglich auch die gewaltsame Besetzung und Einverleibung arabischer Territorien, allen voran Palästina und Teile des syrischen arabischen Gebietes, und dies obgleich der zionistische Feind auf ägyptischem arabischem Boden stand und immer noch steht.

b) Die Unterzeichnung des Friedensabkommens in Washington am 26. März 1979 kurze Zeit nach der Unterzeichnung des Camp-David-Abkommens, das die Ausübung der Hoheitsrechte Ägyptens auf Sinai und im Golf von Akaba einschränkt und die legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, an deren Spitze das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Bildung eines souveränen Staates steht, verraten hat.

Durch diese beiden Schritte hat das System seinen arabischen Anspruch und seine Legitimität verloren, es hat sich von seinen Verpflichtungen gegenüber dem ägyptischen Volk losgelöst ebenso von seinen Verpflichtungen als Mitglied der Arabischen Liga und von den Beschlüssen der Arabischen Gipfelkonferenz in Khartum, Algier und Rabat; diese beiden Schritte leiteten die sog. „Normalisierung“ der ägyptisch-israelischen Beziehungen ein. Nach dem Friedensabkommen ist der Rückzug aus den ägyptischen Territorien mit der Entwicklung diplomatischer, wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen gekoppelt. Wir sehen darin einen offiziellen und offenen Ausverkauf der nationalen Hoheitsrechte Ägyptens und eine grobe Verletzung der internationalen Normen für zwischenstaatliche Verträge.

2. Unter dem Motto „Variierung der Waffenquellen“ – wie das Regime es nannte – hat es in Zusammenarbeit mit dem US-Imperialismus und dem Zionismus die ägyptische Armee, die den maßgeblichen Faktor für die Wiedergewinnung der ägyptischen und arabischen Rechte vom zionisti-

schen Feind darstellt, geschwächt. Unter diesem trügerischen Motto sank die Verteidigungskraft im Verlauf der letzten sechs Jahre bis auf ein Niveau, das geringer als das vom Oktober 1973 ist, während die militärische Kraft des israelischen Feindes in der gleichen Zeit bis auf über das Doppelte gesteigert wurde. Um dies zu verschleiern, hat das Regime die Streitkräfte des Landes auf genau entgegengesetzte Aufgabenstellungen orientiert, wie es in dem künstlich aufgeputzten Konflikt mit Libyen an der ägyptischen Westgrenze im Juli 1977 der Fall war, oder sie völlig von der nationalen ägyptischen Strategie abbrachte, wie es in Zaire geschah.

3. Mit der widerspruchslosen Hinnahme der amerikanischen Militärpräsenz auf Expertenebene und der Frühwarnstationen auf der Halbinsel Sinai hat das Sadat-Regime die nationalen Hoheitsrechte Ägyptens aufgegeben, ebenso wie bei der Öffnung unserer Häfen und Flughäfen für diese Einheiten zur Durchführung „gemeinsamer“ Manöver.

Offensichtlich beabsichtigt das Regime, den USA Aggressions- und Militärbasen zu gewähren, die die Sicherheit des gesamten arabischen Raumes bedrohen, und zwar unter dem Deckmantel der „Gewährung militärischer Erleichterungen“.

4. Das ägyptische Volk leidet unter dem schnellen Absinken des Lebensstandards und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit, der Inflation, den ins Unermeßliche steigenden Preisen, der mangelnden Versorgung der Bevölkerung mit Grundnahrungsmitteln, der katastrophalen Lage des Dienstleistungssektors, der krebsartig sich ausbreitenden Korruption der parasitären Schichten, die den nationalen Reichtum des Landes aufsaugen und mit den Banken und internationalen Konzernen teilen.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich immer mehr, weil das Regime darauf beharrt, die wirtschaftlichen Beziehungen mit unseren arabischen Brüdern zugunsten Israels und des internationalen Zionismus zu sabotieren. Das Regime hat unsere Volkswirtschaft dem ausländischen Kapital und den imperialistischen Monopolen ausgeliefert. Im Rahmen der „Normalisierung der Beziehungen“ wird der Hegemonie des israelischen Kapitals für seine Warenexporte und zerstörerischen Einflüsse auf die ägyptische Volkswirtschaft Tür und Tor geöffnet.

Diese Politik trieb die ökonomisch aktive Bourgeoisie in den Bankrott. Teile ihrer Aktivitäten verlagerten sich zunehmend in die Bereiche Import/Export, Vertretung ausländischer Firmen, Börsenspekulation, Wucher, Schmuggel und Schwarzmarkt. Das führte zur Rückentwicklung der eigenen Industrie und in manchen Produktionszweigen zum völligen Zusammenbruch. Die übriggebliebenen Betriebe des staatlichen Wirtschaftssektors werden stufenweise aufgelöst, indem sie als Aktien dem in- und ausländischen Kapital angeboten werden.

5. Auf kulturellem Gebiet unternimmt der Zionismus bereits große Anstrengungen, um unsere Grundsätze und Grundwerte zu unterwandern und bedroht damit die kommenden Generationen. Es ist ein radikaler Umwälzungsprozeß in den Lehrinhalten und Ausbildungsprogrammen der Schulen im Gange, mit dem Ziel, eine beispiellose Massengehirnwäsche durchzuführen. Diese soll die jahrtausendealte kulturelle Tradition vergessen machen, unser nationales Erbe zerstören und stattdessen Gegenwerte aus der abscheulichen rassistischen Theorie unserer Zeit – dem Zionismus – einpflanzen.

6. Diese Politik des Regimes, seine Zielsetzung und Haltungen haben zur totalen Isolation Ägyptens in der arabischen Welt geführt und den arabischen Charakter Ägyptens trotz aller Beteuerungen des Regimes in Frage gestellt. Dadurch wurde die arabische Nation in ihrem derzeitigen entscheidenden Kampf des Gewichtes Ägyptens und dessen histori-



Januar 1977: Volkserhebung in Kairo gegen Sadats „Öffnungs“-Politik

scher Rolle beraubt.

Das Regime fügt den Werten und Prinzipien des Islam grenzenlosen Schaden zu, es mißbraucht sie unehrenhaft und ohne jede Moral für die Rechtfertigung seines Verrats und seiner Heuchelei.

Diese schrittweise durchgeführten Umwälzungen der wirtschaftlichen, sozialen, politischen, kulturellen und militärischen Strukturen Ägyptens haben bereits ein Agentenregime etabliert, das sich nur auf seine ausländischen Verbündeten stützt.

Dadurch hat Ägypten seine Rolle in der arabischen Welt, unter den Entwicklungsländern und auf internationaler Ebene eingebüßt.

Zweitens: Der Aufbau eines nationaldemokratischen Systems für die Verwirklichung folgender Ziele:

1. Annullierung des verräterischen Abkommens mit Israel und Beseitigung aller seiner Folgen; sofortige Vorbereitung für die Befreiung der besetzten Gebiete; Auflösung der amerikanischen Aggressionsstützpunkte und Betonung der legitimen Rechte des arabischen Volkes von Palästina, an deren Spitze das Recht auf Rückkehr, Selbstbestimmung und die Errichtung eines unabhängigen souveränen Staates unter Führung der PLO als einzig legitimer Vertreterin des palästinensischen Volkes steht.

2. Betonung des arabischen Charakters von Ägypten nicht nur als Teil eines politischen Zusammenschlusses, einer wirtschaftlichen Einheit oder einer gemeinsamen Sprache zwischen Ägyptern und den anderen Arabern, sondern auch als die einzige nationale Identität des ägyptischen Volkes.

Die arabische Identität der Ägypter ist kein Kleid, das nur zu bestimmten Anlässen getragen wird; sie ist auch kein politischer Slogan einer bestimmten Zeit, sondern sie ist das Vermächtnis des Bodens, der Sprache, der Geschichte, der Wirtschaft, der Leiden, der Kultur und der gemeinsamen religiösen Werte unter allen Arabern, an deren Spitze Ägypten mit seiner historischen Rolle steht.

3. Befreiung der nationalen Wirtschaft von der Herrschaft des ausländischen und des parasitären Kapitals, die Wiedereinführung der Politik der Zentralplanung auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet im Einklang mit den Interessen der werktätigen Massen und denen des nationalen ökonomisch produktiven Kapitals und die Unterstützung der Wirtschafts- und Handelsbeziehungen mit den arabischen Staaten im Rahmen der arabischen wirtschaftlichen Integrität.

4. Verwirklichung der wahren Demokratie als einziger Weg zum Schutz der Errungenschaften des Volkes und dessen Beteiligung an der politischen Entscheidung und an deren Kontrolle und Ausführung. Das ist nur erreichbar durch die Bewahrung der Freiheit des Individuums und der Massen ohne jegliche Bevormundung.

Das bedeutet Freiheit aller politischen Richtungen, sich zu organisieren und zu äußern; das Volk allein hat das Recht, zwischen diesen Richtungen in einer parlamentarischen Republik zu wählen. Die Annullierung aller Unterdrückungsmaßnahmen und -gesetze ist die Voraussetzung für den Aufbau einer wahrhaft demokratischen Ordnung im Lande.

Die Verwirklichung dieser historischen Aufgabe übersteigt die Möglichkeiten einer einzelnen oppositionellen Kraft in Ägypten allein, darum ist es das Gebot der Stunde, daß alle diese Kräfte zusammenarbeiten für den Aufbau einer breiten Front, die für alle nationalen und demokratischen Kräfte offen bleibt, die gegen das gegenwärtige Regime kämpfen. In dieser Front soll das ägyptische Volk den Rahmen und seine Führung finden, die fähig ist, diese Aufgaben zu bewältigen. Wir sind der festen Überzeugung, daß die Anstrengungen unseres Volkes, seiner Vorkämpfer, seiner oppositionellen Führer in Ägypten die einzige und entscheidende Kraft darstellen, um den angestrebten Umwälzungsprozeß herbeizuführen. Parallel zu den Anstrengungen innerhalb Ägyptens

für den Aufbau und die Entwicklung der Front bauen wir im Ausland unsere Front auf als eine natürliche Ergänzung. Die Führung der Front besteht aus den Vertretern politischer Kräfte, Strömungen, Parteien und aus patriotischen Persönlichkeiten. Aus Gründen der Sicherheit ist es uns nicht möglich, einige Namen zu veröffentlichen.

Der Ägyptischen Nationalen Front ist jeder willkommen, der mit ihrem Programm und ihrer Erklärung übereinstimmt und bereit ist, die Politik der Front aktiv zu unterstützen.

Wir verneigen uns vor dem Kampf des ägyptischen Volkes mit seinen Arbeitern, Bauern, Soldaten und revolutionären Intellektuellen und insbesondere der Jugend, die viel geopfert hat und immer noch opfert für die Fortsetzung des revolutionären Prozesses und die den brutalsten Schlägen und Repressionen des verräterischen Regimes ausgesetzt ist. Wir schwören unserem ägyptischen Volke und unserer arabischen Nation, daß wir den Kampf unermüdlich fortsetzen werden für die Einigung der Kräfte und die Intensivierung der Anstrengungen zum Sturz des verräterischen Regimes und für den Aufbau eines unabhängigen nationalen demokratischen Systems, das Ägypten zu seiner wahren Identität und seinem historischen Platz in der Befreiungsbewegung der Völker zurückführt.

Das Exekutivkomitee

General Saad El-Din El-Schazli, General im Oktoberkrieg 1973, Unabhängiger

Frau Dr. Hikmet Abu Zeid, früher Minister für Soziales, nasseristische Strömung

Michel Kamel, Kommunistische Partei Ägyptens

Hassan Fath El-Bab, Sammlung der patriotischen Ägypter im Ausland

„Abu Mohamed“, islamische Strömung

(Quelle: La Gauche Arabe (arabisch), Paris, Nr. 18/April 1980)



F. J. Strauß und die Weltpolitik der CDU/CSU

AIB-Sonderheft 1/80

Unser Beitrag zur Kampagne „Stoppt Strauß!“

Hauptbeiträge:

Reinhard Kühnl, Konzeption und Funktion des F. J. Strauß

● Rainer Falk, Weltpolitik und Entwicklungspolitik der CDU/CSU

● Jürgen Ostrowsky, Kontinuität imperialer Afrikapolitik

● José Soto, CDU/CSU — Stütze der chilenischen Militärjunta

● Jürgen Reusch, F. J. Strauß und die „chinesische Karte“

● Jutta von Freyberg, „Orkan der Barmherzigkeit“ gegen Vietnam

Dokumentarisches: Strauß über Weltpolitik, Pinochet, Anti-Apartheid-Jahr, die „Freunde in Togo“, Hua Guo-feng; Todenhöfer über US-Eingreiftruppe und Ölkrieg; Konrad-Adenauer-Stiftung und Hanns-Seidel-Stiftung

Das Sonderheft hat 44 Seiten und kostet 2,-DM. Bestellen Sie, bevor die Startauflage vergriffen ist! Benutzen Sie die Bestellkarte in der Mitte dieses Heftes!

Nachdem die westliche „Hilfsaktion Türkei“ 1979 unter dem CDU-Politiker W. Leisler-Kiep nur schleppend angelaufen war (siehe AIB, Nr. 7-8/1979), wurde sie – durch die Iran- und Afghanistankrise zusätzlich motiviert – seit dem Jahresbeginn 1980 neu angekurbelt. Während die USA das Land militärisch aufbauen, besorgt die BRD das Finanzgeschäft.

Unter Leitung des Bundesfinanzministers H. Matthöfer (SPD) als internationalem Chefkoordinator wurden innerhalb kürzester Zeit bis zu 3 Mrd Dollar Zusagen organisiert. Dabei fällt der BRD als Hauptlieferant der Türkei (1979) eine entscheidende Rolle zu: Neben direkter projektgebundener Entwicklungshilfe von über 100 Mio DM und der Lieferung von Rüstungsgütern fließen 1980 an bundesdeutschen Steuergeldern 295 Mio Dollar über die Organisation für Wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (OECD) der türkischen Rechtsregierung unter S. Demirel zu. Hinzu kommen noch die BRD-Anteile an der Finanzhilfe der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF). Diese haben dem Land ein Wirtschaftsprogramm diktiert, vergleichbar mit denen in Lateinamerika: Bei Preissteigerungen bis zu 400% in der ersten Jahreshälfte 1980 bei gleichzeitigem gesetzlich verordnetem faktischen Lohnstopp kann das „Stabilisierungsprogramm“ von S. Demirel vom Februar d.J. nur gegen Massenproteste – allein im April streikten über 25 000 Metall- und 15 000 Textilarbeiter – allein mit Hilfe von Polizei und Militär durchgesetzt werden, die seit über zehn Jahren stets 1/3 des Staatshaushaltes erhalten. Die Föderation der Türkischen Arbeitervereine in der BRD (FIDEF) hob in einer Stellungnahme vom 20.4.1980 die Entschlossenheit der Demirel-Regierung hervor, gegen die Opposition mit Brachialgewalt vorzugehen:

„Zu Beginn der härtesten Tarifverhandlungen der letzten Jahre wurde die von der größten Metallgewerkschaft des Landes, Maden Is, herausgegebene Tageszeitung Politika verboten und ihr Chefredakteur Aydin Engin zu zehn Monaten Haft verurteilt. Am 19. April wurde bekannt, daß die Demirel-Regierung durch Kriegsrechtsbehörden sämtliche Mitglieder des Progressiven Jugendverbandes, IGD, verhaften ließ. IGD ist die größte fortschrittliche, demokratische Massenorganisation der arbeitenden und lernenden Jugend des Landes, die den demokratischen Kampf der Werktätigen, vor allem der Gewerkschaften, bis jetzt aktiv unterstützte. Obwohl mehrere IGD-Mitglieder durch faschistische und ultra“linke“ Terroristen ermordet wurden, ließ sich der IGD zu keinen Gewaltaktionen provozieren. (...)

Während die Bevölkerung in der Türkei mit offener Gewalt zum Schweigen gebracht werden soll und täglich mehr als 10 Menschen dem Terror der von der Regierung tolerierten faschistischen MHP-Kommandos („Graue Wölfe“) zum Opfer fallen, unterstützt die Bonner Regierung das Demirel-Regime mit einem Milliarden Programm.“

Deutsche und ausländische Kollegen haben gegen diese „Türkeihilfe“ Protest angestimmt. So auch auf einer Kundgebung vor der türkischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg am 26.4.1980, wo zahlreiche türkische und deutsche Organisationen gegen die Verhaftung des IGD-Vorstandes protestierten. Die Teilnehmer verabschiedeten den nachstehenden an Bundeskanzler Helmut Schmidt gerichteten Brief.

Offener Brief türkischer Jugendlicher an Bundeskanzler Helmut Schmidt

Sehr geehrter Herr Bundeskanzler,

Sie haben in den letzten Monaten mehrere Male Ihre Sorge wegen der sich zuspitzenden Situation in der Türkei zum Ausdruck gebracht. Es wird Ihnen auch sicher bekannt sein, daß sich seit der Regierungsübernahme von S. Demirel die Zahl der politischen Morde vervielfacht hat. Der Terror der „Grauen Wölfe“ war für viele unserer Eltern mit ein Grund, uns hierhin in die BRD zu holen, um wenigstens das Leben ihrer Kinder in Sicherheit zu wissen.

Unter dem Vorwand der Sanierung der Wirtschaft hat die Demirel-Regierung Maßnahmen ergriffen, die nichts anderes als ein „Hungerprogramm“ darstellen. Die unglaubliche Verschwendung der reichen Oberschicht wird nicht angetastet, doch die Männer und die Frauen in den Betrieben, die ihre äußerst niedrigen Löhne und Arbeitsplätze verteidigen wollen, werden von Armeeeinheiten angegriffen. Schwere Folterungen sind bei der Polizei zur Regel geworden.

Nun hat die Regierung auch den gesamten Vorstand des fortschrittlichen Jugendverbandes IGD verhaften lassen. Obwohl bereits hunderte ihrer Mitglieder ermordet wurden, kann dem fortschrittlichen Jugendverband IGD kein einziger Terrorakt angelastet werden.

Mit diesem Brief wollen wir unseren Protest gegen die Unterstützung der menschenfeindlichen Demirel-Regierung in der Türkei durch die Bundesregierung zum Ausdruck bringen. Diese Unterstützung dient nicht den Interessen unseres Volkes. Damit wird lediglich die reaktionäre Demirel-Regie-



rung zu weiteren Gewalttaten ermuntert.

Es wäre besser, diese Summen für die Lösung der Probleme der deutschen und ausländischen Jugendlichen in der BRD zu verwenden.

Beschlossen von den jugendlichen Demonstranten vor der türkischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg
Bonn, den 26.4.1980

Interview mit Norman Paech

Afghanistans problemreiche Lage

Norman Paech, Vorsitzender des Verbandes Demokratischer Juristen und Professor an der Universität Hamburg, bereiste im Rahmen einer Delegation der Internationalen Vereinigung Demokratischer Juristen vom 4.-16. März d.J. Afghanistan und Pakistan. Die aus Richtern, Rechtsanwälten und Rechtswissenschaftlern zusammengesetzte Delegation, die von dem finnischen Richter Helge Rontu geleitet wurde, hielt sich jeweils mehrere Tage in Kabul (7 Tage), Peshawar und Islamabad auf. Sie führte auch Gespräche mit den Präsidenten beider Länder, Babrak Karmal und Zia-ul-Haq, sowie mit Führern der sog. „Islamischen Rebellen“.

AIB: Ende Februar d.J. kam es in Kabul zu Straßenkämpfen. Halten Sie das Auslaufen von J. Carters Ultimatum zum Olympiaboykott (Abzug sowjetischer Truppen zum 20. Februar 1980) und den Beginn dieser Unruhen am 21./22. Februar für Timing?

N. PAECH: Die Regierungsstellen in Kabul gehen in der Tat von einem unmittelbaren Zusammenhang mit J. Carters Ultimatum aus. Es sollen verschiedene Pakistanis verhaftet worden sein, die uns allerdings nicht – trotz unserer Bitten – bei unserem Besuch in dem Gefängnis Pul-i-Cherchi gezeigt wurden. Wie wir nachträglich erfuhren sollen sie in einem anderen Gefängnis untergebracht sein, in der Mitte von Kabul.

Allein, mir scheint nicht der Zusammenhang dieser Daten wichtig, sondern die Tatsache, daß gerade nach dem Amtsantritt B. Karmals (am 27.12.1979; d. Red.), der sichtlich von der selbstzerstörerischen Politik und den brutalen Praktiken H. Amins abrückt, daß seit diesem Amtswechsel, seit dem Beginn der zweiten Phase der Revolution also, die ausländischen Einmischungsversuche zugenommen haben.

Über die im wahrsten Sinne des Wortes verheerende Politik H. Amins ist im Westen seinerzeit wenig berichtet worden, obwohl sie bekannt war, wie uns die Mitglieder der verschiedenen westlichen Botschaften bestätigen. Richtig begonnen hat die westliche Medienkampagne erst mit der Übernahme der Macht durch B. Karmal und mit der Präsenz der sowjetischen Truppen in Afghanistan. Dies bildet auch unseres Erachtens eine der strategisch wichtigsten Komponenten in der Einkreisungspolitik der neuen Regierung B. Karmal, die daraus die Konsequenz gezogen hat, und nur noch Journali-

sten befreundeter Länder und befreundeter Medien eine Akkreditierung in Afghanistan erteilt.

AIB: Der Korrespondent der Zeit sprach von „Rebellen“-Bedrohungen bzw. auch Strafexekutionen gegen jene Basaris, die beim Basarstreik gegen die Karmal-Regierung nicht mitzogen. Was war Ihr Eindruck, sind die Basaris prinzipiell, militant oder nur teilweise gegen die VDPA-Regierung? Was sind ihre wesentlichen Motive?

N. PAECH: Basarhändler sind nicht gleich Basarhändler. Man muß unterscheiden zwischen jenen, die im wesentlichen auf die Touristen angewiesen sind, Teppich-, Pelz-, Schmuckhändler, die ihre wertvollsten Waren versteckt halten, weil sie eine Enteignung fürchten. Ihre Geschäfte sind drastisch zurückgegangen, weil kaum noch Touristen in Kabul sind und deswegen ist ihre Ablehnung gegenüber der neuen Regierung unverhohlen negativ. Auf der anderen Seite finden sich die Lebensmittelhändler, bei denen wir eine relative Distanz und Neutralität gegenüber der Regierung feststellen konnten. Das prinzipielle Motiv dieser Händler ist es natürlich, Geschäfte zu machen.

Aufbau von Milizen – offenbar mit einigem Erfolg

Allerdings gibt es im Basar Bereiche, die man derzeit als Ausländer besser nicht betreten sollte. Die Preisstopps, die die Regierung schon im Jahre 1979 für viele Grundnahrungsmittel verfügt hatte, sollen nach unseren Erkundigungen kaum eingehalten werden.

Eines ist aber wohl deutlich, daß sich die Situation, die zur Zeit der Regierung Amin durch Furcht und Mißtrauen gekennzeichnet war, deutlich entspannt hat.

AIB: Die Karmal-Regierung ist offenbar in breiterem Maße zum Aufbau von Milizen übergegangen. Welches Gewicht haben sie neben der afghanischen Armee und der Sowjetarmee? Was für Milizen sind das, die da neu aufgebaut werden?

N. PAECH: Ich würde die Berichte, wonach die sowjetischen Truppen in einigen Gebieten stärker in die Kämpfe involviert sind, nicht als unwahrscheinlich abtun. Denn man muß wissen, daß die ursprünglich 80.000 Mann starke afghanische Armee durch die Säuberungen und die katastrophale Politik H. Amins stark desintegriert ist, daß sie kaum als revolutionäres Instrument zur Sicherung der schwierigen Veränderungen geeignet ist.

Deshalb ist die Regierung Karmal zunehmend dazu übergegangen, Volksmilizen aufzustellen, offenbar auch mit einigem Erfolg. Es handelt sich dabei um Bauern, die auch bewaffnet werden. Ziel dieser Aktion ist einerseits, den revolutionären Gedanken in der Bevölkerung zu verbreitern, andererseits aber auch die sowjetischen Truppen überflüssig zu machen, was allerdings doch wohl noch einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

AIB: Welche Zahlen zur Repression unter H. Amin brachten Sie in Erfahrung? Stimmt es, daß die neue Regierung ebenso Wucher mit politischen Gefangenen betreibt?

(Fortsetzung siehe S. 25)



N. PAECH: Übereinstimmend wurde uns immer wieder die Zahl von ca. 50.000 Getöteten genannt.

Aus den Offiziersrängen der Armee selber wurde uns eine Zahl von 5.000 angegeben. Ähnlich war auch die Zahl der getöteten oder umgekommenen Geistlichen, wie uns die Führer der Sunniten und Schiiten berichteten.

Die Zahl von 15.000 politischen Gefangenen, die Karmal nach seinem Regierungsantritt freigelassen hat aus den Gefängnissen, ist auch von westlichen Beobachtern, die wir trafen, nie ernstlich bestritten worden.

Das zeigt aber auf der anderen Seite, daß B. Karmal außerordentlich daran interessiert ist, die Fehler seines Vorgängers wiedergutzumachen, soweit dies überhaupt möglich ist. Eine Reihe der engeren Mitarbeiter H. Amins hat er in die Gefängnisse gesteckt. Wir konnten uns allerdings davon überzeugen, daß die Haftbedingungen korrekt sind.

Noch während unseres Aufenthaltes wurde wiederum ein größerer Teil derjenigen, die im Verlaufe der Unruhen von Ende Februar d.J. verhaftet worden sind, wieder freigelassen. Auch mit einigen von ihnen haben wir uns unterhalten, die uns die Korrektheit der Haftbedingungen bestätigten.

Kurs B. Karmals auf Wiedergutmachung

AIB: Die neue Regierung hat etliche Neuerungen wie die Demokratisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, Alphabetisierung usw. angekündigt. Aber ist sie angesichts der Stärke der bewaffneten inneren Feudalreaktion und der Interventionen derzeit überhaupt – auch nur ansatzweise – dazu in der Lage?

N. PAECH: Die Regierungsmitglieder haben uns gegenüber keinen Zweifel daran gelassen, daß sie trotz der schwierigen Situation an den Reformmaßnahmen, wie sie seit April 1978 eingeführt worden sind, festhalten wollen.

Sie haben auch wiederholt auf die begangenen Fehler der vergangenen Zeit bei der Durchführung dieser Reformen hingewiesen: zu radikale Durchführung der Frauenemanzipation und der Alphabetisierungskampagne, Diskriminierung des Klerus, Fehler in der Landumverteilung.

Ein Hauptelement ihrer gegenwärtigen Tätigkeit wird sein, ein funktionierendes ländliches Kreditsystem aufzubauen, nachdem sie mit dem Dekret Nr. 6 (von 1978; d. Red.) das private Kreditsystem mit seinem ungeheuren Wucher abgeschafft haben; dadurch hatten sie allerdings auch den Bauern jegliche Kreditmöglichkeit genommen. Ein weiterer zentraler Punkt ist der Aufbau von Genossenschaften und Kooperativen, um die geringe Produktivität der Landwirtschaft anzuheben und die jetzt zu Landbesitzern gewordenen Kleinbauern aus der Einflußsphäre des nach wie vor dominanten Khans (Gutbesitzers; d. Red.) zu bringen.

Der Erfolg dieser dringend notwendigen Maßnahmen wird weitgehend davon abhängen, ob sie in relativer Ruhe und Sicherheit vollzogen werden können. Und dabei spielt es nun doch eine Rolle, daß in Afghanistan die Zentralgewalt niemals eine auch nur annähernde Kontrolle über die von den städtischen Zentren etwas entfernteren Gebiete ausüben konnte. Eine effektivere Zentralgewalt hat die Regierung bisher nicht aufbauen können, so daß die Reformmaßnahmen vorerst wohl nur auf diejenigen Gebiete beschränkt bleiben, die in der näheren Umgebung der großen Zentren liegen.

AIB: Verschiedene Vertreter der Carter-Administration sprachen jüngst von sowjetischem Napalm- und Giftgas-Einsatz in Afghanistan. Was halten Sie davon? Haben Sie Beweise dafür gesehen oder von ihnen gehört?

N. PAECH: Der Vorwurf von Napalm- und Giftgaseinsatz gehört zu den üblichen Methoden der politisch-psychologi-

schen Kriegsführung, so auch unseres Erachtens in Afghanistan.

Es liegen nirgends nachprüfbare Beweise dafür vor. Auch in Pakistan hat man uns keinen Afghanen zeigen können, der einem Napalm- oder Giftgassprengsatz zum Opfer gefallen wäre. Meldungen über solche Einsätze, die wir zum Beispiel in der Pakistan Times gelesen haben, konnten wir als eindeutig falsch entlarven, da wir uns zum Zeitpunkt des behaupteten Einsatzes mit dem pakistanischen Konsul aus jenem Gebiet unterhalten haben, der von einem solchen Einsatz aber nicht berichtet hatte.

Auch die Tatsache, daß dieselbe Meldung bereits drei Tage später in der amerikanischen Wochenzeitung Newsweek und sieben Tage später im Time-Magazin zu finden war, macht für uns die Vermutung plausibel, daß hier Nachrichtenagenturen in diesem Gebiete am Werke sind, die den Augenschein durch Tatarenmeldungen ersetzen.

AIB: Geben Sie der afghanischen Revolutionsregierung Chancen, den vom Amin-Regime verspielten Vertrauens-kredit in absehbarer Zeit wieder wettzumachen? Was fanden Sie ermutigend an Ihren Begegnungen in Kabul?

N. PAECH: Die gegenwärtige Regierung arbeitet unter einer doppelt schweren Hypothek.

Zunächst hat die radikale selbstzerstörerische Politik H. Amins, die in ihrer Endphase objektiv konterrevolutionäre Züge annahm, die Basis der Revolution drastisch verschmälert. Wenn man zu Anfang also im April 1978 noch von einer breiteren Unterstützung bis hin in die Landbevölkerung der Revolution ausgehen konnte, so wurde diese Basis mit den folgenden Jahren immer schmaler, sowohl bei der Intelligenz, den Studenten, den Lehrern wie auch im Militär und im Klerus. Dennoch war unseres Erachtens der revolutionäre Prozeß nicht ausgelöscht und unterbrochen. Die zweite Hypothek ist die Anwesenheit fremder Truppen. Für ein Land, welches in drei Kolonialkriegen bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts erfolgreich jede Anwesenheit einer fremden Macht auf eigenem Territorium verhindert hat, für die Bevölkerung eines solchen Landes ist die gegenwärtige Anwesenheit fremder Truppen ein schwieriges Problem. Dies gilt auch für überzeugte Parteigänger der Revolution. Und dies ist auch der Punkt, an dem eine Regierung wie die von Karmal propagandistisch am stärksten verwundbar ist.

Breite Sicherung des revolutionären Aufbaus

Dennoch haben wir in Kabul die Überzeugung gewonnen, daß die Regierung diese Probleme lösen will und auch nicht eher auf die Existenz der sowjetischen Truppen verzichten wird, ehe nicht der revolutionäre Aufbau in Ruhe gesichert ist bzw. durch eigene Kräfte gesichert werden kann. Wir haben in Kabul gesehen, daß diese Regierung bemüht ist – wohl im Gegensatz zum vorherigen Regime – weite auch nicht parteigebundene Kreise in die Arbeit zu integrieren.

So wird die Regierung nicht nur aus Mitgliedern des Parcham-Flügels (1967-77 von B. Karmal geführte Fraktion der Volksdemokratischen Partei Afghanistans - VDPA; d. Red.), sondern auch von Mitgliedern des Khalk-Flügels (von N.M. Taraki 1967-77 geführte VDPA-Fraktion; d. Red.) und Parteilosen gebildet. Auch unsere Gespräche mit dem Rat der Ulema, dem höchsten geistlichen Gremium in Afghanistan, hat den Eindruck des Werbens um breite, der Revolution auch distanziert gegenüberstehende Kräfte der Gesellschaft bestätigt.

Allerdings wird der Erfolg der Entwicklung wohl auch davon abhängen, wie weit es der Partei gelingt die alten Differenzen zwischen Khalk- und Parcham-Flügel (siehe dazu: AIB, Nr. 2/1980, S. 4 ff. und Nr. 4/1980, S. 26 ff.; d. Red.) endgültig zu überwinden.

Wolfgang Ritter

Die Pleite der US-Luftlandeinvansion

Als der amerikanische Präsident J. Carter am Morgen des 25. April 1980 bekannt gab, daß ein „Kommandounternehmen zur Rettung der Geiseln“ im Iran unter dem Codewort Aktion „Ölbad“ fehlgeschlagen sei, ließen erste Reaktionen in der BRD nicht lange auf sich warten. Bundeskanzler Helmut Schmidt ließ über Regierungssprecher Bölling mitteilen, er habe erst „aus den Nachrichtenagenturen erfahren, was passiert sei.“¹

Angesichts der Weltkriegsgefahr, die J. Carters Entscheidungen in diesem Krisengebiet heraufbeschwören, klang das nicht sehr vertrauenerweckend. In Regierungskreisen wurde aber betont, es habe sich keinesfalls um ein militärisches Vorgehen der USA gehandelt, sondern allenfalls um einen „Rettungsversuch in Notwehr“.² Die Presse griff diese Version auf, rechtfertigte die sog. Befreiungsaktion und forderte „Solidarität“ mit Präsident Carter. Im State Department (US-Außenministerium) selbst wurde folgender Kommentar gegeben: „Das ist wirklich eine griechische Tragödie; wir marschieren unvermeidlich ins Unglück – und haben doch die besten Absichten.“³

Bei einer genaueren Untersuchung der Vorgänge entpuppt sich diese Darstellung jedoch schnell als bewußte Irreführung, die vom eigentlichen Geschehen, der ersten offenen Militärintervention der USA seit Indochina, ablenken soll.

Der Washingtoner Beschluß zum Sturz Khomeinis

Wie jüngsten Veröffentlichungen von Geheimdienstunterlagen zu entnehmen ist, handelte es sich bei dem Unternehmen in der Wüste von Tabas keineswegs um die einzige direkte Einmischung der USA im Iran. Schon für den Anfang des Jahres 1979 war ein Putschplan ausgearbeitet worden, den der damals in Stuttgart stationierte NATO-Oberkommandierende in Europa, General R. Huyser, bei einem Iran-Besuch in die Tat umsetzen sollte.

Danach sollte das Scheitern der noch vom Schah eingesetzten Regierung Bakhtiar der auslösende Faktor für einen Militärputsch sein, dem eine blutige Unterdrückung der antimonarchistischen Opposition folgen sollte. Das Vorhaben scheiterte allerdings an der Solidarisierung weiter Teile des iranischen Militärs mit der islamischen Bewegung.⁴

Nach dem Machtwechsel vom Februar 1979 versuchten die USA zunächst, ihren Einfluß durch intensive Kontakte mit Angehörigen der Regierung unter M. Bazargan wiederherzustellen und zu festigen. Hierzu trat Präsidentenberater Z. Brzezinski persönlich in Aktion. Diese Hoffnungen zerschlugen sich jedoch, nachdem Studenten die US-Botschaft in Teheran besetzt hatten, Materialien über deren Kontakte zu iranischen Regierungsangehörigen veröffentlichten und die Regierung M. Bazargan zurücktreten mußte.

Kurze Zeit später fand in Camp David ein geheimes Treffen politischer und militärischer Führungsspitzen der USA statt, auf dem beschlossen wurde, „das Khomeini-Regime zu Stürzen“,⁵ völlig unabhängig davon, was mit den Geiseln geschehe. Angesichts der jetzigen Ereignisse ist vor allem folgende von Z. Brzezinski stammende Äußerung interes-



S. Khalkhali, Leiter der iranischen Untersuchungskommission, am Ort des Debakels des US-Interventionskommandos

sant: „Alle Hinweise, die wir haben, deuten darauf hin, daß der Beginn einer militärischen Operation sofort die Intervention gewisser 'befreundeter' hoher Offiziere auslösen wird, die versuchen werden, die Macht in Teheran zu ergreifen, das Kriegsrecht einzuführen und Ordnung und Sicherheit herzustellen.“⁶

Seit Beginn d.J. wurden daraufhin von der Carter-Administration ständig schärfere Maßnahmen gegen den Iran ergriffen. Zunächst wurden die iranischen Guthaben in den USA beschlagnahmt und inzwischen an Konzerne weitergegeben, die darauf Anspruch erhoben. Es folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen, die Ausweisung iranischer Diplomaten aus den USA sowie ein umfassender Handelsboykott. Mittlerweile gilt ein Verbot für finanzielle Transaktionen und ein Reiseverbot für US-Bürger in den Iran.

Bei allen diesen Maßnahmen hatten US-Politiker immer wieder betont, daß gegebenenfalls auch militärische Aktionen erfolgen würden. Zugleich bereiteten sie diese systematisch vor: Als Teil der sog. Eingreiftruppe, die nach der Verkündung der Carter-Doktrin vom Januar 1980 (siehe AIB, Nr. 3/1980, S. 4 ff.) offiziell konstituiert wurde, hatten Freiwillige aller amerikanischen Teilstreitkräfte schon seit Monaten in der Salzwüste von Utah Angriffsaktionen trainiert.

Wie nun bekannt wurde, hatten die USA schon im Dezember 1979 mehr als 100 Agenten in den Iran geschleust, die mit Hilfe einheimischer Kollaborateure zum Zeitpunkt einer Militäraktion mit Bombenanschlägen, Brandstiftungen und Straßensperren für Verwirrung sorgen sollten.⁷ Diese Agenten befinden sich noch heute im Iran; mehrere Bombententate am Tag nach dem fehlgeschlagenen Unternehmen bezeugen ihre fortgesetzte Tätigkeit.

Am 11. April d.J. faßte Präsident J. Carter dann den Entschluß zur direkten Militärintervention. Bis heute ist nicht exakt auszumachen, welchen Umfang und welche weitergehenden Ziele diese haben sollte. Denn obwohl US-Beamte Phasen der mißglückten Mission fast lückenlos darstellten, wurde nichts über den eigentlichen Plan des Kommandos mitgeteilt.

Fest steht, daß am Abend des 24. April 1980 acht Hubschrauber vom Flugzeugträger Nimitz aus in den Iran starteten und – nachdem ein Hubschrauber wegen Defekts ausfiel und ein anderer im Sandsturm die Orientierung verlor und zur Nimitz zurückkehrte – auf einem stillgelegten Flugplatz bei Tabas landeten. Zu ihnen stießen sechs Transportflugzeuge vom Typ C-130, die aus Ägypten kamen. Nachdem ein weiterer Hubschrauber ausgefallen war, entschloß man sich offenbar zum Abbruch der Aktion.

Während des überstürzten Abfluges stießen ein Hubschrauber und ein Transportflugzeug zusammen. Diese Kollision kostete acht Menschen das Leben. Unter Zurücklassung der restlichen Hubschrauber, in denen sich nachher Unterlagen über die Operation fanden, verließen die US-Soldaten nun eiligst den Iran.

Ziel der gescheiterten Aktion war es, in der iranischen Wüste eine Basis zu errichten, von der aus weitere Schritte erfolgen sollten.

Dabei könnte man sich nach einem Plan gerichtet haben, den Miles Copeland, ein ehemaliger CIA-Agent, im Auftrag der US-Regierung entwickelt hatte. Darin spielt insbesondere eine zuvor rekrutierte 5. Kolonne der USA in Teheran eine bedeutende Rolle. Diese sollte unter Einsatz von Nervengas die Besetzer der Botschaft außer Gefecht setzen und die dort festgehaltenen US-Geiseln, deren Abtransport dann die Hubschrauber besorgt hätten, aus dem Gelände holen.

Insgesamt hatte dieser Plan aber viel weitergehende Ausmaße. Zugleich sollte nämlich Ayatollah Khomeini Ziel einer Entführungsaktion werden. Da damit zu rechnen war, daß Komplikationen auftreten könnten, waren – wie Präsident Carter später erklärte – bei Schwierigkeiten während des Unternehmens in Teheran auch Bombenangriffe auf Ziele der iranischen Hauptstadt vorgesehen.⁸

„Rettungsaktion“ oder Staatsstreichversuch?

Allein die Tatsache, daß Miles Copeland mit diesem Unternehmen befaßt war, wirft ein bezeichnendes Licht auf die damit verbundenen Ziele. M. Copeland verfügt nämlich über einschlägige Erfahrungen: Zu Beginn der 50er Jahre hatte er einem gewissen M.R. Pahlawi zu einem Auslandsaufenthalt verholfen. Dieser dauerte jedoch nicht sehr lange, weil der Schah nach dem vom CIA initiierten erfolgreichen Putsch gegen die Regierung Mossadegh im Jahre 1953 wieder an die Macht hebel im Iran zurückkehren konnte.

Der Vorsitzende der islamischen Revolutionstribunale im Iran, S. Khalkhali, der mit der Untersuchung der zurückgelassenen US-Dokumente beauftragt ist, erklärte inzwischen, daß strategische Operationspläne und Bilder gefunden worden seien, die bewiesen, daß das US-Kommando Schlüsselpositionen in Teheran zerstören und die Regierung stürzen wollte.⁹

Angesichts der Tatsache, daß US-Präsident J. Carter noch im

Januar d.J. darauf hingewiesen hatte, daß eine Militäraktion zur Befreiung der Geiseln ausgeschlossen sei, weil diese nur mit dem Tode der Geiseln enden könne, erscheinen die Worte des iranischen UNO-Botschafters M. Farhang plausibel, daß Washington sogar zu deren Preisgabe bereit ist, um die iranische Revolution zu destabilisieren. Für ihn steht fest, daß die Aktion „mit Unterstützung konterrevolutionärer Kräfte im Iran, die vom Irak unterstützt werden, hohen Offizieren des alten Regimes, des CIA und des ehemaligen iranischen Premierministers Bakhtiar vorbereitet wurde“.¹⁰

Auch wenn vom Pentagon (US-Verteidigungsministerium) bislang immer noch der Eindruck erweckt wird, als wolle man nur „Vergeltungsaktionen“ üben, so läßt die inzwischen auf 34 Schiffe angewachsene Armada von Kriegsschiffen – die größte dieser Art seit dem 2. Weltkrieg – vor der iranischen Küste auf größere Pläne schließen. Ganz offensichtlich war sogar dem amerikanischen Außenminister C. Vance der Kriegskurs J. Carters zu abenteuerlich, so daß er seinen Rücktritt einreichte.

Iran: Präzedenzfall für Carters Doktrin?

Allem Anschein nach ist J. Carter jedoch entschlossen, seine vor kurzem verkündete Doktrin, d.h. die Wahrung US-imperialistischer Interessen im Mittleren Osten mit allen Mitteln, d.h. auch militärischen, praktisch umzusetzen.

Im Fall des Iran gibt es dabei einige für die USA vorteilhafte Bedingungen. So ist die iranische Armee selbst noch immer in einem relativ desolaten Zustand. Eine gründliche Reinigung des höheren Offizierskorps von Schah-Anhängern hat noch nicht stattgefunden. Die gesamten militärischen Einrichtungen sind den USA, da von ihnen unter der Schah-Diktatur selbst errichtet, bestens bekannt; daher konnten die US-Flugzeuge auch relativ leicht die Luftüberwachung täuschen und die Radarkontrollen unterfliegen.

Im Iran selbst bieten die Auseinandersetzungen in Kurdistan und der Versuch rechter religiöser Kreise, die Linkskräfte an den Hochschulen auszuschalten, Ansätze für die Bemühungen der USA, die Volkskräfte zu spalten. Auch die feindliche Haltung des irakischen Hussein-Regimes¹¹ gegenüber der Revolution im Iran könnte von der amerikanischen Regierung genutzt werden.

Darüber hinaus ist es den USA gelungen, die NATO vollends auf ihren Kurs zu bringen und ihr künftiges Vorgehen im Iran von der Sondertagung der NATO-Staaten Mitte Mai d.J. absegnen zu lassen. Diese wollen sogar beim Transport von US-Soldaten über Europa nach dem Iran helfen. Da Sicherheitsberater Z. Brzezinski dem Iran bereits mit weiteren Aktionen gedroht hat, ist mit einer Zunahme der Spannungen in dieser Region zu rechnen, zumal die Grenze zum militärischen Eingreifen mit dem Kommandounternehmen bei Tabas schon überschritten wurde.

Das klägliche Scheitern dieses Unternehmens darf also nicht darüber hinwegtäuschen, welche Gefahren damit heraufbeschworen wurden. Der konservative Kommentator W. Safire hielt Carter jetzt sogar vor, Staatschefs mit wenig Gefechts-toten seien keineswegs immer die besten gewesen.¹²

Anmerkungen:

- 1) Süddeutsche Zeitung, 26./27.4.1980
- 2) Ebenda
- 3) Der Spiegel, Nr. 18/1980
- 4) Vgl. International Herald Tribune, Zürich, 21.4.1980
- 5) Afrique Asie, Paris, 10.12.1979
- 6) Ebenda
- 7) Daily Telegraph, London, 1.5.1980
- 8) Financial Times, London, 2.5.1980
- 9) Frankfurter Rundschau, 29.4.1980
- 10) Tageszeitung, 28.4.1980
- 11) Siehe AIB, Nr. 5/1980, S. 39
- 12) Der Spiegel, Nr. 18/1980

Horst-Eckart Gross

Was soll die Karibikkrise?

Relativ kurz nach den Ereignissen in der peruanischen Botschaft in Havanna¹ wurde deutlich, daß hier kein kubanisches Problem entstanden war, sondern daß Peru und im Grunde genommen die USA dafür verantwortlich sind. Nachdem mehrere Tausend Kubaner sich in der Botschaft gemeldet und sich in Listen eingetragen hatten, verließen die meisten die Botschaft und warteten in ihren Wohnungen auf die in Aussicht gestellte Ausreise. Eine Minderheit blieb in der Botschaft, wurde dort gepflegt und medizinisch betreut.

Die Ausreise war garantiert, sofern die Einreisevisa für irgendein Land ausgestellt wurden. Und hier lag und liegt das Problem: Zahlreiche Staaten gaben Absichtserklärungen ab, nur wenige Einreisevisa wurden bisher jedoch konkret ausgestellt. Hinzu kommt, daß fast alle Ausreisewilligen in die USA auswandern wollen.

Ein Problem schien aufzutreten, als Kuba die Luftbrücke nach Kostarika beendete. War es also doch nicht richtig, daß Kuba allen Ausreisewilligen die Ausreise genehmigte? Tatsächlich sollte in Kostarika ein „Flüchtlingslager“ aufgebaut werden, von wo aus dann der Weitertransport in andere Länder erfolgen sollte – oder auch nicht. Die kubanische Regierung gestattete jedoch nur die Ausreise direkt in das Land, das ein Einreisevisum ausstellt. Damit war lediglich der Versuch gescheitert, ein „Flüchtlingsdrama“ unter direkter Regie des CIA zu inszenieren.

Ab 21. April d.J. wurde überdeutlich, daß Kuba jedem die Ausreise gestattet: Die Yachthafen Mariel wurde geöffnet für den Abtransport von ausreisewilligen Kubanern, unabhängig ob sie ein Einreisevisum für die USA aufwiesen. Tausende von Segel- und Motorbooten sind dort versammelt, um den Transport über die 90 Meilen breite Meerenge zu leisten. Kubanische Patrouillen-Boote im Abstand von je 8 Meilen garantieren die Sicherheit der Überfahrt auch für kleinste Motorboote. Durch die Möglichkeit dieser Ausreiseform ist auch die peruanische Botschaft uninteressant geworden, etwas mehr als 100 Personen halten sich dort noch auf.

Carters Legende von der „kubanischen Bedrohung“

Die wütende Reaktion der USA beweist, daß das kubanische Verhalten, die USA beim Wort zu nehmen gar nicht im Interesse der USA steht. Erklärte J. Carter noch Anfang April d.J., sein Herz schlug für die kubanischen Flüchtlinge, so erklärte zwei Wochen später ein Sprecher des State Department (US-Außenministerium), daß die Bootsführer mit ihren Fahrten nach Mariel „das Geschäft des Herrn Castro betreiben“.² Er drohte mit harten Strafen. Weiterhin wurde der Ausnahmezustand in Florida verkündet, aber das hinderte keinen, seine Verwandten oder Bekannten in Kuba abzuholen. Zu groß ist die Diskrepanz zwischen Realität und Anspruch. Ferner sind die Exilkubaner bei den kommenden Wahlen ein viel zu wichtiger Faktor, als daß es sich J. Carter erlauben könnte, den Einwanderungsstrom zu stoppen.

Insgesamt müssen die Ereignisse aber auch gesehen werden vor dem Hintergrund des geänderten Kräfteverhältnisses in Lateinamerika, und speziell in Mittelamerika und der Karibik. Diese Region war vor etwas mehr als 20 Jahren der „Hinterhof“ der USA, in dem die US-Konzerne dominierten. Mit dem Sieg der kubanischen Revolution 1959 begann die Wende. Insbesondere seit dem Sieg des Volkes Nikaraguas über den US-hörigen Diktator A. Somoza im Juli 1979 wurde überdeutlich, daß Kuba keine einmalige und isolierte Erscheinung war. Unübersehbar ist auch der Aufschwung der Befreiungsbewegungen in El Salvador und Guatemala,



Auf der Massenkundgebung zum 1. Mai 1980 in Havanna demonstrierten (v.l.n.r.) Daniel Ortega, Maurice Bishop und Fidel Castro revolutionäre Einheit gegen die US-Drohpolitik (Foto aus US News & World Report)

genauso wie die nationale Politik von Staaten wie Panama, Jamaika, Mexiko.

Heute muß der „Menschenrechtsapostel“ J. Carter die blutigen Metzereien in El Salvador und Guatemala direkt unterstützen, und da dies offensichtlich nicht ausreicht, wird die direkte militärische Intervention durch die USA in El Salvador vorbereitet. In der gesamten Region präsentieren die USA eine Politik der Stärke, Einschüchterung und Drohung. Ein deutlicher Beweis dafür sollten die Manöver „Solid Shield 80“ werden, dieses Jahr erstmals ausschließlich rings um Kuba veranstaltet mit dem Höhepunkt der Landung von über 3.000 Marineinfanteristen auf dem kubanischen Stützpunkt Guantanamo, den die USA immer noch widerrechtlich besetzt halten.

Nicht nur die Manöver waren aussagekräftig, sondern insbesondere auch die psychologische Vorbereitung in den USA: J. Carter sprach mehrfach von einer Zunahme der Aktivitäten Kubas, die gegen die USA gerichtet seien, und scheute sich nicht, von einer Bedrohung der USA durch Kuba zu sprechen.³ Groß herausgestellt wurde der angeblich „sowjetisch-kubanische Griff nach den mexikanischen Erdölquellen“.

Die einflußreichen Senatoren Jackson und Moynihan gründeten eine Initiative zu Bekämpfung Kubas: Ausgehend von einer angeblichen Intensivierung der „Anti-USA-Aktivi-

täten Kubas" forderten sie energische Maßnahmen gegen Kuba, sowie die Intensivierung von Destabilisierungsmaßnahmen in Kuba selbst. Sie scheuten sich nicht, die während der „Raketen-Krise“ 1962 durch die USA abgegebene Garantie für die territoriale Integrität Kubas in Frage zu stellen und damit praktisch einer Invasion Kubas das Wort zu reden.⁴ Der republikanische Präsidentschafts-Kandidat Ronald Reagan forderte schlicht die sofortige totale Blockade Kubas.⁵

Wie bekannt wurde, ist der Rücktritt von US-Außenminister Cyrus Vance auch wesentlich durch die Politik der Stärke in Mittelamerika bedingt, da er nicht von einer kubanischen Bedrohung ausgehen wollte. Von daher ist es nicht verwunderlich, daß Fidel Castro bereits am 8. März 1980 vor den Plänen der USA, in Mittelamerika ein neues Vietnam zu provozieren, warnte.⁶

Im Rahmen der Taktik der USA sowie insbesondere im Rahmen der Destabilisierungsversuche müssen die Ereignisse in der peruanischen Botschaft gesehen werden. Warum sonst stellte Peru allen normalen ausreisewilligen Kubanern, die friedlich in die Botschaft kamen, kein Einreisevisum aus, empfang aber wie Helden alle die, die mit Gewalt in die Botschaft eindringen? Hier kann man nur von Willkür seitens Perus sprechen, wobei aber auch berücksichtigt werden sollte, daß gerade Peru zur Zeit mit am stärksten dem Druck des imperialistisch dominierten Internationalen Währungsfonds ausgesetzt ist.

Die kubanische Regierung trat der Bedrohung seitens der USA entschlossen entgegen (siehe Kasten). Die ständigen Demonstrationen und Kundgebungen, insbesondere die riesigen Demonstrationen von Millionen Kubanern am 19. April und am 1. Mai 1980 sind als Abwehr der Bedrohung durch die USA zu sehen, und nicht als Folge der Tatsache, daß ein paar Tausend Kubaner auswandern wollen. Darüber hinaus wurden kubanische Manöver rings um Guantanamo angekündigt, die parallel zu den US-Manövern durchgeführt werden sollten. Damit war Kuba für jede Provokation gerüstet, aber auch die Gefahr einer unmittelbaren Konfrontation zwischen Kuba und den USA real gegeben. Zur entschlossenen Haltung Kubas kam die breite Solidari-

tät in der ganzen Welt, speziell in Lateinamerika. Bereits am 12. April d.J. kündigte Mexikos Präsident Lopez Portillo seinen Staatsbesuch in Kuba an, und trat damit demonstrativ den US-Parolen einer Bedrohung Mexikos durch Kuba entgegen.⁷ Demonstrativ war auch die Anwesenheit von Daniel Ortega für die Regierung Nikaraguas und von Grenadas Ministerpräsident Maurice Bishop bei der 1. Mai-Kundgebung in Havanna. Dort sprach auch der ehemalige Präsident von Santo Domingo, Juan Bosch.

Gleichzeitig unterstützten zahlreiche politische Organisationen und Institutionen die Position Kubas. In Peru demonstrierten über 60.000 Arbeiter ihre Solidarität mit Kuba. Zahlreiche Regierungen weigerten sich, die kubanischen Ausreisewilligen aufzunehmen (selbst Honduras zählt dazu) und ihre diplomatischen Beziehungen zu Kuba auch nur zu beeinträchtigen, ganz zu schweigen von einem Abbruch.⁸

Lediglich Kostarika drohte mit einem Abbruch der konsularischen Beziehungen, nachdem Kuba sich geweigert hatte, den Plänen dieses Landes für ein zentrales Flüchtlingslager zuzustimmen. Aber selbst Kostarikas Präsident Carazo warnte die USA vor den militärischen Manövern in der Karibik und drückte seine Sorge davor aus, daß diese ein zu negatives Echo finden würden.

So wurde J. Carter gezwungen, zwar nicht die Manöver, wohl aber die provokative Landung in Guantanamo abzusa-gen. Dadurch wurde die Lage entspannt. Dennoch bleibt die Gefahr einer militärischen Intervention der USA in Mittelamerika und auch in Kuba bestehen. Es bleibt daher eine Aufgabe in der nächsten Zeit, für den Frieden auch in dieser Region einzutreten.

Anmerkungen:

- 1) Zur Botschaftsstürmung vom 1.4.1980 siehe: AIB, Nr. 5/1980, S. 38
- 2) Vgl. Granma, Havanna, 24.4.1980
- 3) Monitor-Dienst Lateinamerika, Köln, 11.4.1980
- 4) Vgl. Granma, 13.4.1980
- 5) Vgl. Granma. Resumen Semanal, 11.5.1980
- 6) Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 3.5.1980 und Granma, 10.3.1980
- 7) Vgl. Granma, 13.4.1980
- 8) Vgl. Granma, 11.4.1980 und US News & World Report, Washington, 19.5.1980

Fidel Castro Erklärung zur Karibikkrise

Vor mehr als 1 Mio Menschen erklärte F. Castro in seiner Rede zum 1. Mai d.J., daß die Absage der US-Landemanöver in Guantanamo ein Erfolg des Kampfes des kubanischen Volkes und der mit ihm geübten internationalen Solidarität sei. Kuba habe sich entschlossen, die Manöver in den Ostprovinzen abzusagen, die als Antwort auf die unter der Bezeichnung „Solid Shield 80“ für die erste Maiwoche angekündigt worden waren.

„Aber wir dürfen mit diesem Erfolg nicht prahlen“, fügte F. Castro hinzu. „Unser Feind reizt uns, bedroht uns und wir können nicht unachtsam sein. Wir müssen mehr als wachsam sein, da wir uns an der Schwelle zum Kalten Krieg und Wettrüsten befinden.“ Die Mobilisierung des Volkes werde aufrecht erhalten und am 17. Mai d.J. fänden unter Beteiligung von 5 Mio Kubanern im ganzen Land Demonstrationen mit der Forderung nach Aufhebung der US-Blockade, nach Auflösung des Stützpunktes Guantanamo und nach Einstellung der von nordamerikanischen Flugzeugen des Typs SR 71 durchgeführten Spionageflüge statt.

F. Castro kündigte außerdem die Bildung eines zusätzlichen Landstreitkörpers an, der Männer und Frauen umfasse, die nicht den Reserveeinheiten der regulären Streitkräfte angehören. „Wenn die Imperialisten es wagen, bei uns einzumarschieren“, fügte er hinzu, „sollen sie wissen, daß sie es nicht nur mit einem regulären Krieg, sondern auch mit einem Volkskrieg zu tun haben werden, und daß wir jedes Stück unseres nationalen Territoriums zu verteidigen wissen.“

Desweiteren kündigte F. Castro die Erarbeitung von Widerstands- und Überlebensplänen im Falle einer Totalblockade an und betonte, daß bei dem Manöver „Solid Shield 80“ Formen einer Vermin-

nung kubanischer Häfen ausgekundschaftet werden sollten. Er wies darauf, daß der republikanische Präsidentschaftskandidat der USA R. Reagan sich für eine Seeblockade Kubas ausgesprochen habe, und daß Kuba für alle diese Probleme eine Antwort parat haben müsse.

Die Situation in der peruanischen Botschaft und die Ausreise sozialer Elemente bezeichnete F. Castro als das logische Resultat der vom US-Geheimdienst CIA gegenüber Kuba organisierten Provokationen. „Die Botschaften Venezuelas und Perus“, erläuterte er, „weigerten sich, ihnen Visa für die legale Ausreise auszustellen, und haben nur diejenigen als Helden empfangen, die mit Gewalt eingedrungen sind.“ Die jahrelange Geduld Kubas habe sich gegenüber dieser fortgesetzten Politik nicht gelohnt, die schließlich am 1. April d.J. zum Tode eines die peruanische Botschaft bewachenden kubanischen Polizisten geführt habe. Damit allerdings sei für Kuba der Punkt erreicht gewesen, an dem es erklärt habe, daß die Revolution entschlossen sei, diesen Ereignissen um jeden Preis ein Ende zu setzen.

„Deshalb haben wir die Wachen von der Botschaft abgezogen, und wir wußten, daß sie sich mit Lumpenproletariat füllen würde.“ „Daraufhin“, sagte er, „haben sie gegen uns eine breite Pressekampagne mit Unwahrheiten ausgelöst, aber wir lassen uns durch die Propaganda nicht einschüchtern.“

Daß die „Flüchtlinge“ nun über den kubanischen Hafen Mariel ausreisen, führte F. Castro auf eine von Florida ausgehende Initiative zurück, zu der die kubanische Regierung lediglich erklärt habe, sie werde diese Leute dort nicht mit Kanonenschüssen empfangen.

(Quelle: Prensa Latina, Havanna, Nr. 220/1.5.1980; Ausschnitte)

El Salvador

Der Befreiungskampf des salvadorianischen Volkes ist in eine neue Phase eingetreten. Dies äußert sich einmal in der Bildung der Demokratisch-Revolutionären Front (FDR) im April d.J., in der sich 50 Massenorganisationen, Parteien und Berufsverbände gegen die Regierungsjunta aus Militär und rechter Christdemokratie zusammengeschlossen haben (vgl. AIB, Nr. 5/1980). Das in der Front tonangebende Linksbündnis der Revolutionären Koordination der Massen – ihm gehören der Revolutionäre Volksblock (BPR), die Einheitliche Volksaktion (FAPU), die Volksligen 28. Februar (LP-28) und die Nationaldemokratische Union (UDN) an – hatte im Februar d.J. ein Alternativ-Programm für eine demokratisch-revolutionäre Regierung verabschiedet, das wir im vollen Wortlaut dokumentieren. Die Demokratisch-Revolutionäre Front hat sich diesem Regierungsprogramm mittlerweile angeschlossen.

Mitte Mai d.J. vermochten 3.000 Guerilleros in der Provinz Chalatenango ein befreites Gebiet noch immer gegen die anstürmenden Truppen der Regierungsjunta zu verteidigen. Zu deren Unterstützung haben US-amerikanische Militärberater im ganzen Land begonnen, Basen aufzubauen, von denen aus sie die Aktionen von Militär, Nationalgarde und paramilitärischen Banden zu kommandieren und koordinieren vermögen. In zunehmendem Maße kommen exilvietnamesische und exilkubanische Söldner ins Land und verstärken neben 2.000 US-Soldaten in salvadorianischen Uniformen die Interventionstruppe zur Zerschlagung der Volksbewegung (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 18.4.1980).

Anfang Mai d.J. versuchte der im Oktober 1979 gestürzte Diktator Carlos Umberto Romero, durch einen Putsch die Macht zurückzuerlangen. Zusätzlich zur Erhebung von drei Garnisonen mit 3.000 Mann sollten 15.000 Söldner von Guatemala und Honduras aus einmarschieren. Daß das Unternehmen gescheitert ist, bedeutet jedoch nicht, daß die Gefahr eines ultrarechten Umsturzes gebannt wäre.

Offizielles Programm der Revolutionären Koordination der Massen

Plattform für eine demokratisch-revolutionäre Regierung

Die sozialen und wirtschaftlichen Strukturen unseres Landes, die die unermeßliche Bereicherung einer oligarchischen Minderheit und die Ausbeutung unseres Volkes durch den US-Imperialismus ermöglichen, befinden sich in einer tiefen und ausweglosen Krise.

Die Krise erfaßt auch die Militärdiktatur, die gesamte Rechtsordnung und die Ideologie, die die Interessen der Oligarchie und des nord-amerikanischen Imperialismus verteidigt haben und verteidigen und dabei das salvadorianische Volk ein halbes Jahrhundert lang unterdrückten und knechteten. Die Reihen der herrschenden Klassen haben Risse bekommen; die faschistischen und reformistischen Modelle zur Krisenlösung sind gescheitert, sie wurden Opfer ihrer eigenen Widersprüche und zerschlagen von den entschlossenen und heldenhaften Aktionen der Volksbewegung. Dieses Scheitern konnte nicht verhindert werden, nicht einmal von dem immer offeneren Eingreifen der USA zugunsten dieser gegen das Volk gerichteten Modelle.

Die bedingungslose Vertretung der Interessen und Hoffnungen des salvadorianischen Volkes durch die revolutionären Organisationen ermöglichte eine unzerstörbare Vertiefung und Festlegung ihrer Wurzeln in der großen Masse der Arbeiter und der Mittelschichten. Wegen ihrer Verankerung im Volk ist die revolutionäre Bewegung heute nicht mehr zu zerschlagen und ist die einzige Alternative für das salvadorianische Volk – dieses kann in seinem Kampf für ein freies Vaterland, in dem seine lebensnotwendigen Bedürfnisse befriedigt werden, weder aufgehalten noch vom Wege abgebracht werden.

Die wirtschaftliche und politische Krise der herrschenden Klassen einerseits und die Stärke der Volksbewegung andererseits – die auf der entscheidenden politischen Kraft unseres Landes aufgebaut ist – haben einen revolutionären Prozeß ausgelöst und Bedingungen geschaffen, unter denen das Volk die Macht übernehmen wird.

Unsere Gesellschaft beruht bis heute auf Ungerechtigkeit, Unterwerfung und Raub; ihre revolutionäre Umwälzung ist nunmehr eine mögliche und nicht mehr weit entfernte Sache. Nur so wird unser Volk die demokratischen Rechte gewinnen und behaupten, die ihm bislang verweigert werden. Nur die Revolution wird das Agrarproblem zugunsten der Bauernmassen und der Lohnarbeiter auf dem

Land lösen; sie wird materielle und geistige Lebensbedingungen schaffen, die der riesigen Mehrheit unserer Bevölkerung nützen, die heute im Elend, in kultureller Entfremdung und in der Marginalität (am Rande der Gesellschaft; d. Red.) lebt. Es wird die Revolution sein, die die wahre politische Unabhängigkeit unseres Landes erobert und dem salvadorianischen Volk das Recht gibt, sein Los frei zu bestimmen und die tatsächliche wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen. Diese Revolution ist somit auf das Volk gegründet, ist demokratisch, antioligarchisch und bestrebt, die wahre und tatsächliche nationale Unabhängigkeit zu erobern. Nur der Sieg der Revolution wird die verbrecherische Unterdrückung beenden und dem Volk den Frieden ermöglichen, den es heute nicht hat, einen stabilen Frieden,



Juan Chacon (m.) Generalsekretär des Revolutionären Volksblocks und Sprecher der Revolutionären Koordination der Massen

basierend auf der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit und der nationalen Unabhängigkeit. Diese Revolution, die schon im Gange ist, ist nicht – und kann nicht sein – das Werk einer Gruppe von Verschwörern. Im Gegenteil, sie ist das Ergebnis des Kampfes des ganzen Volkes, d.h. der Arbeiter, Bauern, der Mittelschichten im allgemeinen und aller aufrichtig demokratischen und patriotischen Menschen. Die bewußteren und organisierten Teile des salvadorianischen Volkes, die schon sehr zahlreich sind, kämpfen ständig umfassender und einheitlicher. Mit Kampfgeist, Bewußtsein, Festigkeit, Organisation und Opferbereitschaft für den Sieg des Volkes hat das Bündnis der Arbeiter und Bauern bewiesen, daß es die stärkste Garantie für Entschlossenheit und Festigkeit der Bewegung bis zur Befreiung ist. In ihm vereinen sich – als Ausdruck der Einheit des ganzen Volkes – die revolutionären und die demokratischen Kräfte, die beiden großen Strömungen, die am Befreiungskampf des salvadorianischen Volkes beteiligt sind.

Die entscheidende Aufgabe der Revolution, von der die Erfüllung aller anderen Aufgaben und Ziele abhängt, ist die Eroberung der Macht und die Einsetzung einer revolutionären Regierung, die an der Spitze des Volkes den Aufbau einer neuen Gesellschaft unternimmt.

Aufgaben und Ziele der Revolution

Die Aufgaben und Ziele der Revolution in El Salvador sind die folgenden:

1. Zerschlagung der reaktionären Militärdiktatur der Oligarchie, die seit fast 50 Jahren gegen den Willen des salvadorianischen Volkes an der Macht ist, und des US-Imperialismus; Zerstörung ihres kriminellen politisch-militärischen Apparats und Einsetzung einer demokratisch-revolutionären Regierung, die sich auf der Einheit der revolutionären und demokratischen Kräfte, dem Volksheer und dem salvadorianischen Volk gründet.
2. Beendigung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Vorkherrschaft im allgemeinen der großen Besitzer von Kapital und Land.
3. Endgültige Beseitigung der wirtschaftlichen, politischen und militärischen Abhängigkeit unseres Landes vom US-Imperialismus.
4. Sicherung der demokratischen Rechte und Freiheiten für das ganze Volk, vor allem für die Massen der Arbeiter, die sie bisher am wenigsten genossen haben.
5. Übertragung der wichtigsten Mittel der Produktion und Verteilung, die bisher von der Oligarchie und den US-Monopolen in Beschlag genommen werden, an das Volk mittels Nationalisierung und Schaffung von Gemeinschaften und Genossenschaftsbetrieben: das Land der Großgrundbesitzer, die Produktions- und Verteilungsunternehmen der Bereiche Elektrizität und Erdölraffinerie, Industrie-, Handels- und Dienstleistungsunternehmen im Besitz der Monopole, der Außenhandel, die Banken und die großen Transportunternehmen. Dies alles, ohne die kleinen und mittleren Privatunternehmen anzutasten, denen Anreize und Hilfe in jedem Sinne in den verschiedensten Bereichen der nationalen Wirtschaft zukommen sollen.
6. Hebung des materiellen und kulturellen Lebensniveaus der Bevölkerung.
7. Schaffung einer neuen Armee unseres Landes, die sich vor allem auf der Basis des Volksheeres aufbaut, das im Laufe des revolutionären Prozesses entsteht und dem sich saubere, patriotische und würdige Elemente des gegenwärtigen Heeres anschließen können.
8. Förderung der Organisation des Volkes in allen Ebenen, Bereichen und Formen, um seine aktive, schöpferische und demokratische Beteiligung am revolutionären Prozeß sicherzustellen und die größtmögliche Einheit zwischen dem Volk und seiner Regierung zu erreichen.



Guerrilleros der Revolutionären Koordination auf Patrouille in der Provinz Chalatenango

9. Orientierung der Außenpolitik und der internationalen Beziehungen unseres Landes nach den Grundsätzen der Unabhängigkeit und Selbstbestimmung, der Solidarität, des friedlichen Zusammenlebens, der Gleichberechtigung und der gegenseitigen Achtung zwischen Staaten.

10. Mit all dieser Sicherung des Friedens, der Freiheit, des Wohlergehens des Volkes und der fortschreitenden sozialen Gerechtigkeit in unserem Land.

Die demokratisch-revolutionäre Regierung, ihre Zusammensetzung und ihr Programm des politischen, strukturellen und sozialen Wandels

Die demokratisch-revolutionäre Regierung bildet sich aus Vertretern der revolutionären und der Volksbewegung, der Parteien, Organisationen, Bereiche und der demokratischen Persönlichkeiten, die bereit sind, an der Verwirklichung des vorliegenden Programms mitzuarbeiten.

Diese Regierung wird sich auf eine breite soziale und politische Basis stützen, die an erster Stelle aus der Arbeiterklasse, den Landarbeitern und den fortgeschrittenen Mittelschichten besteht; eng mit diesen verbunden werden alle die sozialen Schichten sein, die dem Weg dieses Programms folgen wollen, kleine und mittlere Industrieunternehmer, Händler, Handwerker, Landwirte (kleine und mittlere Kaffeezüchter und andere Bereiche der Landwirtschaft und Viehzucht); selbstverständlich ehrliche Freiberufliche, fortschrittliche Priester, demokratische Parteien wie der MNR und die fortgeschrittenen Sektoren der Christdemokratie, würdige und ehrliche Armeeeoffiziere, die entschlossen sind, den Interessen des Volkes zu dienen, und alle anderen Bereiche, Gruppen, Persönlichkeiten oder Elemente, die für die breiteste Demokratie für die Volksmassen, für eine unabhängige Entwicklung und für die Befreiung des Volkes eintreten.

Alle diese Kräfte bemühen sich zur Zeit um die Vereinigung in einem demokratischen und revolutionären Bündnis, in dem die politische und religiöse Ansicht jedes einzelnen voll respektiert wird. Die organisatorische Form dieses freiwilligen Bündnisses zum Dienst für das salvadorianische Volk wird das Ergebnis einer Übereinstimmung aller derjenigen sein, die daran teilnehmen.

Politische Sofortmaßnahmen

1. Schluß mit der Repression gegen das Volk in allen Formen und Freiheit der politischen Gefangenen.
2. Aufklärung der Verhaftungen und des Verschwindens seit 1972 und Bestrafung der (militärischen oder zivilen) Verantwortlichen von Verbrechen gegen das Volk.
3. Entwaffnung und tatsächliche Auflösung der Repressionsorgane ANESAL, ORDEN, Nationalgarde, Nationale Polizei, Haziendapolizei, Grenzpolizei und ihrer jeweiligen „Sondereinheiten“; der „Schule für Counterinsurgency“ in Gotera und des sog. „Ingenieurwissenschaftlichen Ausbildungszentrums der Streitkräfte (CIFA)“ in Zacateculuca, der Militärstreifen auf regionaler und Stadtviertel-ebene, der privaten paramilitärischen Banden der Oligarchie und jeder Art von Organisation, die, tatsächlich oder dem Namen nach, kriminelle Aktionen und Verleumdungen gegen das Volk und seine Organisationen unternimmt.
- Die Sicherheitsorgane, die inzwischen einen schlechten Namen haben, werden durch eine Zivilpolizei ersetzt werden.
4. Auflösung der gegenwärtigen staatlichen Gewalten (Exekutive, Legislative und Justiz), Aufhebung der Verfassung und aller Gesetze zur Änderung oder Ergänzung derselben.
- Die demokratisch-revolutionäre Regierung wird ein Verfassungsgesetz erlassen und den Staat und seine Aktivitäten mit dem Ziel organisieren, die Rechte und Freiheiten des Volkes und die Verwirklichung der anderen Ziele und Aufgaben zu garantieren. Die demokratisch-revolutionäre Regierung wird die „Allgemeine Erklärung der Menschenrechte“ der UNO unterzeichnen. Dieses Verfassungsgesetz wird gelten, bis das salvadorianische Volk sich eine neue Verfassung gibt, die seine Interessen wirklich widerspiegelt.
5. Die Kommunalverwaltung wird wieder eingeführt als ein Organ der breiten Teilhabe der Massen an der Führung des Staates, ein echtes Organ der neuen Volksmacht (poder popular).
6. Die demokratisch-revolutionäre Regierung wird eine umfassende Arbeit zur befreienden Erziehung, Verbreitung der Kultur und Organisation unter breitesten Massen leisten, um ihre bewußte Eingliederung in Entwicklung, Festigung und Verteidigung des revolutionären Prozesses zu fördern.
7. Stärkung und Entwicklung des Volksheeres, dem sich die Teile der Mannschaften, Unteroffiziere, Offiziere und Kommandeure der jetzigen Armee anschließen, die ein sauberes Verhalten zeigen, die ausländische Einmischung gegen den revolutionären Prozeß ablehnen und den Befreiungskampf unseres Volkes unterstützen. Das neue

Heer wird wirklich der bewaffnete Arm des Volkes sein, ihm zu Diensten, seinen Interessen und seiner Revolution absolut ergeben, es wird eine wirklich patriotische Streitkraft zur Verteidigung unserer Souveränität und Selbstbestimmung sein, die entschieden für das friedliche Zusammenleben der Völker eintritt.

8. Unser Land wird CONDECA, TIAR und jedes andere militärische oder Polizeibündnis verlassen, das Instrument zur Einmischung sein könnte.

9. Die demokratisch-revolutionäre Regierung wird diplomatische und Handelsbeziehungen mit anderen Ländern unterhalten, ohne Unterschiede aufgrund verschiedener sozialer Systeme, auf der Basis der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Miteinanders und der Achtung der Selbstbestimmung. Sie wird besonderen Wert auf die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen mit den anderen zentral-amerikanischen Ländern (einschließlich Panama und Belize) legen, die sich auf dem Weg der Unterstützung des Friedens und der Gültigkeit des Prinzips der Nichteinmischung befinden. Besonders wird sie die Erweiterung der brüderlichen Beziehungen mit Nikaragua fördern als Ausdruck der Interessengleichheit zwischen unserer Revolution und der sandinistischen Revolution. Unser Land wird Mitglied der Bewegung der nichtpaktgebundenen Länder werden und wird eine Politik des unwiderruflichen Festhaltens an der Verteidigung des Weltfriedens und für die Entspannung führen.

II. Strukturelle Veränderungen

Die demokratisch-revolutionäre Regierung wird:

1. das gesamte Bank- und Finanzwesen nationalisieren. Diese Maßnahme wird die Spareinlagen und andere öffentliche Interessen nicht berühren;
2. den Außenhandel nationalisieren;
3. die Stromversorgung und die entsprechenden in privater Hand befindlichen Produktionsunternehmen nationalisieren;
4. die Erdölraffinerie nationalisieren;
5. gemäß dem nationalen Nutzen die Enteignung der Monopolbetriebe in Industrie, Handel und Dienstleistung verwirklichen;
6. eine grundlegende Landreform verwirklichen, die das Land, das sich bislang in Händen einiger Großgrundbesitzer befindet, den breiten Massen zur Verfügung stellen wird, die es bearbeiten. Dies wird nach einem wirksamen Plan geschehen, der die große Mehrheit der armen und mittleren Bauern und der bezahlten Landarbeiter begünstigt und die Produktionsentwicklung in Landwirtschaft und Viehzucht fördert. Die Landreform wird die Interessen der kleinen und mittleren Landeigentümer nicht berühren, die Anreiz und Hilfe erhalten werden, damit sie ständig besser produzieren können;
7. eine Stadtreform zugunsten der großen Mehrheit durchführen, ohne kleinen und mittleren Immobilienbesitz anzutasten;
8. das Steuersystem von Grund auf so umgestalten, daß die Zahlung von Abgaben die Arbeiter nicht verschuldet. Indirekte Abgaben auf Waren und Dienstleistungen des Massenkonsums werden gesenkt. Dies wird nicht nur durch die Reform des Steuersystems möglich werden, sondern auch, weil der Staat über hohe Einnahmen aus der Tätigkeit des nationalisierten Sektors der Volkswirtschaft verfügen wird;
9. wirksame Mechanismen der Kredithilfe, wirtschaftlichen und technischen Förderung der kleinen und mittleren Privatunternehmen in allen Wirtschaftsbereichen einrichten;
10. ein System der wirksamen Planung der nationalen Wirtschaft einrichten, das eine ausgeglichene Entwicklung ermöglicht.

III. Maßnahmen im sozialen Bereich

Die demokratisch-revolutionäre Regierung wird ihre Arbeit im sozialen Bereich an folgenden Zielen ausrichten:

1. Schaffung von genügend Arbeitsplätzen, um die Arbeitslosigkeit schnellstmöglich zu beseitigen.
2. Effektive Durchführung einer gerechten Lohnpolitik, die beruht auf:
 - a) Regulierung der Löhne unter Berücksichtigung der Lebenshaltungskosten,
 - b) durchgreifender Kontrolle und Senkung der Preise von Waren und Dienstleistungen im Bereich der Grundbedürfnisse,
 - c) einschneidender Vermehrung der sozialen Dienstleistungen für die große Masse des Volkes (soziale Sicherheit, Erziehung, Freizeitangebote, Gesundheit usw.).
3. Beginn eines umfassenden Wohnungsbauprogramms für das Volk.
4. Schaffung eines einheitlichen nationalen Gesundheitsdienstes, der der gesamten Bevölkerung (in Stadt und Land) wirksame medizinische Versorgung garantiert, die vor allem auch vorbeugend sein soll.
5. Durchführung einer umfassenden Alphabetisierungskampagne, die schnellstmöglich die soziale Krankheit des Analphabetentums ausrottet.

6. Entwicklung eines nationalen Erziehungswesens, das die Grundschulbildung für die gesamte Bevölkerung im schulfähigen Alter sicherstellt und weiterführende Schulen und Universitäten grundlegend öffnet. Wissenschaftliche und technische Qualität und Vielfalt sollen gesteigert und nach und nach die Gebührenfreiheit verwirklicht werden.

7. Breiteste Förderung der kulturellen Aktivität und Vielfalt, wirkungsvolle Unterstützung und Anregung nationaler Künstler und Schriftsteller, Erhaltung und Entwicklung des kulturellen Erbes der Nation, Aufnahme des Besten aus der internationalen in unsere nationale Kultur, Organisation des Zugangs der breiten Masse des Volkes zu allen kulturellen Ausdrucksformen.

Es ist die einhellige Meinung aller demokratischen Volkskräfte, daß nur mit der Verwirklichung des Maßnahmen dieses Programms die tiefe strukturelle und politische Krise unseres Landes zum Wohl des salvadorianischen Volkes gelöst werden kann. Nur die Oligarchie, der US-Imperialismus und jene, die ihren antipatriotischen Interessen dienen, wehren sich und arbeiten gegen diese Veränderungen. Seit dem 15. Oktober 1979 haben einige Parteien und Bereiche den vergeblichen Versuch gemacht, aus der Regierung heraus weite Teile der von uns vorgeschlagenen Maßnahmen in Gang zu setzen, ohne vorher die alte reaktionäre Macht zu zerschlagen und ohne eine tatsächliche revolutionäre Volksmacht aufzubauen. Diese Erfahrung hat mit aller Klarheit bewiesen, daß diese Umwälzung nur von der vereinigten revolutionären Bewegung im Bündnis mit allen demokratischen Kräften bewerkstelligt werden kann.

Die Stunde des historischen Sieges der Freiheit, für die das salvadorianische Volk gekämpft und so viel Blut vergossen hat, ist nahe. Nichts und niemand kann das verhindern.

Für die Einheit der revolutionären und der demokratischen Kräfte! Vorwärts zur demokratisch-revolutionären Regierung!

Revolutionäre Koordination der Massen

Für das Exekutivkomitee des Revolutionären Volksblocks (BPR): Juan Chacon, Generalsekretär; Julio Flores, Organisationssekretär

Für das Nationale Koordinationskomitee (CCN) der FAPU: Hector Recinos; Jose Napoleon Rodriguez Ruiz

Für die Nationale Politische Kommission der Volksligen des 28. Februar (LP-28): Leoncio Pichente

Für das Nationale Koordinationskomitee der Nationalen Demokratischen Union (UDN): Manuel Franco

San Salvador, El Salvador C.A.

23. Februar 1980

(Quelle: Programa oficial de la Coordinadora Revolucionaria de Masas, Plataforma Programatica del Gobierno Democratico Revolucionario, in: Boletin Internacional, El Salvador, Nr. 8/Februar 1980, S. 18-24, nach: H. Jung, Soziale Kämpfe und Klassenstruktur in El Salvador, Bonn 1980, S. 29-35)

**Konzert für Soweto
FREIHEIT FÜR AFRIKA**

Bongi Makeba
Dollar Brand
Jabula
Renate Fresow
Chor Die Zeitgenossen
James Madhlope Phillips

13.6.20h Düsseldorf/Philippshalle
Freitag

Veranstalter:
Antimperialistisches
Solidaritätskomitee für
Afrika, Asien und Latein-
amerika, Frankfurt, in
Zusammenarbeit mit dem
Konzertbüro „Jabula“

Veranstaltet an einem be-
sonnigen Veranstaltungsort:
Hochschule für Musik und
Kunst der Universität
Düsseldorf, 100110-10 02 01
Ticket-Preis: 10,- 15,- 20,-
12,- 20,-
12,- 20,-

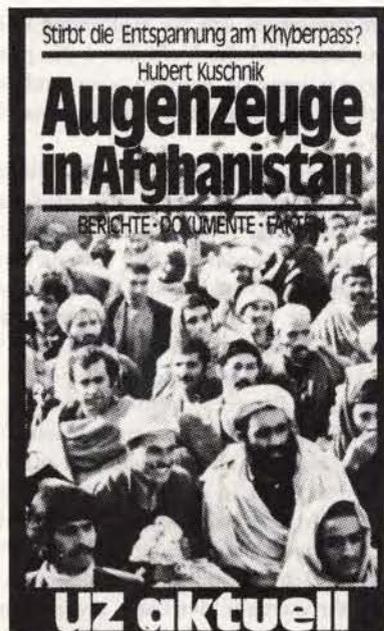
Aber sie ist doch einseitig, kommunistisch dazu, sagen manche. Stimmt, sagen wir. Tatsächlich gibt es die sogenannte Überparteilichkeit nicht. Die Zeitungen, die vorgeben, für die da oben und zugleich für die da unten zu schreiben, ergreifen letztendlich immer Partei für die Großen. Wir ergreifen Partei für die arbeitenden Menschen. Treten offen an ihre Seite. Unterstützen sie im Lohnkampf. Entlarven die Preistreiberei. Machen frisierte Bilanzen durchschaubar. Weisen nach, wo die Gewinne stecken und wer die Profiteure sind.

**Politiker
werden am Alltag gemessen**

Die Sonntagsreden der Politiker werden von uns nicht einfach hingenommen oder gegenübergestellt, sondern an der Praxis des Alltages gemessen. So erfährt der Bürger, wie scheinbar kleine Hintertürchen im Gesetzesdickicht so groß wie Scheunentore werden, wenn Unternehmer, Miethäie oder Börsenspekulanten daranklopfen.

**Frieden, keine Sache
von Pro & Contra**

Frieden und Entspannung sind für uns unantastbar. Keine Sache von Pro & Contra. Kompromißlos treten wir für die Abrüstung ein.



144 Seiten Berichte, Dokumente, Fakten. Aktuell aus erster Hand. Das Buch ist in allen collectiv-Buchhandlungen erhältlich und kostet 5,80 DM.



**Seite für Seite –
Arbeiter-Zeitung**

Unser Grundsatz: Verhandeln ist besser als schießen. Friedlicher Handel erleichtert das Zusammenleben der Völker. Die Rüstungskonzerne sollen am Frieden ersticken.

**Auslandskorrespondenten
in aller Welt**

Auslandsinformationen kommen bei uns nicht zu kurz, obwohl wir keine kostspieligen Auslandsbüros unterhalten. Dafür haben wir Freunde in der Welt, die der UZ berichten. Von Havanna bis Tel Aviv – von Moskau bis Paris. Diese Korrespondenten sind Sachkenner ihrer Länder. Insbesondere, was die Sorgen und Nöte der arbeitenden Menschen betrifft.

Sozialismus aus erster Hand

Wer über den Sozialismus etwas wissen will, wird bei uns aus erster Hand informiert. Schließlich geht, wer Bier holen will, auch nicht zum Schuster. Wir verkaufen keinen Zweite-Hand-Sozialismus wie die bürgerlichen Blätter. Quellen wie mutmaßlich, nahestehend oder halbamtlich, sind uns zu trüb. Wir dringen bis zum Ursprung der Quelle vor, ob beim VEB Halbleiterwerk oder der Produktionsgenossenschaft Morgenröte. Wir informieren Sie direkt.

Das alles ist nicht Langweilig. Im Gegenteil. Interessant, weil mitten aus dem Leben der arbeitenden Menschen gegriffen. Prüfen Sie es. Lesen Sie die UZ.



Bitte ausschneiden und einsenden an Plambeck & Co · Xantener Straße 7 · 4040 Neuss 13

Bestellschein

Ich bestelle die UZ – UNSERE ZEIT – Zeitung der DKP als Tageszeitung für mindestens 3 Monate
Abonnementspreis 8,- DM monatlich.

Tageszeitung



Ich bestelle die UZ – UNSERE ZEIT – Zeitung der DKP als Wochenendausgabe für mindestens 1 Jahr
Abonnementspreis 7,50 DM vierteljährlich.

Wochenendausgabe

Name _____

Straße _____

PLZ, Ort _____

Datum _____ Unterschrift _____

Kündigungen müssen 6 Wochen vor Quartalsende beim Verlag sein

Interview mit Humberto Ortega

Die Strategie des Sieges (2. Teil)



FRAGE: Sie sind also nicht der Meinung, daß die Oktober-Operationen (1977; d. Red.) ein Mißerfolg waren, wenn auch der Aufstand nicht zustande kam?

H. ORTEGA: Wir betrachten den Oktober als eine geschichtliche Errungenschaft, vor allen Dingen weil wir dadurch in die Lage versetzt wurden, die imperialistischen Pläne zu durchkreuzen. Als der Feind glaubte, daß wir vernichtet seien, traten wir stärker auf denn je, schlugen wir härter zu als jemals zuvor. Sie waren überrascht, als wir mit Operationen in den Städten begannen, denn sie glaubten, die Städte völlig im Griff zu haben. Auf der anderen Seite reagierten die Massen nicht darauf, obwohl eine Krise bestand. Das einzige, was sie sehen konnten, war, daß die Vorhut harte Schläge hinnehmen mußte. Diese Operationen trugen dazu bei, daß der beherrschende Einfluß des Sandinismus auf die Massen wiederhergestellt werden konnte ebenso wie die Zuversicht der Massen in ihre wirtschaftlichen und politischen Kämpfe. Dies führte dazu, daß das Regime ernste Fehler beging. Der schwerste davon war der Mord an Pedro Joaquin Chamorro am 10. Januar 1978.

Dieser heimtückische Mord brachte die Massen dazu, zum ersten Mal auf die Straßen zu gehen, um ihre lange aufgestauten Unterstützungsgefühle für die Sandinistas zum Ausdruck zu bringen. Wir können deshalb sagen, daß die Oktoberereignisse dazu beitrugen, die Krise zu vertiefen, welche der Imperialismus und die Reaktion gerade zu ihrem eigenen Vorteil auszunutzen suchten.

Nach den Oktober-Operationen 1977 . . .

FRAGE: Wann fingen Sie mit den Vorbereitungen für die Oktober-Operationen an?

H. ORTEGA: Schon vor dem Mai 1977 beschafften wir uns Waffen und legten die politischen und strategischen Grundlagen fest wie etwa die programmatische Plattform, die ich erwähnt habe, und versuchten festzustellen, auf welche Weise wir die Menschen organisieren konnten, die unsere Ansichten teilten.

Wir reagierten auf die Lage mit allen Mitteln, die uns ange-

sichts der Situation zur Verfügung standen. Wir hatten Vorräte angelegt, für eine größere Sache, aber man kann nicht alle Seiten abdecken, denn sonst legt man nie richtig Vorräte an.

Wir gingen zur Offensive über in der Erkenntnis, daß unsere Anstrengungen Früchte tragen würden, weil wir die vorherrschende Krise sahen, die Verschwörungen des Feindes, und die Tatsache, daß wir in der Defensive waren und hier und jetzt reagieren mußten. Wären wir vorsichtig gewesen und hätten gesagt: „Nein, wir legen weiter in aller Stille Vorräte an“, dann hätten wir unseren Vorteil an den Feind verloren und dieser wäre so in der Lage gewesen, uns ein für allemal zu beseitigen, oder zumindest uns für eine lange Zeit handlungsunfähig zu machen, weil das Volk durch ein paar Zugeständnisse des Regimes verwirrt worden wäre und es für die Menschen schwieriger gewesen wäre, unsere Ansichten zu verstehen.

Die Oktober-Operationen machten es möglich, die Manöver des Feindes zu durchkreuzen, und die Sandinistas traten mit neuer Kraft in Erscheinung. Auch im militärischen Sinne war es keine vollständige Niederlage. Es ist uns zwar nicht gelungen, den Militärposten von Masaya einzunehmen, aber wenigstens überlebten die meisten von uns den Angriff. Im Norden blieben die Guerilleros vom Oktober (1977; d. Red.) bis zum Mai 1978 an der sog. Carlos-Fonseca-Nordfront aktiv (nach Carlos Fonseca, Mitbegründer der FSLN, gefallen 1975; d. Red.). Einige Genossen wurden beim Angriff auf San Carlos getötet, aber es war ein militärischer Sieg für uns. Wir waren nicht in der Lage, diese Stellung zu halten, aber es war nicht wie beim Angriff auf die Moncada in Kuba 1953 (damals wurden die Guerilleros um Fidel und Raul Castro, die überlebten, inhaftiert, siehe: AIB, Nr. 10/1978; d. Red.). Wir waren in der Lage, zuzuschlagen, uns zurückzuziehen, Kräfte zu sammeln und erneut zuzuschlagen.

Dies wird durch die Tatsache bewiesen, daß wir vier Monate später zwei Städte einnahmen und zum ersten Mal ein Antiguerrilla-Lager im Nueva Segovia-Gebiet einschlossen.

Wenn die Oktoberaktionen ein Fehlschlag gewesen wären, dann wären wir nicht in der Lage gewesen, nur wenige

Monate darauf wieder neue Aktionen zu unternehmen. Von Oktober an nahm unsere politische und militärische Kraft ständig zu. (...)

FRAGE: Wann begannen die Massen, sich dem Prozeß des Aufstandes anzuschließen?

H. ORTEGA: Die Aktionen vom Oktober 1977 gaben der Massenbewegung einen großen Anstoß, aber erst nach der Ermordung von Pedro Joaquin Chamorro engagierten sie sich wirklich mit ihrer ganzen Kraft und zeigten mit aller Deutlichkeit ihre Möglichkeiten, ihre Entschlossenheit und ihre sandinistische Bereitschaft, sich dem bewaffneten Kampf anzuschließen.

Ich möchte klarstellen, daß der Aufstand der Massen infolge der Ermordung Chamorros nicht ausschließlich von der FSLN angeführt wurde.

FRAGE: War er eine spontane Aktion?

... kam die spontane Massenerhebung

H. ORTEGA: Er war eine spontane Reaktion von seiten der Massen, welche die Sandinistische Front schließlich durch ihre Aktivisten und eine Reihe von militärischen Einheiten zu leiten begann. Es war keine Massenbewegung, die dem Ruf der Sandinistas gefolgt ist. Es war die Antwort auf eine Situation, die niemand vorhergesehen hatte.

Damals jedoch war unsere Fähigkeit, uns an dieser Massenbewegung zu beteiligen, noch begrenzt, und wir setzten sie ein, um unsere politische und militärische Anwesenheit unter den Massen zu bekräftigen, aber noch nicht von einem konkreten organischen Standpunkt aus, weil wir nicht über die notwendigen Kader verfügten.

Im Oktober begannen wir, Schritte in diese Richtung zu unternehmen: die Aktivisten, die Apparate... und neue beständige Formen der Massenorganisation nahmen schnell Konturen an: die Nachbarschaftskomitees, die Arbeit in einer Reihe von Fabriken und in der Studentenbewegung.

Darüber hinaus nahm die Vereinigte Volksbewegung schon vor dem Oktober Gestalt an. Dies war das Ergebnis der Anstrengungen der Sandinistas, die revolutionären Organisationen auf der Grundlage ihres Programmes neu zu gruppieren, um gegen Somozas Regime zu kämpfen und das Volk schrittweise an unseren Prozeß der nationalen und sozialen Befreiung heranzuführen.

Als die bürgerlichen Teile der Opposition während des Streiks begannen, sich zurückzuziehen, trat die FSLN mit den bewaffneten Aktionen vom 2. Februar (1978; d. Red.) auf den Plan. Aus diesem Grund entschlossen wir uns, Gra-



Aufständische in Monimbo im Februar 1978

nada, Rivas und das Antiguerilla-Lager in Santa Clara, Nueva Segovia, einzunehmen.

Die Einnahme des Antiguerilla-Lagers wurde von German Pomares, Victor Tirado und Daniel Ortega angeführt. Camilo, unser jüngerer Bruder, führte den Angriff auf Granada an, und die Einnahme von Rivas wurde von Eden Pastora und dem Geistlichen Gaspar Garcia angeführt.

Es war der erste wirklich schwere Schlag in der Krise. Diese großangelegten Aktionen verdoppelten die Begeisterung der Massen und ihre Entschlossenheit, Somoza zu bekämpfen. Sie sahen nun eine gestärkte Vorhut, die in der Lage war zu kämpfen, dem Feind Schläge zuzufügen und Städte einzunehmen. Mit anderen Worten, die Massen stellten einen beträchtlichen Fortschritt seit den Operationen im Oktober fest, genauso wie sie festgestellt hatten, daß die Operationen im Oktober ein beträchtlicher Fortschritt waren im Vergleich zu den vorausgegangenen defensiven Positionen der Sandinistas.

Wir gewannen also an Schlagkraft, denn die Operationen im Februar (1978; d. Red.) übertrafen die vom Oktober (1977; d. Red.). (...)

FRAGE: Als Sie den Aufstand von Monimbo planten, waren Sie sich da nicht der Grenzen einer isolierten Aktion bewußt?

H. ORTEGA: Aber wir haben diesen Aufstand gar nicht geplant. Wir übernahmen lediglich die Führung in einer Aktion, die von der indianischen Gemeinde beschlossen worden war.

Der Aufstand von Monimbo begann um den 20. Februar (1978; d. Red.) und dauerte ungefähr eine Woche an. Die Einnahme einiger Städte (Rivas und Granada z.B.) und die Aktion an der Nordfront hatten eine große Erwartung, eine Unruhe unter den Massen hervorgerufen, und die Propaganda für einen Aufstand, die von der FSLN seit Oktober mit Hilfe von Flugblättern, die im ganzen Land verteilt wurden, verbreitet worden war, fing an Früchte zu tragen. Jedoch war die Vorhut nicht in der Lage gewesen, in einer organischeren Form mit jenen Sektoren der Massen Kontakt aufzunehmen, die über das höchste politische Bewußtsein verfügten.

Der Aufstand von Monimbo

Die Aktionen dieses Sektors, die durch die entlarvenden Schläge ermuntert wurden, die die FSLN der Nationalgarde zugefügt hatte, inmitten der politischen Krise des Somoza-Regimes und der sozialen und wirtschaftlichen Probleme des Landes, übertrafen die Möglichkeiten der Vorhut, diesen ganzen Aufruhr des Volkes zu steuern.

Die Gemeinde von Monimbo, die ein Distrikt von Massaya ist, mit etwa 20.000 Einwohnern in sowohl städtischem als auch ländlichem Gebiet, begann auf spontane Weise mit der Vorbereitung des Aufstandes. Sie begannen Block um Block mit der Organisation, errichteten Barrikaden um den ganzen Distrikt herum und besetzten die Schlüsselpositionen. Sie fingen auch damit an, Henker des Regimes hinzurichten und zum ersten Male Volksjustiz anzuwenden. Sie begannen als eine sandinistische Einheit zu arbeiten, als sie noch nicht über die organisierte Führung der Sandinistischen Bewegung verfügten.

Und das heißt nicht, daß es dort keine Sandinistas gab. Natürlich gab es sie, und genau aus diesem Grund ging Camilo Ortega (Bruder von Humberto Ortega und FSLN-Guerillero; d. Red.) nach Monimbo, um mithilfe der Kontakte, die wir dort hatten, zu versuchen, den Aufstand zu leiten; und er wurde im Laufe der Kämpfe getötet.

(Fortsetzung folgt)

(Quelle: Granma Weekly Review, Havanna, 27.1.1980)

Positionspapier der AAPSO

Kollektive Eigenständigkeit gegen die Multis

Mit dem folgenden Papier, das der Diskussion auf einem internationalen, von der Organisation für Afroasiatische Völkersolidarität (AAPSO) im letzten Oktober in Genf veranstalteten Seminar zu Grunde lag, setzen wir unsere Reihe in Vorbereitung der UN-Sondergeneralversammlung fort, die im August/September 1980 in New York über die Verabschiedung einer Neuen Internationalen Entwicklungsstrategie für die Dritte UN-Entwicklungsdekade beraten wird.

In den Ausgaben 2-4/1980 hatten wir mit dem Abdruck der Rede Fidel Castros, Präsident der Bewegung der nichtpaktgebundenen Staaten, vor der UN-Vollversammlung Ende letzten Jahres bereits die Position der Nichtpaktgebundenen dokumentiert. Die Nichtpaktgebundenen und die AAPSO haben beide ihren historischen Ursprung in der Konferenz von Bandung (1955), deren 25. Jahrestag kürzlich begangen wurde. Im Unterschied zur Bewegung der Nichtpaktgebundenen handelt es sich bei der AAPSO (im Einzelnen in: AIB, Nr. 3/1979, S. 5) jedoch um einen internationalen Zusammenschluß auf der Ebene nichtstaatlicher Massenorganisationen. Als Organisation mit Konsultativstatus beim UN-Wirtschafts- und Sozialrat und mit Beobachterstatus bei der UNCTAD haben die Optionen der AAPSO in den Vorbereitungsdiskussionen zur Neuen Internationalen Entwicklungsstrategie politisches Gewicht. Weitere Diskussionsbeiträge, so zu den Arbeitsergebnissen der Nord-Süd-Kommission unter Vorsitz von Willy Brandt (siehe auch unseren Kommentar in AIB, Nr. 4/1980), zur Rolle der Multis in der Dritten Welt u.a. sollen folgen.

Es ist eine unbestreitbare Tatsache, daß sich die Kluft in den Lebensstandards zwischen den entwickelten und den Entwicklungsländern besonders während der letzten beiden Jahrzehnte ständig vertieft hat.

Die internationale Gemeinschaft empfand eine weitverbreitete Enttäuschung über die Ergebnisse, die in der während der Ersten Entwicklungsdekade (1960-70) erzielt worden waren. Die Mehrheit der weniger entwickelten Länder hatte nicht einmal das bescheidene Ziel einer 5%-Wachstumsrate, die für das Jahrzehnt angesetzt worden war, erreicht. Ende 1970 war das Lebensniveau von mindestens 2 Mrd Menschen in den Entwicklungsländern (bei einer Weltbevölkerung von mehr als 4 Mrd) noch immer durch Unterernährung und fehlenden Zugang zu elementaren wirtschaftlichen Existenzmitteln in den Bereichen Nahrung, Kleidung, Wohnen, Gesundheit, Bildung und Sanitärwesen gekennzeichnet. Die UN-Vollversammlung leitete die Zweite Entwicklungsdekade (1970-80) eben deswegen ein, um das größtmögliche Glück für die größtmögliche Anzahl von Menschen in der Dritten Welt zu sichern.

Die Geschichte hat sich während der Zweiten Entwicklungsdekade wiederholt. Der Abgrund, der die entwickelten Länder von den Entwicklungsländern trennt, ist in der Tat

immer noch sehr breit. Inmitten der Zweiten Entwicklungsdekade belief sich das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den entwickelten Ländern auf 4200 Dollar gegenüber 152 Dollar in den nichterdölproduzierenden Ländern Afrikas und Asiens.

Gamani Corea, Generalsekretär der UN-Konferenz für Handel und Entwicklung (UNCTAD), sagte daher völlig zu recht in der Vorbemerkung zu einer seiner ausgezeichneten Studien unter dem Titel „Eine Einschätzung der Internationalen Entwicklungsstrategie und des Zweiten Entwicklungsjahrzehnts der UN“ (Wortlaut in: AIB, Nr. 5 und 6/1978): „Es wird jetzt allgemein anerkannt, daß es der bestehenden internationalen Entwicklungspolitik weitgehend mißlungen ist, ihre vorgesehenen Ziele zu erreichen. Die Hoffnungen, die 1970 bei der Annahme durch die Vollversammlung in die Internationale Entwicklungsstrategie für die Zweite Entwicklungsdekade der Vereinten Nationen gesetzt wurden, sind im wesentlichen enttäuscht worden. Man könnte argumentieren, daß die Existenz dieser Strategie keine bedeutende positive Auswirkung auf den Weg der Entwicklung der Dritten Welt gehabt hat. Tatsächlich scheint es heute offensichtlich zu sein, daß die in der Strategie vorgesehenen politischen Maßnahmen, selbst wenn sie vollständig verwirklicht worden wären, keine angemessene Basis für eine langfristige Entwicklung der Entwicklungsländer gewesen wären.“

Alle Vorgänge in Sachen internationaler Entwicklung, die dieser Aussage folgten, und zwar der Pariser Nord-Süd-Dialog, UNCTAD V in Manila, UN-Konferenz über Wissenschaft und Technologie (UNCSTD) in Wien und alle gleichartigen Foren, die mit Verhandlungen zwischen entwickelten und Entwicklungsländern zu tun hatten, haben diese Aussage des Generalsekretärs der UNCTAD bestätigt.

Fehlschlag der Ersten und Zweiten Entwicklungsdekade

Abgesehen von falschen Vorstellungen über die beiden Entwicklungsstrategien und ihnen zugrundeliegenden Maßnahmen, kann man das Versagen dieser Strategie nicht aus einem breiteren Zusammenhang ausklammern, nämlich den vorhandenen Mechanismen und wesentlichen inneren Gesetzen der gegenwärtigen Weltwirtschaftsordnung. Diese Ordnung ist das historische Produkt eines Prozesses, und zwar der Entwicklung des kapitalistischen Weltsystems, der zu Entwicklung auf der einen und Unterentwicklung auf der anderen Seite führte. Dieser Prozeß hatte zwei Aspekte oder besser, führte zu zwei Ergebnissen: Fortschritt, Industrialisierung, Technologie, wirtschaftlicher Kontrolle, politischer und militärischer Macht in einer begrenzten Zahl von Ländern mit entwickelter Marktwirtschaft einerseits, andererseits zu Rückständigkeit und allen übrigen Leidensarten bei

den Völkern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas.

Jedoch fanden während des letzten halben Jahrhunderts viele Veränderungen statt. Eine dieser Veränderungen ist das Ausscheren der sozialistischen Gemeinschaft aus dieser Ordnung. Die zweite wesentliche Veränderung war der verstärkte Kampf der in jüngster Zeit befreiten Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas um ihre sozialökonomische Entwicklung, nachdem sie ihre politische Unabhängigkeit erlangt hatten.

Im Verlauf des langen Kampfes, den sie um der Entwicklung willen in Gang gesetzt hatten, kamen sie schließlich zu der Erkenntnis, daß die Mechanismen der bestehenden Weltordnung spontan gegen ihre Interessen handeln. Diese Tatsache macht das Wesen aller Streitigkeiten, ideologischer und politischer Kämpfe, Diskussionen und Verhandlungen über die Neue Internationale Wirtschaftsordnung aus.

Internationale Monopole – Hauptstütze des Neokolonialismus

Die Bedeutung der wenigen hundert internationalen Monopole mit ihren zehntausenden von ausländischen Filialen auf die kapitalistische Weltwirtschaft ist ständig im Wachsen begriffen:

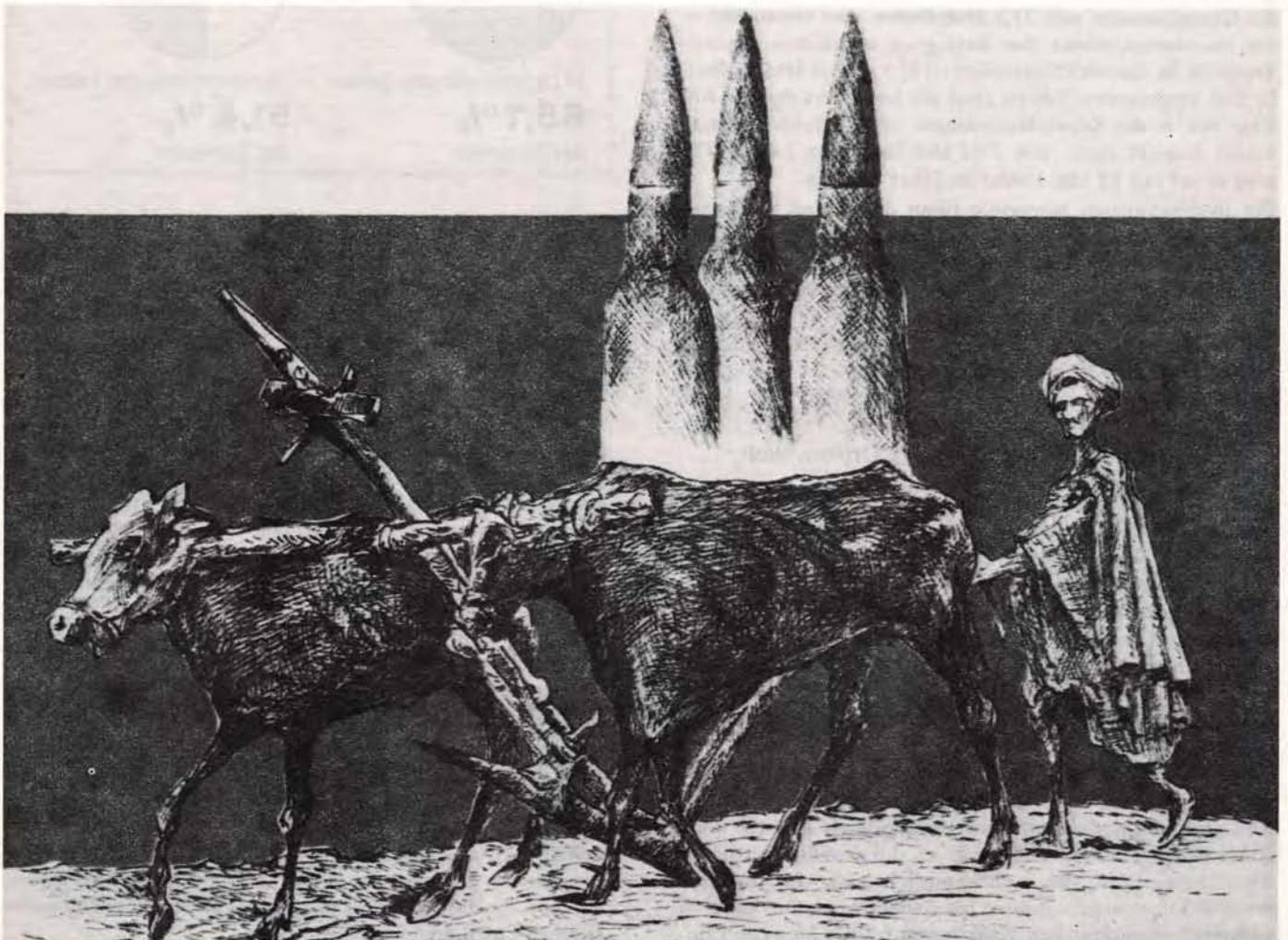
Anfang der 70er Jahre beherrschten sie etwa 50% der internationalen Produktion, mehr als 60% der Exporte und gut 20% des Bruttosozialprodukts der gesamten kapitalistischen Welt. Der Buchwert des als direkte Anlagen in den Entwicklungsländern investierten Kapitals allein belief sich im Jahr 1975 auf über 69 Mrd Dollar. Zieht man die niedrige durchschnittliche organische Zusammensetzung des Kapitals und den hohen Ausbeutungsgrad in Betracht und berücksichtigt

man ferner die Tatsache, daß die Tochtergesellschaften etwa 40% ihres Kapitalbedarfs aus lokalen Quellen decken, dann entspricht dieses gegebene Investitionsvolumen einem Produktionsvolumen, das sich auf mehr als 1/3 der Bruttosozialprodukte aller Entwicklungsländer beläuft, d.h. auf 886,35 Mrd Dollar (1975).

Berücksichtigt man zudem die Tatsache, daß in den Entwicklungsländern die Landwirtschaft einen hohen Anteil des gesamten Sozialprodukts ausmacht und daß die Monopole auf diesem Gebiet ziemlich untätig sind, so kann man selbst anhand dieser höchst summarischen Darstellung bis zu einem gewissen Ausmaß beurteilen, welche bedeutsame Auswirkung das ausländische Monopolkapital auf die verbleibenden Wirtschaftszweige der meisten Entwicklungsländer hat.

Durch Kapitalanteile (einschließlich Wertpapieranlagen), Darlehen, Patente und Lizenzen, Korruption von Staatsbeamten usw., ökonomische Kontrolleinwirkungen auf die imperialistische Staatsmaschinerie (unter Einschluß von Institutionen auf zwischenstaatlicher und kollektiv-kolonialer Ebene) und enge Zusammenarbeit mit dieser Maschinerie machen die internationalen Gesellschaften des Monopolkapitals einschließlich einer wachsenden Anzahl der größten internationalen Rohstoff- und Industriekonzerne eine Hauptstütze des neokolonialistischen Wirtschaftssystems aus. Das den internationalen Monopolen heute zur Verfügung stehende Wirtschaftspotential und die von ihnen ausgeübte ökonomische Macht sind nicht bloß im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern schreiend offensichtlich, sondern üben auch einen besonders gefährlichen Einfluß aus.

1976 erzielte das größte internationale Supermonopol, die Exxon Corporation, einen Umsatz von 48,6 Mrd Dollar. Im



selben Jahr hatten nur fünf Entwicklungsländer ein Brutto- sozialprodukt, das diesen übertraf (Brasilien, Argentinien, Indien, Mexiko und der Iran). Alle anderen Entwicklungs- länder produzierten weniger, die meisten von ihnen sogar viel weniger! 1976 belief sich der Umsatz der vier mächtig- sten Industriekonzerne der kapitalistischen Welt (Exxon, General Motors, Royal Dutch/Shell, Ford) auf 160,7 Mrd Dollar. Er war so wesentlich höher als die Bruttosozialpro- dukte aller Entwicklungsländer in Afrika zusammenge- nommen (146,6 Mrd Dollar).

Laut (unvollständigen) UN-Statistiken wurden in den 70er Jahren 2845 Tochtergesellschaften in der produktiven Sphäre der Entwicklungsländer von 391 internationalen Monopolen beherrscht. US-Monopole zeichnen für 1463 Zweiggeseellschaften, westeuropäische Gesellschaften für 936, Monopole außerhalb Westeuropas und der USA für 446. Im Jahre 1950 bestanden erst 395 dieser Zweiggese- schaften und 1960 erst 903. Folglich wurden die meisten von ihnen (1943) in den 60er und 70er Jahren gegründet. Dies ist ein Beweis für die Dimensionen und die Intensität der neokolonialistischen Expansion des internationalen Monopolkapitals.

Indem die internationalen Monopole die wirtschaftliche Schwäche und Abhängigkeit der Entwicklungsländer ausnut- zen und sich an veränderte Bedingungen und das neue Kräftegleichgewicht anpassen, sind sie allerdings noch im- mer in der Lage, in den Entwicklungsländern zu expan- dieren und ihre Position zu festigen. Der Grad der Expan- sion variiert selbstverständlich von Fall zu Fall.

Der Gesamtzuwachs an privaten Kapitalexporten aus im- perialistischen Ländern in Entwicklungsländer liefert einen weiteren Beweis für diesen Trend. Während er von 1956-65 im Jahresdurchschnitt 2,8 Mrd Dollar ausmachte, ist er seit- dem auf das Siebenfache angewachsen, und 1975 übertraf die Gesamtsumme von 21,5 Mrd Dollar zum ersten Mal in der Nachkriegsperiode den Betrag an staatlichen Kapital- exporten in Entwicklungsländer (1975 = 16,6 Mrd Dollar). In den vergangenen Jahren fand ein besonders rascher An- stieg von in die Entwicklungsländer exportiertem ausländi- schem Kapital statt: von 7,02 Mrd Dollar im Jahre 1970 stieg es auf fast 22 Mrd Dollar im Jahre 1975 an.

Die internationalen Monopole fügen den Entwicklungslän- dern in steigender Tendenz ständig Verluste an wirtschaft- licher Substanz zu. Selbst nach offiziellen Statistiken, die auf jeden Fall zu niedrig angesetzt sind, transferierten sie zwischen 1960 und 1970 Profite von etwa 52 Mrd Dollar aus den Entwicklungsländern. Für 1974 und 1975 wird der Profittransfer auf 39 Mrd Dollar beziffert.

Verschärfung der Ausbeutung der Dritten Welt

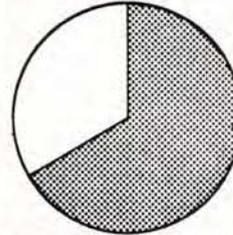
In diesem Prozeß wird den Entwicklungsländern Schaden zugefügt nicht nur durch Profit- und Kapitaltransfer, den sog. Nettoverlust an Devisen, obwohl dieser im vorliegenden Fall besonders auffällig ist, sondern auch durch die neokolo- nialistische Profitrealisierung durch die ausländischen Mono- pole an sich, weil auch der reinvestierte Teil des Profits, der im Durchschnitt mindestens ein zusätzliches Viertel der transferierten Summen ausmacht, in der Verfügungsgewalt der Monopole verbleibt und ihren Interessen entsprechend akkumuliert wird.

Hinzu kommt, daß die internationalen Monopole die Ent- wicklungsländer nicht nur durch ihre eigene Kapitalinvesti- tion ausbeuten, sondern in einem gewissen Ausmaß auch durch den staatlichen Kapitalexport, die neokolonialistische Entwicklungshilfe, die ja bekanntlich auch eine Ausbeu- tungsfunktion angenommen hat, abgesehen von anderen wichtigen ökonomischen Funktionen für das Monopolkapi-

IWF und Weltbank - Gruppe: Wer zahlt, befiehlt

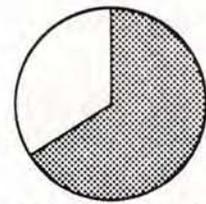
Die westlichen Industrieländer haben die Mehrheit

Währungsfond IWF
123 Mitgliedsländer



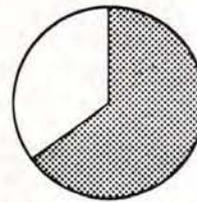
23 Industrieländer haben
66 %
der Stimmen

Weltbank
128 Länder



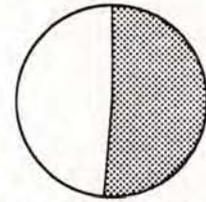
22 Industrieländer haben
66,2 %
der Stimmen

IDA
(116 Länder)



21 Industrieländer haben
65,1 %
der Stimmen

Asiatische
Entwicklungsbank
(41 Länder)



16 Industrieländer haben
51,4 %
der Stimmen

tal. Hier handelt es sich vor allem um die Methode des Preis- auftriebs für Warenlieferungen, die mit staatlichen Krediten verknüpft sind, durch die die internationalen Monopole als Warenexporteure Extraprofite erzielen und den Entwick- lungsländern Schaden zufügen.

Einen beinahe traditionellen Kanal der neokolonialistischen Ausbeutung der Entwicklungsländer durch die internati- onalen Monopole stellt der Mechanismus des kapitalistischen Weltmarkts dar, das System des nichtäquivalenten Handels, das monopolistische Preisdiktat und die „Preisschere“. Dies- es System ist nicht autonom, wie es bisweilen in der stati- stischen Gesamtübersicht scheinen mag, auch wenn es in hohem Maß anonym ist, sondern es ist durch das Monopol- kapital in Übereinstimmung mit seinen Profitinteressen ge- bildet worden und wird wie der gesamte kapitalistische Weltmarkt von den heutigen kapitalistischen Supermonopo- len, bekannt als Multis, beherrscht. Trotz des gewaltigen Anstiegs der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, der sich aus verschiedenen Gründen Mitte der 60er Jahre vollzog, gehen die Verschlechterung der Handelsbedingungen, die Entwer- tung des Exporteinkommens für die meisten Entwickungs- länder weiter und sind sogar im Zunehmen begriffen, haupt- sächlich wegen der fortschreitenden Inflation in den im- perialistischen Hauptländern. Sie werden selbst nach sehr vorsichtigen Schätzungen jedes Jahr um mehrere Mrd Dollar beraubt, die das Monopolkapital schließlich als neokoloniali- stischen Profit erwirbt.

Das Fortdauern des Neokolonialismus nährt und fördert das sozioökonomische Ungleichgewicht. Er versucht den Entwicklungsländern eine internationale Arbeitsteilung aufzuerlegen, die der Strategie der Multis entspricht. Er akzeptiert beispielsweise eine gewisse perspektivische Industrialisierung in diesen Ländern, aber nicht in dem Sinn, daß dort eine selbständige ausgewogene Wirtschaft aufgebaut wird. Er exportiert in die Entwicklungsländer Industrien, die mit wenig qualifizierten Arbeitskräften auskommen, oder umweltverschmutzende Industrien. In derselben Weise versucht der Neokolonialismus den Entwicklungsländern die von ihm sog. „angepaßte Technologie“ aufzudrängen, die in Wirklichkeit so angelegt ist, daß sie ihre Abhängigkeit von den entwickelten Ländern aufrechterhält.

Verschärft wird ein derartiges Ungleichgewicht durch die bestehenden Marktstrukturen, die Bedingungen des Technologietransfers, die wachsende Verschuldung der Entwicklungsländer und die protektionistischen politischen Maßnahmen seitens der entwickelten Länder und führt so zu dem schrecklichen Unvermögen der Entwicklungsländer, die elementaren menschlichen Bedürfnisse ihrer Völker zu befriedigen.

Eine Unterstützung des eigenständigen Entwicklungsprozesses kann sich auch aus einer Verstärkung des Handels und der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen den Entwicklungsländern und den sozialistischen Ländern ergeben. Die Verstärkung derartiger Beziehungen würde den Entwicklungsländern helfen, ihre übermäßige Abhängigkeit von den kapitalistischen Ländern zu verringern und von der wachsenden Produktivkapazität der sozialistischen Länder zum Zweck eines gegenseitig vorteilhaften Austauschs zu profitieren.

Die Vereinigung und Verstärkung der Anstrengungen der Entwicklungsländer und der friedliebenden Völker für eine tiefverwurzelte Entspannung und friedliche Koexistenz zwischen Nationen mit verschiedenen Gesellschaftssystemen, Frieden und Abrüstung würden für den Entwicklungsprozeß günstige Bedingungen schaffen.

In welchem Ausmaß haben nun die entwickelten kapitalistischen Länder ihre Verpflichtung erfüllt? Tatsache ist, daß viele entwickelte Länder bislang die angepeilten 0,7% des Bruttosozialprodukts nicht erfüllt haben, die von der Zweiten Entwicklungsstrategie als offizielle Entwicklungshilfe festgesetzt wurden. Dies legt ein beredtes Zeugnis ab. Es ist höchste Zeit, neue Wege und Mechanismen zu schaffen, um derartige Empfehlungen zu einer Realität werden zu lassen. Es ist ebenfalls notwendig, die Übergriffe der entwickelten kapitalistischen Länder und ihrer Multis zu entlarven. Es handelt sich um eine flagrante Ausplünderung, wenn drei entwickelte Länder, und zwar die Vereinigten Staaten von Amerika, Kanada und das Vereinigte Königreich die Entwicklungsländer laut einem offiziellen UNCTAD-Dokument über einen Zeitraum von zehn Jahren (1961-1972) mit einer offiziellen Entwicklungshilfe von 146 Mrd Dollar versahen, während der veranschlagte Kapitalwert des Abzugs von Fachkräften aus den Entwicklungsländern in diese drei entwickelten Länder über den gleichen Zeitraum sage und schreibe 50 Mrd Dollar erreichte.

Damit kommen wir zum zweiten Aspekt des Entwicklungsprozesses, nämlich der Notwendigkeit neuer Entwicklungsstrategien in den Entwicklungsländern. Betonen wir zunächst einmal, daß Versuche eine Entwicklung westlichen Typs zu imitieren tatsächlich eine große Illusion sind, weil dieser Typ sich auf eine Reihe von Bedingungen gründete, die sich in den beiden letzten Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts nicht reproduzieren lassen.

Zu diesen Bedingungen gehörten eine nie dagewesene technologische Überlegenheit, die Beherrschung der Rohstoff-

und Energieressourcen aller Kontinente, die Herrschaft über die Weltmärkte und die Ausbeutung billiger menschlicher Arbeitskraft unter dem Kolonialismus. Diese Entwicklung kostete einen sehr hohen gesellschaftlichen Preis, da sie von einer zügellosen Verschwendung von Ressourcen, Umweltverwüstung, Ausbreitung von Armut, Wertminderungen, Verschärfung der Arbeitslosigkeit und einem wachsenden Gefühl der Entfremdung begleitet wurde.

Solche Entwicklungsländer, die versuchten die Entwicklung westlichen Typs zu imitieren, übernahmen Strategien, die letztendlich zur Abhängigkeit von den entwickelten kapitalistischen Ländern führen, Klassenunterschiede hervorheben und den Entwicklungsgedanken auf das Wirtschaftswachstum beschränken.

Die Notwendigkeit neuer Entwicklungsstrategie

Unserer Auffassung nach sollte sich die Entwicklungsstrategie der Länder Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, soll sie Erfolg haben, von bestimmten Prinzipien leiten lassen. Die internationale Konferenz über die Rolle der Transnationalen Gesellschaften (TNCs) und die wirtschaftlichen Entwicklungsstrategien, die von der AAPSO im Zusammenwirken mit der Französischen Assoziation für die Freundschaft und Solidarität mit den Völkern Afrikas (AFASPA) vom 25.-27. April 1979 in Paris, Palais de l'UNESCO, abgehalten wurde, ist zu dem Schluß gekommen, daß eine erfolgreiche Entwicklungsstrategie **erstens** darauf orientieren muß, die wirtschaftliche Unabhängigkeit zu erlangen, Souveränität und Kontrolle des nationalen Reichtums zu sichern, die Sache des Friedens und des gesellschaftlichen Fortschritts zu stärken. Unterdessen sollte sie sich gegen alle Formen neokolonialistischer Ausbeutung, des Rassismus sowie der Aggression richten.

Zweitens: Sie muß darauf gerichtet sein, den Interessen breiter Bevölkerungskreise zu dienen.

Drittens: Sie muß nationale Würde und Unabhängigkeit, demokratische Freiheiten und Einrichtungen zur Stärkung der Einheit der fortschrittlichen Kräfte und zur Überwindung des kolonialistischen und neokolonialistischen Erbes aufbauen.

Viertens: Sie soll für rasches Wachstum sorgen. Sie muß die moderne Technologie mit der Beschaffung von Arbeit für die Massen der Arbeitslosen und Halbarbeitslosen verbinden. Sie muß die Abwerbung von hochqualifizierten Fachkräften (brain drain) vereiteln, für eine moderne Industrie und Landwirtschaft Kader mit der nötigen Sachkenntnis (know how) entwickeln und ihren Anteil an der Welt der Wissenschaft und Technik erlangen.

Fünftens: Sie soll sich auf das Prinzip der Eigenständigkeit gründen und sollte die exzessive Abhängigkeit von externen Faktoren als Quellen des Wirtschaftswachstums verringern.

Sechstens: Sie muß für die kollektive Eigenständigkeit der Entwicklungsländer sorgen. Sie muß ebenfalls für die Zusammenarbeit mit allen Ländern ungeachtet ihres Gesellschaftssystems Sorge tragen, solange die Prinzipien der Gleichheit, des gegenseitigen Vorteils, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten respektiert werden.

Siebtens: Sie sollte sich nicht auf bloßes ökonomisches Wachstum beschränken. Ihr Ziel muß die umfassende Entwicklung von Wirtschaft, Bildung, Kultur, Gesundheit usw. der Gesellschaft sein.

(Quelle: On the New International Development Strategy, Paper Presented by AAPSO, in: Development & Socio-Economic Progress, Kairo, 4/1979, S. 9-19, Auszüge)

Vor 30 Jahren: Ausbruch des Koreakrieges

Angesichts der derzeitigen zugespitzten weltpolitischen Lage und der Rückkehr zu Methoden des Kalten Krieges durch die Carter-Administration sollte der Rückblick auf eine Aggression, die einer ähnlichen Politik entsprang und auf ähnlichen Konstellationen beruhte, zu denken geben. Es handelt sich um den Ausbruch des Korea-Krieges am 25. Juni 1950.

Damals zeigte sich, wie schnell der Kalte Krieg, die Strategie des „Roll back“ (Zurückrollens) und der „Eindämmung des Kommunismus“ in eine Phase direkter militärischer Auseinandersetzungen mündete, daß die „Wahrung amerikanischer Interessen um jeden Preis“, wie sie heute wieder von Jimmy Carter gefordert wird, in ihrer Konsequenz den offenen Kriegsausbruch zur Folge hatte.

In den hiesigen bürgerlichen Medien stellen sich die Ereignisse allerdings völlig anders dar: Ohne sich der Mühe zu unterziehen, die Ereignisse auch nur halbwegs wahrheitsgetreu zu rekonstruieren, wird allgemein davon ausgegangen, der „machthungrige“ Kim Il Sung habe mit Stalins Rückendeckung den Süden überfallen und anneklieren wollen. Auf der einen Seite wird hiermit das Eingreifen amerikanischer Truppen schon wenige Stunden nach Ausbruch der Kampfhandlungen legitimiert, auf der anderen Seite war und ist dies der Versuch, die Legende von der „Aggressivität des Kommunismus“, der „Bedrohung aus dem Osten“ in der Bevölkerung zu verankern.

Schon westdeutsche Militaristen und allen voran der ehemalige Bundeskanzler Adenauer bezogen sich zu Beginn der 50er Jahre immer wieder auf Korea, um die Gründung der Bundeswehr zu forcieren und den generellen Kurs der erneuten Aufrüstung nur wenige Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges ideologisch abzusichern. Diese Tradition setzte sich bis in die jüngste Zeit fort. Die Entdeckung riesiger Tunnel unter dem 38. Breitengrad und Provokationen an der Demarkationslinie wurden so geschickt in Szene gesetzt, daß amerikanische Politiker einen atomaren „Präventivschlag“ (so US-Präsident Ford am 26.6.1975) gegen die Koreanische Volksdemokratische Republik (KVDR) für angebracht hielten und noch immer 40.000 Mann Besatzungstruppen im Süden stationiert haben.

Was waren die wirklichen Hintergründe, wie war der tatsächliche Ablauf des Korea-Krieges? Korea, ein Land mit einer mehr als zweitausendjährigen Geschichte als einheitliche und selbständige Nation, wurde 1910 vom japanischen Kaiserreich annektiert und auf brutale Art ausgebeutet. Im Norden wurde der Raubbau an Bodenschätzen betrieben, um die Rüstung anzukurbeln, der Süden mit seinen Reis- und Anbaugeländen diente als Nahrungsmittellieferant. Nach der Niederlage des deutschen Faschismus im Frühjahr 1945 beschlossen die Alliierten auf der Potsdamer Konferenz, daß Truppen der Sowjetunion und der USA Korea einnehmen und die japanischen Besetzer evakuieren sollten. Der 38. Breitengrad wurde als zeitweilige militärische Demarkationslinie festgelegt.

US-Soldaten marschierten allerdings erst im September 1945 in Südkorea ein, nachdem die Rote Armee die Elitetruppen der Japa-

ner, die sog. Kwantung-Armee, besiegt hatte und koreanische Partisaneneinheiten auch den letzten japanischen Widerstand gebrochen hatten. Und obwohl sich die USA noch auf der Moskauer Außenministerkonferenz im Dezember 1945 verpflichtet hatten, Korea als einheitlichen, unabhängigen und demokratischen Staat zu errichten, installierten sie ein militärisches Besatzungsregime, das sich insbesondere auf ehemalige Kollaborateure der japanischen Kolonialisten stützte.

Der gesamte Repressionsapparat und die Gesetze aus der Kolonialzeit wurden übernommen und die Verfolgung der inzwischen aus den Partisaneneinheiten gebildeten Volkskomitees organisiert. Verfolgt wurden von nun an alle Parteien und Organisationen selbst rechter Ausrichtung, sofern sie für eine Wiedervereinigung eintraten. Zur endgültigen Absicherung ihrer neokolonialen Herrschaft im Süden beorderten die USA mit Li Syng Man eine Marionette aus dem Exil nach Korea. Über die UNO, die damals noch völlig unter dem Einfluß der USA stand, wurden für den 10.5.1948 separate Wahlen in Südkorea ausgeschrieben, der 38. Breitengrad also gegen den Willen der Koreaner und über ihre Köpfe zu einer politischen Grenze erklärt. Nachdem alle anderen Parteien diese „Wahlen“ boykottierten, erklärte sich Li Syng Man zum Präsidenten und errichtete ein finstres Terrorregime, dem nach Worten seines eigenen Innenministers Kim Hyo Sok allein von 1945-50 über 250.000 Menschen zum Opfer fielen. Wie die New York Times am 26.6.1950 schrieb, war er jedoch „an die totale Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten in bezug auf wirtschaftliche, politische und militärische Unterstützung gebunden“.

USA setzen auf die Teilung Koreas

Im Norden dagegen hatte die Sowjetunion die politische Macht unverzüglich auf die Volkskomitees übertragen. Das Nordkoreanische Provisorische Volkskomitee schuf hier mittels einer Bodenreform und der Verstaatlichung der früheren japanischen Konzerne die Voraussetzung für eine demokratische Entwicklung. Im April 1948 trat eine Vereinigungskonferenz aller wichtigen Organisationen Koreas zusammen, die sich gegen Separatwahlen wandte und eine gesamt-nationale Wahl im August 1948 durchführte. Daran beteiligten sich auch im Süden trotz schwierigster Bedingungen 77,5% der Wahlberechtigten. Die 572 gewählten Abgeordneten (360 aus dem Süden, 212 aus dem Norden) proklamierten am 9. September 1948 die KVDR und wählten Kim Il Sung zum Vorsitzenden des Ministerkabinetts.

Als sich nun zudem schwerwiegende Auflösungserscheinungen des Regimes im Süden abzeichneten, glaubten die USA, zur „Wahrung ihrer Interessen“ einschreiten zu müssen. Diese Interessen bestanden nicht nur aus politischen und militärstrategischen Aspekten: Nach dem 2. Weltkrieg hatte das US-Finanzkapital mehr als 1,25 Mrd Dollar in Südkorea investiert, die New Corea Company hatte unter maßgeblicher Beteiligung der National City Bank die Nachfolge des bis 1945 herrschenden japanischen Trusts angetreten und beanspruchte in ganz Korea die Hälfte aller Bodenschätze. Kann es da ein Zufall sein, daß mit J.F. Dulles ein Aufsichtsratsmitglied der National City Bank und gleichzeitigiger Berater des US-Außenministers Acheson kurz vor Kriegsausbruch die südkoreanischen Truppen am 38. Breitengrad inspizierte?

Li Syng Man prahlte damals, er könne in drei Tagen Pyongyang einnehmen und Brigadegeneral Roberts bekannte offen, daß die Leitung der Invasion gegen den Norden in den Händen der Amerikaner läge. Nachdem aber die Invasion kläglich gescheitert war, Li Syng Man schon am 26.6.1950 (wie auch bekanntere Figuren nach ihm) unter Mitnahme der Goldreserven das Land verließ und der Süden innerhalb weniger Tage mit Unterstützung der Bevölkerung zu 95% befreit war, griffen die USA selbst ein. Dies geschah wohl auch mit der Zielstellung, den Krieg bis in die 1949 gegründete Volksrepublik China hineinzutragen. Doch obwohl die USA ungeheure Mittel aufboten (der damalige Präsidentenberater W.W. Rostow sprach vom „...bisher teuersten und schwersten von allen Landkriegen“) und erstmals in der Geschichte Staudämme systematisch bombardiert wurden, konnte der Überfall mit internationalistischer Hilfe und der Unterstützung durch chinesische Freiwillige abgeschlagen werden.

Mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrages am 27. Juli 1953 wurden wie nie zuvor die Grenzen der amerikanischen Militärmacht sichtbar.

W. Ritter



US-Truppen im Koreakrieg

Hintergründe der Ölkrise



Zwei Neuerscheinungen zum Thema Öl- und Energiekrise verdienen Beachtung. Da wäre zum einen das soeben, im Mai d.J., erschienene Buch

W. Brönnner/R. Falk/P. Maaskola/H. Nazuri/M. Preuß, *Ölkrise und arabische Ölländer*, Verlag Marxistische Blätter, Frankfurt 1980, 194 S., 11,80 DM.

Es stellt den wohl ersten gelungenen Versuch dar, eine Einschätzung der verschiedenen Ölkrisefaktoren mit Analysen zu den wichtigsten Ölländern des arabisch-iranischen Raumes zu verbinden.

In einer Art Fallstudie zum Iran (S. 56-76) wird von H. Nazuri die Geschichte des angloamerikanischen „Ölperialismus“ und die alternative Ölpolitik der Revolutionsführung um Ayatollah Khomeini eingeschätzt. In weiteren Länderstudien zum Irak (W. Brönnner), Saudi Arabien (P. Maaskola), Kuwait, den Vereinigten Emiraten und Libyen (M. Preuß) und Algerien (R. Falk) wird die nationale Erdölpolitik auf dem Hintergrund der verschiedenartigen Herrschaftssysteme, Entwicklungsstrategien und politischen Ausrichtungen dieser Staaten untersucht. Dabei vermochten die Autoren deutlich zu machen: Die jeweilige Konsequenz der Erdölpolitik der arabischen Ölstaaten und die soziale Verwendung der Ölmilliarden sind je nach dem Klassencharakter der Regimes (hier die Feudalclans Saudi Arabiens, Kuweits, der Emirate und dort die kleinbürgerlichen Nationaldemokraten Libyens, Algeriens) grundverschieden.

Der Einleitungsbeitrag von W. Brönnner/P. Maaskola, *Die Ölkrise und die Rolle der Ölländer des arabisch-iranischen Raumes* (S. 7-55) setzt sich mit der Legende der Ölkrise auseinander, die „Ölscheichs“ bzw. „Ayatollahs“ seien die eigentlichen Verantwortlichen der Ölpreistreiberei oder gar der kapitalistischen Wirtschaftskrise an sich. Demgegenüber wird der Nachweis erbracht, daß es sich bei der kapitalistischen Öl- und Energiekrise um eine hausgemachte Strukturkrise handelt, die insbesondere der profitorientierten Strategie des weltmarktbeherrschenden Kartells der angloamerikanischen Ölmultis (7 Majors) und der auf diese bauenden „kurzsichtige(n) Energiepolitik der westlichen Regierungen“ zuzuschreiben sei. Je mehr die Westmächte auf einen reibungslosen Zustrom gerade des spottbilligen arabisch-iranischen Rohöls setzten, desto stärker mußten sie von der Erschütterung der Allmacht dieser Konzerne seitens der arabischen OPEC-Staaten seit der ersten Ölkrise 1973/74 betroffen sein.

Das Verhältnis zwischen Ölmultis und OPEC-Staaten wird von den Autoren in seiner historischen Entwicklung nachgezeichnet. Sie zeigen wie ein vormals koloniales Konzessionssystem bis Mitte der 70er Jahre – und zwar durch das kollektive Vorgehen der Ölländer und deren Verstaatlichungspolitik – in eine reale Gegenmachtposition der erdölexportierenden Entwicklungsländer überführt werden konnte, „wengleich die Ölmultis ihre Monopolstellung im System der internationalen Verteilung und Verarbeitung wahren konnten“ (S. 41). Herausgearbeitet wird auch die gesplante Ölpreispolitik der OPEC-Länder seit 1973/74 wie das Absinken ihrer Realeinnahmen infolge des Dollarverfalls und der Inflationsabwälzung seitens der kapitalistischen Industriestaaten. Dies und die Einschätzung des konzentrierten Energiekrisenmanagements der Westmächte im Zeitraum 1973-79 führt die Autoren zu dem Schluß, daß nicht die OPEC-Staa-

ten, sondern die Ölmajors und westlichen Regierungen die wirklichen Verursacher der astronomischen Öl- und Energiepreissteigerungen, der Zuspitzung der Ölkrise 1979, daß sie „die Unsicherheitsfaktoren“ für eine kontinuierliche Energieversorgung sind (S. 50).

Daß wir es bei der Ölkrise mit einer realen Verknappung des billigen Erdöls und um einen weltweiten „Verteilungskampf“ zu tun haben, ist auch die Auffassung der Autoren des Buches

W. Meyer-Larsen (Hrsg.), *Das Ende der Ölzeit. Eine kritische Analyse*, Wilhelm Heyne Verlag, München 1979, 217 S., 5,80 DM.

Ansonsten aber gehen die Verfasser dieses Buches, einer Zusammenfassung zweier großer Spiegel-Serien zum Thema Öl aus den Jahren 1973 und 1979, andere Wege. Sie beschreiben, ausgehend von dem Ölkrissenszenario 1979, in schmissigem (Spiegel-)Stil den Aufstieg des Öls zur „Weltmacht“. Unbestreitbar enthält das Buch eine Vielzahl interessanter Fakten und Anekdoten zur internationalen Eroberung der Ölquellen durch die Konzerne, zur Rolle des Rockefeller-Clans, zur Weltenergiebilanz und zu Energieprognosen (S. 25-80), dann zu den Potenzen alternativer Energieträger wie Teersänden, Ölschiefer, Kohle, Atom-, Sonnenenergie und Gas (S. 97-228).

Doch die Diktion der Autoren ist eine der „kritischen Solidarität“ mit den Multis und westlichen „Staatenlenkern“. Die Multis werden eher als Gefangene von Sachzwängen, als „unersetzliche“ Omnipotenzen vorgeführt: „Überschüsse sind vonnöten im System der Ölförderung. Sie allein sichern den weltweiten Verbund von Förderung und Verteilung die nötige Elastizität... Ohne Überschüsse geraten auch sie bei aller Perfektion in regionale Engpässe, und folglich auch in Konflikte mit Regierungen und Parteien.“ Die „einstweilen unentbehrlichen“ Multis geraten so geradezu zu Gefangenen der ach so freien Marktwirtschaft: „Das Fehlen der Überschußmengen nämlich treibt die Preise unablässig weiter, solange die Konsumenten nicht mit Energiesparen reagieren. Und in solcher Lage ist bei den Konzernen die Verlockung groß, rasch Gewinne einzufahren und ein paar Probleme nebenher zu lösen.“ (S. 14 und 19)

Nicht die Ölmultis werden von den Spiegel-Autoren folgerichtig als Hauptnutznießer und -antreiber der Ölkrise 1979 vorgeführt, sondern die Ölstaaten des arabisch-iranischen Raumes. Der größte „Buhmann“ heißt Iran. Denn: „Nur noch die Hälfte der sonst geförderten Menge kam seit Khomeini aus iranischen Bohrlöchern... Und weil das Iran-Öl nur zäh herankam, flossen die übrigen Ölströme teils wirt durcheinander.“ (S. 12) Diese Version ist deckungsgleich mit der bundesdeutschen Mineralölkonzerne. Zufall? An anderer Stelle werden die angeblichen Verantwortlichen dafür, „daß die westliche Gesellschaft erschüttert wurde“, in folgendes Spiegel-Bild gepreßt: „Eine Kohorte von Karl May-Figuren, die Scheichs und Bettuchträger aus dem Orient, die Nomaden aus dem Wüstensand, die Könige und Emire der arabischen Halbinsel zwang des Westens Verschwendungswirtschaft in ihre Abhängigkeit. Denn nur von ihnen noch konnten die Konzerne genug billiges Öl holen, um die Wirtschaft des Westen auf Touren zu halten.“ (S. 63) Hier zeigt sich auch die Nützlichkeit des Nachweises im Ölkrisebuch von W. Brönnner u.a., daß die Öl- und Energiekrise ursächlich als Teil der internationalen kapitalistischen Wirtschaftskrise und der Krise des Neokolonialismus zu betrachten ist (S. 12-16).

Kontrovers sind auch die Auswege aus der Öl- und Energiekrise, die die Autoren beider Bücher vorschlagen. Die Spiegel-Autoren nennen neben neuen Energieträgern an Möglichkeiten: den Multis beim „Kassieren scharf auf die Finger zu sehen“ (S.11), „Sparen, um das gestörte Verteilungssystem wieder in Bewegung zu bringen“ (S. 23), und: „Sparen ist Kapital, Verschwendung Untergang: Ende der Ölzeit.“ (S. 247) Die Autoren W. Brönnner u.a. sehen demgegenüber in der bevorzugten Nutzung der heimischen Kohlevorkommen und in der Herstellung gleichberechtigter Beziehungen zu den OPEC-Staaten, im „zügige(n) Ausbau direkter Öllieferbeziehungen mit den OPEC-Ländern auf zwischenstaatlicher Ebene“, in staatlichen Kontrollen unter Zurückdrängung der Positionen der Ölmultis wichtige Voraussetzungen für eine Minderung der Unsicherheitsfaktoren in der Energieversorgung der BRD bzw. der Westmächte (S. 51).

Eine dritte Alternative wäre die der offenen Konfrontation, einschließlich eines Ölkriegszuges. Ist es Zufall, daß W. Brönnner u.a. derartiges als reale Gefahr anzeigen, die von der Politik der Carter-Administration und anderer NATO-Staaten ausgeht, während die Spiegel-Autoren es bei der vagen Feststellung des Grafen Lambsdorff bewenden lassen, der vor einem ominösen „drohenden Inferno“ gewarnt habe?

A.I. Bresche

Stoppt Strauß!

Bundesweiter Erfahrungsaustausch

125 Vertreter von 50 Initiativen „Gegen Rechts – Stoppt Strauß“ diskutierten am 20. April 1980 in Essen nach einem einleitenden Referat von Prof. Reinhard Kühnl über ihre Aktionserfahrungen, Strategie und Perspektiven in der Anti-Rechts-Bewegung. Eingeladen hatte die zentrale Marburger Initiative „Gemeinsam gegen Rechts – Stoppt Strauß jetzt!“, deren Aufruf bisher über 10.000 Menschen unterzeichnet haben (Wortlaut in: AIB-Sonderheft 1/1980).

Großen Raum nahm in der Diskussion die Beratung möglichst wirkungsvoller Aktionen ein, die eine wirksame und ansprechende Vermittlung des politischen Anliegens der Initiativen an die Bevölkerung leisten können. Übereinstimmung bestand darin, daß es nicht allein um die Person des F.J. Strauß geht. Durch die Aktionen sollte auch vermittelt werden, daß F.J. Strauß ein reaktionäres Programm vertritt, das den Abbau demokratischer und sozialer Rechte und die Politik des Kalten Krieges weiter verschärfen würde, wofür man die entsprechende politische Atmosphäre (Antikommunismus, Gewerkschaftsfeindlichkeit, Verketzerung der politischen Gegner usw.) schaffen will. Dabei sollte jedoch nicht unterschlagen werden, daß ein solches Programm und ein solcher Kandidat nur auf dem Boden einer auch durch die Bundesregierung betriebenen Politik der Berufsverbote, der Auf- oder „Nachrüstung“ gedeihen konnte. Es wurde in der Diskussion deutlich, daß bei dieser Orientierung die Perspektive der Initiativen gegen die Rechtsentwicklung und Strauß-Kandidatur nicht mit dem Wahltermin beendet sein kann. Zahlreiche Initiativen äußerten denn auch das Bedürfnis nach weitergehender Zusammenarbeit und Koordinierung, nach regionalem Erfahrungsaustausch, gemeinsamen Aktionen und nach Unterstützung vor allem bei Gegenkundgebungen zu F.J. Strauß' Wahlauftritten. Deutlich wurde, daß die bisher durchgeführten Gegenkundgebungen eine große Zahl demokratischer Kräfte vereinigten und z.B. dazu führten, daß die CDU/CSU die Strauß-Auftritte drastisch reduzierte. Es zeigte sich, daß die Aufklärung vor Ort, die Berichterstattung in der örtlichen Presse und die politische Diskussion in den örtlichen Organisationen und Verbänden eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine breite Mobilisierung der Bevölkerung gegen Rechts sind.

Eine genauere Auswertung, Aktionsvorschläge und weitere Planung der zentralen Initiative enthält der demnächst erscheinende Informationsbrief Nr. 2. Anzufordern: c/o Friedhelm Baumgärtner, Biegenstr. 26, 355 Marburg.



Literaturauswahl:

Originalton Strauß. Sprüche eines Nichtwählbaren. Hrsg. und illustriert von Ernst Volland. prv-aktuell 195, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1980, 182 Seiten, 5,- DM.
Franz Josef Strauß und die Einheitsgewerkschaft. Spalte und herrsche. metall taschenbuch, Union Druckerei und Verlagsanstalt Frankfurt, o.J. 111 Seiten, 5,80 DM.
Deppe / Roßmann / Hensche / Jansen, Strauß und die Gewerkschaften. Texte, Materialien, Dokumente, prv-aktuell 189, 150 Seiten, 9,- DM.
Goldberg / Semmler, Der starke Mann des Kapitals. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des F.J. Strauß. prv-aktuell 187, 180 Seiten, 8,- DM.
Manfred Bosch, Der Kandidat. Briefe über die Verteidigung von Frieden, Demokratie und Freiheit. Kleine Bibliothek 175, Pahl-Rugenstein, 200 Seiten, 9,80 DM.
Reinhard Kühnl, Die von F.J. Strauß repräsentierten politischen Kräfte und ihr Verhältnis zum Faschismus. Ein Gutachten. 2. Aufl., prv-aktuell 167, 64 Seiten, 5,- DM.
Ingeborg Drewitz, Strauß ohne Kreide. Ein Kandidat mit historischer Bedeutung. rororo aktuell 4637, Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek 1980, 214 Seiten, 5,80 DM.
Klaus Warnecke, F.J. Strauß im Zwielicht der Geschichte. pdi-Sonderheft, 5. geänderte Aufl., München 1979, 63 Seiten, 3,- DM.
Otto Köhler, F.J. Strauß – Der Kandidat des großen Geldes. pdi-Taschenbuch 5, München 1980, 120 Seiten, 7,60 DM.
(Die Broschüre „Konzeption und Funktion des F.J. Strauß“ von Reinhard Kühnl im Pahl-Rugenstein Verlag kostet 1,- DM.)
F.J. Strauß und die CDU/CSU-Weltpolitik, AIB-Sonderdruck 1/1980, Marburg 1980, 44 S., 2,- DM.

Ausstellungen gegen Rechts: z.B. Ernst Volland, Politische Plakate, Deidesheimer Str. 29, 1 Berlin 33; Tel. 030/8221568

Literarisch-musikalisch-satirisch gegen Rechts: z.B. der Nürnberger Schauspieler und Kabarettist Horst W. Blome, Röhrenbacher Str. 3, 8503 Altdorf bei Nürnberg; Tel. 09187/6543

Anti-Strauß-Aufkleber: Pahl-Rugenstein Verlag, Gottesweg 54, 5000 Köln 51; Tel. 0221/364051

Chile

Auch zum 1. Mai 1980 fanden in Chile trotz Verbots aller Versammlungen und Feiern zahlreiche Aktionen statt. Die Junta reagierte in gewohnter Weise: Allein in Santiago wurden mehrere hundert Menschen festgenommen. Auf der einzigen erlaubten Versammlung zog Juntachef Pinochet vor 4.000 eingeladenen Gästen gegen den Marxismus zu Felde. Der Kardinal von Santiago, Henriquez, blieb aus Protest gegen die Ermordung von zwei Arbeitern, einem Kind und einem Polizisten durch ein rechtes Kommando am Vorabend des ersten Mai dieser Veranstaltung fern.

Die Arbeiterschaft und die Mehrheit der Gewerkschaften lehnen die neue Arbeitsgesetzgebung durch die Junta ab. Seit Anfang Oktober 1979 fanden zahlreiche Streiks wie der der Kupferarbeiter von El Teniente statt. Auch die Fuhrunternehmer, Taxifahrer, Kaufleute und Ärzte, die 1973 den Militärputsch und in den ersten Jahren auch die Diktatur unterstützt hatten, protestieren immer heftiger gegen ihre wirtschaftliche Lage.

Bolivien

Anfang April d.J. wurde der Interimspräsidentin Lidia Gueiler das Wahlgesetz für die am 29. Juni d.J. stattfindenden Präsidentschaftswahlen zugeleitet. Ebenfalls zu diesem Termin wird auch das Parlament bestimmt. Doch ob die Wahlen von der sich um die Nationalistische Demokratische Aktion des Exdiktators Hugo Banzer scharenden Ultrarechten anerkannt werden, scheint noch fraglich.

Im März d.J. sind Putschpläne seitens des im November 1979 noch gescheiterten Obersten Natusch Busch und seitens des Generals Luis Garcia Meza bekannt geworden. Meza selbst hatte wegen Umbesetzungen in der Militärführung schon mehrfach mit seiner Garnison gegen Präsidentin Gueiler rebellierte. L. Garcia Meza hält Zivilisten für „unfähig, Bolivien zu regieren“ (Financial Times, London, 2.5.1980). Aus ihrer Feder stammen wohl auch die Listen mit 300 Namen von Politikern und Gewerkschaftern, die nach erfolgtem Putsch umgehend zu liquidieren seien.

Die Bolivianische Gewerkschaftszentrale (COB), die Kommunistische Partei Boliviens, die Revolutionäre Partei der Nationalen Linken und die Authentische Revolutionäre Partei kündigten in einer Übereinkunft zur Verteidigung der Demokratie für den Fall eines Putsches den geschlossenen Volkswiderstand an.

Nikaragua

Am 4. Mai d.J. fand in Managua die konstituierende Sitzung des Staatsrates statt, zu dessen wichtigsten Aufgaben die Ausarbeitung eines Verfassungsentwurfs gehört. Zusammen mit der Junta für den Nationalen Wiederaufbau, deren beratendes Organ er ist, stellt der Staatsrat das höchste legislative Gremium des Landes dar.

Nach dem Beschluß der Junta, den Staatsrat von ursprünglich geplanten 33 auf 47 Sitze zu erweitern, um so auch den mittlerweile entstandenen Massenorganisationen den ihnen gebührenden Einfluß zu gewähren, waren die bürgerlichen Junta-Mitglieder V. Chamorro und A. Robelo zurückgetreten. Der Aufruf des Unternehmervertreters A. Robelo zur Niederlegung aller Staatsämter führte inzwischen zur Spaltung seiner Partei, der Demokratischen Bewegung Nicaraguas (MDN). Die sandinistischen Organisationen verfügen im Staatsrat, in dem auch die Oppositionsparteien, die nationalen Minderheiten und kirchliche Vereinigungen vertreten sind, mit 24 Sitzen über eine knappe Mehrheit.

Das in der hiesigen Presse hochgespielte Verbot der sog. Kommunistischen Partei, der Sabotage des Wiederaufbauplans und Dienste für die CIA nachgewiesen wurden, betrifft eine ultralinke Abspaltung der Nikaraguanischen Sozialistischen Partei (PSN). Die PSN, die eigentliche KP Nicaraguas, unterstützt den Kurs der Sandinisten und ist auch im Staatsrat vertreten.

Adressenänderungen bitte rechtzeitig bei der Redaktion und bei der Post bekanntgeben!



Stimmabgabe in Honduras

Honduras

Bei den Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung gewann am 20. April d.J. die Liberale Partei 35 der 71 Parlamentssitze. Die ebenfalls die Interessen der Oberschicht verfechtende Nationale Partei (PN) erlangte 33 Sitze, die Reform- und Einheitspartei (PINU) des Großindustriellen A. Fernandez 3 Sitze. Zu den ersten Aufgaben des künftigen Parlaments gehören die Ausarbeitung einer neuen Verfassung, die Wahl eines Übergangspräsidenten und die Ausschreibung von Präsidentschaftswahlen.

Von den „freien“ Wahlen waren jedoch sämtliche Oppositionsparteien wie die Kommunistische Partei, die Sozialistische Partei und die stärkste Oppositionspartei, die Christdemokratische Partei (PDCH) sowie weitere 46 Linksgroupierungen ausgeschlossen. Deshalb riefen die fortschrittlichen Kräfte, die sich in der Patriotischen Front (FPH) vereinigt haben (siehe AIB, Nr. 4/1980, S. 18f.), zum Boykott dieser Scheinwahlen auf. Nach 8jähriger Militärrherrschaft versuchen der jetzige Staatspräsident General Paz Garcia und seine US-amerikanischen Freunde, durch eine Rückkehr in die „parlamentarische Demokratie“ die wachsende Unzufriedenheit der Bevölkerung des ärmsten Landes Zentralamerikas aufzufangen. Erst Ende Februar d.J. verdoppelten die USA ihre Militär- und Wirtschaftshilfe für Honduras auf knapp 120 Mio DM.

Brasilien

Der größte Metallarbeiterstreik Brasiliens seit 1968 befand sich Mitte Mai d.J. bereits in der sechsten Woche. Seit dem 1. April stehen in der Industriezone Sao Paulos ca. 250.000 Metaller, vornehmlich Automobilbauer in den Konzernniederlassungen von VW, Ford, Mercedes Benz, General Motors, Saab Scania, Chrysler und Toyota im Ausstand. Sie kämpfen für eine Lohnerhöhung um 15%, die Anerkennung der 40-Stunden-Woche und die Immunität der Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben. Obwohl der Streik durch das Figueiredo-Regime am 14. April d.J. für illegal erklärt worden war und trotz der Verhaftung von 30 Gewerkschaftsführern am 19. April – darunter des Vorsitzenden der Metallarbeitergewerkschaft Luis Ignacio da Silva – kam es zu keinem Abbröckeln der Streikfront. Unter Losungen wie „Laßt unsere Führer frei!“ demonstrierten am 1. Mai in Sao Paulo über 200.000 Werktätige. Der mächtige Demonstrationszug führte von der größten Kirche der Stadt zum Fußballstadion. Hohe Kirchenführer wie Erzbischof Evaristo Arns hielten Solidaritätsmessen für die Streikenden und sprachen von einer „Verschwörung des Bösen“ gegen die Arbeiter Sao Paulos.

Der lokale Industrieunternehmerverband FIESP hatte den Metallarbeitern ein „Angebot“ von 5% Lohnerhöhung gemacht – ein Hohn angesichts einer Inflationsrate von nahezu 80%. Der VW-Konzern hatte in spalterischer Absicht all jenen, die sofort in die Fabriken zurückkehren, eine Beschäftigungsgarantie für fünf Jahre angeboten.

Tunesien

Die Hinrichtung von 13 Widerstandskämpfern am Morgen des 17.4.1980 in Tunis trotz der Begnadigungsgesuche aus aller Welt offenbarten aufs Neue die Brutalität des Bourguiba-Regimes (siehe detailliert in: AIB, Nr. 1/1980, S. 22-23). Es war die Rache für den Aufstand von Gafsa am 26.1.1980, dem zweiten Jahrestag des „Schwarzen Donnerstag“ (26.1.1978). Der Gafsa-Aufstand legte die Schwäche des Systems bloß, dem es nicht gelang, der Aufständischen aus eigener Kraft Herr zu werden. Es sah sich gezwungen, ausländische Mächte zu Hilfe zu rufen, d.h. französische logistische Hilfe (manche Quellen sprechen sogar vom Einsatz französischer Fallschirmspringer) und amerikanische Waffenhilfe.

Die Ereignisse zeigten, daß große Teile der Bevölkerung des vernachlässigten Südens mit den Aufständischen sympathisierten. Dies zwang die herrschend Clique, das wahre Ausmaß des Aufstands zu verschleiern und eine Verschwörungstheorie aufzustellen. Eine Hetzkampagne gegen Algerien und vor allem Libyen wurde gestartet mit dem Ziel, die „geduldete“ Opposition (Sozialdemokraten) wieder an das Regime zu binden. Am 23.4.1980 wurde die Ablösung Nourais als Ministerpräsident durch Mzali endgültig bestätigt. Die neue Regierung zeigt einige Gesichter aus der sozialdemokratischen Strömung um Ahmed Mestiri, die eine gute Gelegenheit sahen, unter dem Slogan der „Nationalen Front“ wieder an die Fleischtöpfe des Regimes zu kommen.

Palästina - Israel

Bei einer bewaffneten Aktion der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) im westjordanischen Hebron wurden am 2.5.1980 fünf Siedler der israelischen ultrarechten Gusch-Emunim-Bewegung getötet, 17 verwundet. Dies war die Antwort auf die Ankündigung der Begin-Regierung, weitere 12.000 ha arabischen Bodens im Westjordangebiet beschlagnahmen zu wollen, sowie auf die Ausweisung palästinensischer Familien aus ihren Häusern in Hebron und deren Besetzung durch Siedler der naheliegenden Kolonie Kiryat Arba (mit 3000 Siedlern die größte im Westjordangebiet überhaupt). Am Tag davor auch hatten israelische Besatzungssoldaten in Anabata einen jugendlichen Demonstranten erschossen, zwei verwundet.

Die Besatzungsmacht reagierte mit der Deportation der Bürgermeister von Hebron und Halhoul, Fahd Kawasmeh und Mohammed Hassan Melhem, sowie des obersten islamischen Richters (Kadi) von Hebron, Sheikh Rajab Bayoud Tamimi, in den Libanon. Die anderen Bürgermeister des Westjordangebietes stellte man unter Hausarrest. Häusersprengungen, eine Ausgangssperre u.a. Repressalien folgten. Seither hielten im Westjordangebiet und in Gaza Protestdemonstrationen und Streiks der palästinensischen Bevölkerung an.

Der UN-Sicherheitsrat forderte am 8.5.1980 (bei Stimmenthaltung der USA) die Begin-Regierung zur Rücknahme der Deportationen auf. Die Repräsentanten des Westjordangebietes betonten in einer Erklärung vom 7.5.1980, die Besatzer zielten darauf ab, die palästinensische Bevölkerung im Westjordan- und Gazagebiet ihrer Führung zu berauben, um ihr die sog. „Selbstverwaltung“ a la Camp David (siehe AIB, Nr. 1/1980, S. 6-10) aufzunötigen.

Zimbabwe

Seit dem 18. April 1980 ist Zimbabwe der 51. unabhängige Staat Afrikas. Damit ist der völkerrechtswidrige Zustand der ehemaligen britischen Kolonie Südrhodesien endgültig beendet. 104 Nationen waren zu den Unabhängigkeitsfeierlichkeiten eingeladen worden, in deren Schatten die erste Streikwelle der schwarzen Arbeiter für höhere Löhne und gegen die Privilegien der Weißen das Land überzog. Der neue Premierminister R. Mugabe hat unterdessen seinen vorsichtigen Kurs fortgesetzt. Mit den Vertretern der verschiedenen Industriezweige wurden Gespräche über die Festsetzung eines Mindestlohns aufgenommen. Unter großen Schwierigkeiten schreitet die Integration der Guerillas in die zukünftige nationale Armee Zimbabwes voran. Demnächst soll auch die Konsumsteuer, insbesondere für Grundnahrungsmittel, drastisch gesenkt werden. Man erhofft sich davon eine erhebliche Erleichterung für die Haushalte der Masse der Afrikaner, die unter den Auswirkungen des jahrelang andauernden Kriegs besonders zu leiden hatten.

AIB

Liebigstr. 46

3550 Marburg

10 Jahre AIB: Ja zum Internationalismus

Im Juni 1970 erschien die Startnummer des Antimperialistischen Informationsbulletins (AIB). Es war kein Zufall, daß sie programmatische Erklärungen der Befreiungsbewegungen Indochinas und der portugiesischen Kolonien (Angolas, Mocambiques und Guinea Bissaus) enthielt. Das AIB ist bis heute das einzige bundesdeutsche Dritte-Welt-Magazin geblieben, das den Selbstdarstellungen der nationalen und sozialen Befreiungsorganisationen breiten Raum gab. Wenn dabei gerade solche Dokumente wie die der Unidad Popular Chiles, der Patriotischen Front Zimbabwes oder der demokratisch-revolutionären Fronten Mittelamerikas bevorzugt im AIB Platz fanden, so steht dahinter ein positives Verhältnis zur Aktionseinheit aller demokratischen, antimperialistischen Kräfte.

Antimperialismus, das hieß für das AIB von Anbeginn vorrangig Aufdeckung der aggressiven, neokolonialen u.a. Verwicklungen der imperialistischen Kreise der Führungsmacht USA und des eigenen Landes, also von BRD-Konzernen, Bonner Regierungen und Parteien. Die in den 70er Jahren gewachsenen weltpolitischen Ambitionen der BRD, der aktuelle Rückgriff der NATO-Mächte auf den direkten gegenrevolutionären Interventionismus, auf einen Kurs der Konfrontation gegen das progressive Lager der Dritten Welt und die sozialistischen Staaten (Carter-Doktrin vom 23. Januar 1980, siehe AIB, Nr. 3/1980, S. 4 ff.) — dies alles erhöht unsere Verantwortung zur gemeinsamen Gegenaktion. Die jüngsten Entwicklungen im Iran, Afghanistan oder der Karibik, wo die Carter-Administration militärischen Gewalteneinsatz androht bzw. mehr oder weniger unterschwellig praktiziert, haben eindringlich verdeutlicht, daß Antimperialismus die aktive Verteidigung des Weltfriedens, der Abrüstungs- und Entspannungspolitik mit einschließen muß.

Was damals die Mobilisierung gegen den Völkermord der USA in Vietnam, Portugals in Angola, Mocambique und Guinea-Bissau war, muß heute das Aktivwerden gegen eine Wiederholung solcher Verbrechen an den Völkern der Dritten Welt sein. Das AIB hat hierbei noch allemal die Verbrechensbeteiligung Bonns besonders im Auge behalten und enthüllt, von der Veröffentlichung zur Unterstützung der portugiesischen Kolonialkriegspolitik durch die Bundesrepublik in AIB 1/1970 bis hin zu militärisch-atomaren Kollaboration mit dem Rassistenregime Südafrikas zur bundesdeutschen Assistenz für J. Carters Kriegs- und Boykottkurs gegenüber dem Iran und Afghanistan.

Allerdings beschränkten wir uns dabei nie auf schöne Worte. Beispielsweise fungierten Gründer des AIB als führende Repräsentanten bzw. Organisatoren der Solidaritätsbewegung: Frank Werkmeister als Sprecher der Initiative Internationale Vietnam-Solidarität (IIVS), Prof. Erich Wulff als Sprecher des im Mai 1973 gegründeten Antimperialistischen Solidaritätskomitees für Asien, Afrika und Lateinamerika (ASK). Die AIB-Redaktion ist seither auch Sekretariatsmitglied des ASK. Aktiv war und ist das AIB daher an den in der Bundesrepublik wohl stärksten Solidaritätsbewegungen zu Vietnam, den portugiesischen Kolonien, Chile, dem Südlichen Afrika oder Palästina beteiligt.

Motive Empörung und Hoffnung

Das AIB hat sich von Anfang an als Teil dieser Bewegung verstanden, ist mit ihr groß geworden. Wenn sich heute feststellen läßt, daß das AIB sich zur stärksten Dritte-Welt-Monatszeitschrift im deutschsprachigen Raum entwickelt hat, daß es seine Abonnenten- und Auflagestärke im Zeitraum 1975-80 auf 5.000-7.000 (bei Sonderdrucken zu Chile 1973 und zu F.J. Strauß 1980 10.000) mehr als verdoppeln konnte, so ist das auch ein Zeichen der Kontinuität und Impulsivität dieser Bewegung.

Viele Menschen und gerade Jugendliche, die durch die moralische, humanistische Empörung über imperialistische, rassistische oder faschistische Untaten, über Hunger und Massenelend in der Dritten Welt nachdenklich und aktiv geworden sind, haben sich in diesem



F. Werkmeister (r.), Sprecher der Vietnam-Solidaritätsbewegung bereits am Vorabend der AIB-Gründung

Jahrzehnt in die demokratische Bewegung unseres Landes eingereiht. Viele Menschen haben aus der Identifikation mit den Befreiungskämpfern der Dritten Welt, von Ho Chi Minh bis hin zu den Sandinistas, Hoffnung auf eine gerechtere Gesellschaft als jene in den Metropolen des Kapitalismus geschöpft. Vielen gaben die zahlreichen Siege der Befreiungskämpfer über den Imperialismus Auftrieb, trotz Berufsverbots, trotz des Demokratieabbaus und trotz der Schwäche der demokratisch-revolutionären Bewegung unseres Landes — verglichen etwa mit Frankreich, Italien — aktiv zu werden, standhaft zu bleiben, nicht zu resignieren.

Das AIB war dabei bemüht, sowohl gerade die sozialrevolutionären Kräfte (Kommunisten, Sozialisten, Sozialdemokraten, Revolutionärdemokraten u.a.) als auch das ganz Spektrum der internationalen antimperialistischen Bewegung wiederzugeben und in ihren demokratisch-antimperialistischen Kampffaktionen zu unterstützen. Jenen, die eine Allianz mit dem Imperialismus eingingen (China!), sozial rückwärtsgewandte Ziele verfolgten (Kurdensbewegung unter M. Barsani oder afghanische „Rebellen“), mußten wir diese Unterstützung versagen. In Fällen, wo wir Fehlentwicklungen revolutionärer Bewegungen oder Regierungen zu spät erkannten (Kampuchea, Afghanistan unter H. Amin), mußten Fremd- und Eigenfehler korrigiert werden. Um es deutlich zu sagen: Gegen Fehler bzw. Fehleinschätzungen sind weder die Adressaten in der Dritten Welt noch wir selbst gefeit. Und gerade in stürmischen Revolutionsprozessen sind Irrtümer (siehe Afghanistan, Iran) schwerlich ganz auszuschließen. Sie kritisch und selbstkritisch zu korrigieren darf indessen nicht zum Selbstzweck werden...

Unser Bemühen, derartiges nicht als widerspruchslöse Prozesse oder als „Traumrevolutionen“ darzustellen, darf uns nicht von der Grundhaltung internationalistischer Solidarität wegführen. Auch Fehler, Irrtümer oder Schwierigkeiten beim sozialistischen Aufbau nach erfolgreicher Befreiung — etwa in Vietnam (siehe AIB, Nr. 5/1980, S. 14 ff.) — sollten davon keinen engagierten Demokraten abhalten.

Nicht eine wie auch immer gehaltene „kritische Solidarität“, welche die Kritik zum Hauptanliegen der Beschäftigung mit der Dritten Welt erhebt, sondern eine prinzipielle Solidarität ist gefordert. Die Kriterien des Antimperialismus, des Demokratismus, des Humanismus, der Weltfriedensverteidigung, das sind grundlegende Interessengemeinsamkeiten, welche die Völker der Dritten Welt mit uns verbinden. Von beiden Seiten muß diesen Gemeinsamkeiten Vorrang gegeben werden. Von beiden Seiten muß die Kritik dem prinzipiellen Internationalismus untergeordnet bleiben, ganz gleich ob er sich als proletarischer, christlicher oder humaner Internationalismus bezeichnen mag. Unsere Leser mögen dem wirklichen Internationalismus und dem AIB auch im kommenden Jahrzehnt treu bleiben.